

Monatsbericht des BMF Oktober 2009





Monatsbericht des BMF Oktober 2009

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009	
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Klimawandel: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?	36
Der Primärmarkt für Bundeswertpapiere während der globalen Finanzmarktkrise	
Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)	
Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und	
Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens	
Wirtschafts- und Finanzlage in den G20-Schwellenländern	77
Statistiken und Dokumentationen	95
	0.5
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	129

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung hat am 16. Oktober ihre Herbstprojektion für die Jahre 2009 und 2010 vorgelegt. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Erholung im Sommerhalbjahr, die stärker als erwartet ausfiel, hat sie ihre Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts deutlich nach oben korrigiert: Für dieses Jahr wird nun ein Rückgang von real 5,0 % prognostiziert. Für 2010 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum von real 1,2 %. Diese Einschätzungen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in diesem und im nächsten Jahr entsprechen denjenigen der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose.

Auch der Internationale Währungsfonds zeigt sich bezüglich der Wachstumszahlen für 2010 deutlich optimistischer als noch im Juli. Bei ihrem jüngsten Treffen im Vorfeld der IWF-Jahrestagung bestätigten die G7-Finanzminster diese Einschätzung. Schwerpunkt des Treffens in Istanbul war die Verbesserung der Finanzmarktregulierung und der globalen Finanzmarktarchitektur auf Basis der Beschlüsse der G20-Staats- und Regierungschefs in Pittsburgh. Dort wurden konkrete Regeln für höhere und qualitativ verbesserte Eigenkapitalanforderungen für die Zeit nach der Krise, für die Abwicklung des Handels fast aller derivativer Kontrakte über Börsen oder elektronische Handelsplattformen sowie für Vergütungssysteme im Finanzsektor beschlossen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis von Pittsburgh war die Einigung auf einen globalen Koordinationsrahmen für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum - nicht zuletzt mit dem Ziel, globale Ungleichgewichte abzubauen.

Bei den Beratungen der G20 sind neben den wichtigsten Industrieländern auch die wichtigsten Schwellenländer vertreten. Viele dieser Schwellenländer verfügen zwar über einen relativ stabilen Finanzsektor,



die weltweite Rezession hat aber auch sie mehr oder weniger stark getroffen: Einige Schwellenländer, z. B. Indonesien, Indien oder China, mussten zwar teils erhebliche Einbußen hinnehmen, weisen aber noch immer relativ hohe Wachstumsraten auf. Andere Schwellenländer wie Russland. Südafrika, Korea oder die Türkei befinden sich in einer Rezession. Die Entwicklung in den letzten Monaten lässt dort aber eine Trendwende vermuten, da sich eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftsindikatoren zeigt. In den lateinamerikanischen G20-Ländern gibt es trotz zum Teil deutlicher Wachstumsrückgänge und eines schwachen Starts zu Jahresbeginn 2009 inzwischen ebenfalls wieder klar positive Entwicklungen. Nach Einschätzung des IWF hat die Weltwirtschaft die Rezession überwunden. Die größten Wachstumsimpulse für die weltwirtschaftliche Erholung dürften aus China und Indien kommen.

Bei der Nachfrage nach Bundeswertpapieren kam es während der Finanzmarktkrise zu starken Schwankungen. Aufgrund der zentralen Stellung des Bundes am Markt für Euro-Staatsanleihen konnte das größere Wertpapierangebot wirtschaftlich vorteilhaft am Markt untergebracht werden, allerdings reagierte die in den Auktionen des Bundes geäußerte Nachfrage zeitweise sehr stark auf Marktereignisse wie den Zusammenbruch des Bankhauses Lehman. Das für den Verkauf von Bundeswertpapieren am institutionellen

□ Editorial

Markt angewendete wettbewerbsoffene Auktionsverfahren hat sich bewährt.

Gute Unternehmensführung, größere Effizienz und Transparenz sind für staatliche Unternehmen genauso wichtig wie für private. Deshalb orientiert sich auch die Führung der Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, an der Weiterentwicklung moderner Governance-Strukturen. Das Bundesministerium der Finanzen hat als das für die Beteiligungspolitik des Bundes verantwortliche Ministerium eine Basis für eine gute Unternehmensführung erarbeitet: Den "Public Corporate Governance Kodex". Anwendung findet der Kodex bei Beteiligungen des Bundes an Unternehmen wie beispielsweise der Deutsche Bahn AG oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Schwerpunkte des Kodex sind die Verbesserung der Arbeitsstrukturen und -prozesse in den Unternehmen, eine klarere Bestimmung der Rolle des Bundes als Anteilseigner sowie die Förderung der Transparenz durch individualisierte Offenlegung der Vergütung von Geschäftsführung und Vorstand, Aufsichtsratsund Verwaltungsratsmitgliedern. Zugleich

wurden die Grundlagen für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen grundlegend überarbeitet und eng auf den Kodex abgestimmt.

Der Klimawandel wird sich auf die Wirtschaft und die Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftens spürbar auswirken. Das BMF hat vor diesem Hintergrund eine Studie in Auftrag gegeben, welche erstmals versucht, die Wirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Finanzen in Deutschland qualitativ und – soweit möglich – quantitativ abzuschätzen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die zu erwartenden Kosten des Klimawandels im Wesentlichen in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts anfallen, dann allerdings bedeutende Ausmaße annehmen werden.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

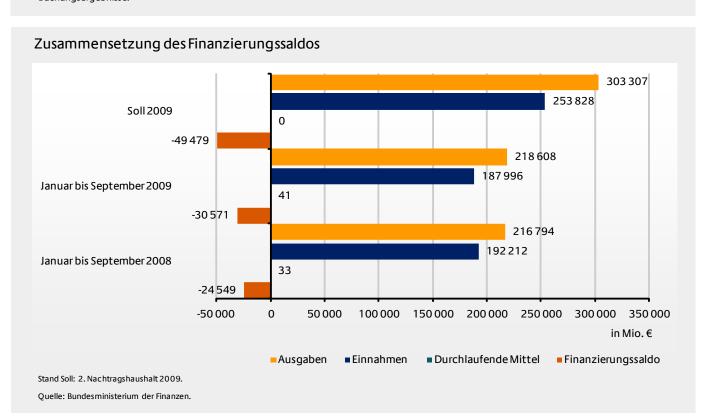
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich September fielen mit 218,6 Mrd. € um 1,8 Mrd. € (+0,8%) höher aus als im Vorjahreszeitraum. Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, lag die Veränderung der Ausgaben jedoch bei +3,3 %. Nach wie vor entlastend entwickelten

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis September 2009
Ausgaben (Mrd. €)	303,3	218,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	0,8
Einnahmen (Mrd. €)	253,8	188,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	-2,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	224,1	164,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-3,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-49,5	-30,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-11,2
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-49,1	-19,2

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist-Entw	icklung	Ist-Entw	icklung	\/
	2008	2009 ¹	Januar bis 9 20	September 09	Januar bis S 200	•	Veränderung ggü. Vorjahı in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	111 /0
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	38 889	17,8	36 660	16,9	6,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4993	5717	4313	2,0	4012	1,9	7,5
Verteidigung	29 999	31 019	23 047	10,5	21 764	10,0	5,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6357	4679	2,1	4412	2,0	6,1
Finanzverwaltung	3 307	3 783	2 654	1,2	2 289	1,1	15,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 606	9 785	4,5	8 693	4,0	12,6
BAföG	1 193	1 433	1 021	0,5	905	0,4	12,8
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	5 281	2,4	4 653	2,1	13,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	152 691	111 473	51,0	110 321	50,9	1,0
Sozialversicherung	75 539	76 302	62 518	28,6	61 869	28,5	1,0
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	510	0,2	5 688	2,6	-91,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	37810	26 671	12,2	25 758	11,9	3,5
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	16927	7,7	16 568	7,6	2,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	2 651	1,2	2936	1,4	-9,7
Wohngeld	772	591	582	0,3	686	0,3	-15,2
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4424	3 420	1,6	3 725	1,7	-8,2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 269	2 083	1 682	0,8	1 847	0,9	-8,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 274	726	0,3	637	0,3	14,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	1 010	0,5	958	0,4	5,4
Wohnungswesen	1 062	1 210	813	0,4	728	0,3	11,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 778	7 426	3 733	1,7	4 065	1,9	-8,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	435	0,2	518	0,2	-16,0
Kohlenbergbau	1816	1 465	1 375	0,6	1816	0,8	-24,3
Gewährleistungen	684	2 400	386	0,2	435	0,2	-11,3
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	7 856	3,6	7 321	3,4	7,3
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6787	4 095	1,9	3 697	1,7	10,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	11 267	5,2	11 588	5,3	-2,8
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	3 847	1,8	2 801	1,3	37,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4074	2 739	1,3	2 049	0,9	33,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 000	33 870	15,5	36 552	16,9	-7,3
Zinsausgaben	40 171	41 431	32 837	15,0	35 561	16,4	-7,7
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	218 608	100,0	216 794	100,0	0,8

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

sich die Zinsausgaben des Bundes. Sie lagen um 2,7 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis.

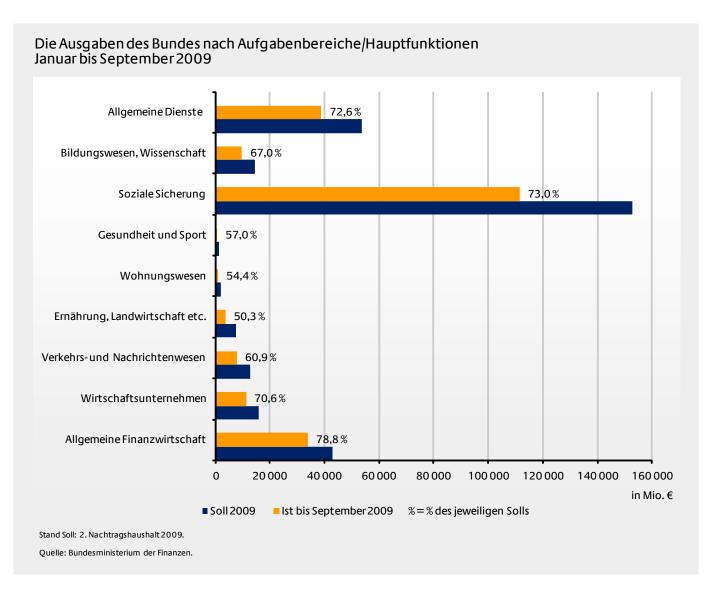
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 188,0 Mrd. € um 4,2 Mrd. € unter dem Ergebnis bis einschließlich September 2008. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um - 3,9 % zurück und fielen damit vom 1. bis 3. Quartal im Vergleich mit der im 2. Nachtragshaushalt unterstellten Veränderungsrate für das Gesamtjahr von -6,3 % noch relativ günstig aus. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass das Volumen des letzten Quartals einen überproportional

hohen Anteil am Jahresergebnis ausmacht und Sonderfaktoren wie z. B. noch anstehende EU-Abführungen den weiteren Verlauf eher negativ beeinflussen werden. Die Verwaltungseinnahmen legten im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um $\pm 11,3\%$ zu.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo hat sich im September mit - 30,6 Mrd. € im Vergleich zum Vormonat leicht vergrößert. Bei Bewertung des Betrages ist zu beachten, dass im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Nach



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

aktueller Einschätzung besteht jedoch die Erwartung, dass die geplante, mit dem 2. Nachtragshaushalt auf 49,1 Mrd. € erhöhte Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten werden kann.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des im Februar des Jahres beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitionsund Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund hat mit

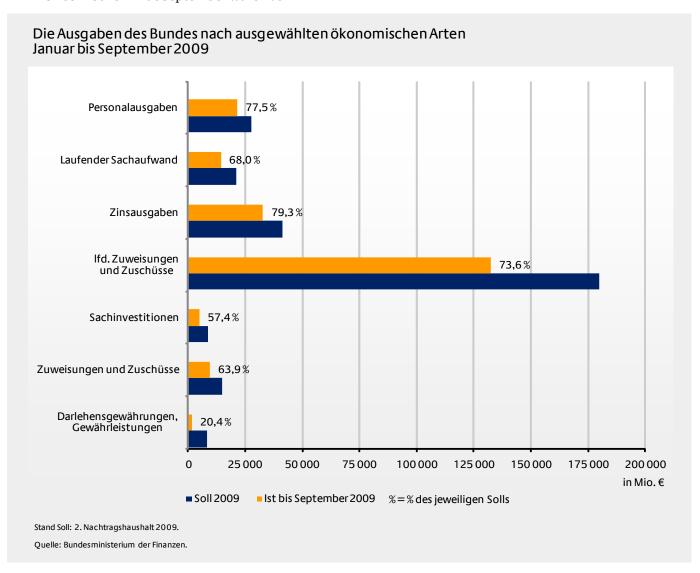
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	/icklung	Ist - Entv	vicklung	
	2008	2009 ¹	Januar bis S	•		September 08	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	76
Konsumtive Ausgaben	257 992	270 639	201 507	92,2	201 429	92,9	0,0
Personalausgaben	27 012	27 791	21 543	9,9	20 566	9,5	4,8
Aktivbezüge	20 298	20 959	15 971	7,3	15 257	7,0	4,7
Versorgung	6714	6 832	5 573	2,5	5 3 0 9	2,4	5,0
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	14 360	6,6	13 105	6,0	9,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	973	0,4	904	0,4	7,6
Militärische Beschaffungen	9 622	10360	6 902	3,2	6371	2,9	8,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	6 485	3,0	5 8 3 0	2,7	11,2
Zinsausgaben	40 171	41 431	32 837	15,0	35 561	16,4	-7,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	132 439	60,6	129 651 59,8		2,2
an Verwaltungen	12930	15 055	10 666	4,9	9 257	4,3	15,2
an andere Bereiche	155 494	164816	122 240	55,9	120536	55,6	1,4
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	16 447	7,5	15326	7,1	7,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 881	22 658	10,4	22 494	10,4	0,7
Sozialversicherungen	99 123	104653	79 559	36,4	79 216	36,5	0,4
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	328	0,2	2 546	1,2	-87,1
Investive Ausgaben	24 316	32 802	17 101	7,8	15 366	7,1	11,3
Finanzierungshilfen	17 117	24 153	12 134	5,6	10 971	5,1	10,6
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14961	9 556	4,4	8 585	4,0	11,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	1 687	0,8	1 720	0,8	-1,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	891	0,4	666	0,3	33,8
Sachinvestitionen	7 199	8 649	4 968	2,3	4 395	2,0	13,0
Baumaßnahmen	5 777	7 061	4 031	1,8	3 606	1,7	11,8
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	606	0,3	514	0,2	17,9
Grunderwerb	504	533	331	0,2	276	0,1	19,9
Globalansätze	0	- 134	0		0		
Ausgaben insgesamt	282 308	303 307	218 608	100,0	216 794	100,0	0,8

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

diesem Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung bereitgestellt. Bis einschließlich Ende September waren von diesen Mitteln gut 2,9 Mrd. € abgeflossen. Knapp 2,5 Mrd. € davon wurden im Rahmen des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage ausgezahlt.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

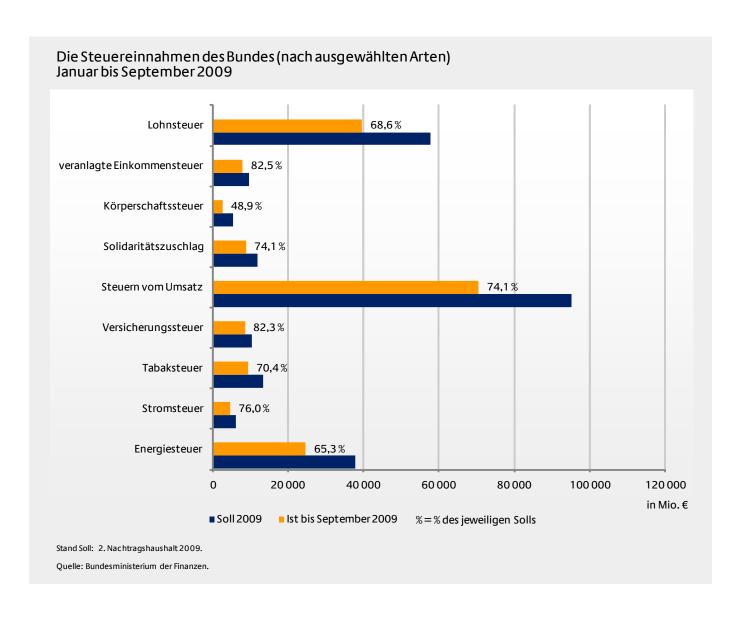
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	vicklung	Veränderung
	2008	2009 ¹		September 09		September 08	ggü. Vorjahr ii %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	/0
I. Steuern	239 231	224 068	164 480	87,5	171 088	89,0	-3,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	180772	132 125	70,3	141 377	73,6	-6,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ² davon:	96 379	85 573	61 001	32,4	69 597	36,2	-12,4
Lohnsteuer	60310	57 800	39 641	21,1	41 802	21,7	-5,2
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9711	8 008	4,3	9 759	5,1	-17,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 2 7 0	5 508	2,9	6 5 6 0	3,4	-16,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5 922	5 3 3 7	4 485	2,4	4 648	2,4	-3,5
Körperschaftssteuer	7 943	5 455	2 666	1,4	6828	3,6	-61,0
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	70 519	37,5	71 053	37,0	-0,8
Gewerbesteuerumlage	1 348	1164	605	0,3	727	0,4	-16,8
Energiesteuer	39 248	37 835	24718	13,1	24 045	12,5	2,8
Tabaksteuer	13 574	13 380	9 424	5,0	9 463	4,9	-0,4
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	8 886	4,7	9 754	5,1	-8,9
Versicherungsteuer	10 478	10 450	8 597	4,6	8 568	4,5	0,3
Stromsteuer	6 2 6 1	6 200	4711	2,5	4 605	2,4	2,3
Kraftfahrzeugsteuer	-	3 719	1 907	1,0	-	-	-
Branntweinabgaben	2 129	2 133	1 561	0,8	1 595	0,8	-2,1
Kaffeesteuer	1 008	1 000	722	0,4	721	0,4	0,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14850	-13 784	-10 245	-5,4	-11 093	-5,8	-7,6
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-8 694	-4,6	-10 452	-5,4	-16,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-1 519	-0,8	-2 840	-1,5	-46,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-5 081	-2,7	-5 006	-2,6	1,5
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-4571	-2 285	-1,2	-	-	-
II. Sonstige Einnahmen	31 246	29 760	23 517	12,5	21 124	11,0	11,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 5 6 8	4339	4219	2,2	4218	2,2	0,0
Zinseinnahmen	737	911	495	0,3	584	0,3	-15,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	3 323	1,8	3 266	1,7	1,7
Einnahmen zusammen	270 476	253 828	187 996	100,0	192 212	100,0	-2,2

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM SEPTEMBER 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im September 2009 im Vorjahresvergleich um -7,4% und damit weniger stark als im Vormonat gesunken. Während es bei den gewinnabhängigen Steuern – und hier vor allem der Körperschaftsteuer – zu erheblichen Einbußen kam, war bei den Steuern vom Umsatz ein Plus zu verzeichnen. Vergleichsweise moderat ist angesichts der Wirtschaftskrise der Rückgang bei der Lohnsteuer ausgefallen.

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Berichtsmonat hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt - 8,4 % zurück. In den Veränderungsraten bei den Bundessteuern (+ 7,2 %) und bei den Ländersteuern (- 46,9 %) schlägt sich wie in den beiden Vormonaten die Verlagerung der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer nieder.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) sanken im September im Vergleich zum Vorjahr um -7,0 %.

Die kumulierte Veränderungsrate beläuft sich bei den Steuereinnahmen insgesamt für die Monate Januar bis September 2009 auf - 6,0 % und für den Bund auf - 3,8 %.

Nachdem die Entwicklung bei der
Lohnsteuer im August (- 9,0 %) durch die
in diesen Monat fallenden Auszahlungen
der Altersvorsorgezulage stark nach unten
gezogen worden war, bewegt sich der im
September 2009 gegenüber dem gleichen
Zeitraum des Vorjahres gemessene Rückgang
(- 4,2 %) nun wieder in einer mit den
Vormonaten vergleichbaren Größenordnung.
Berücksichtigt man zudem, dass sich im
kassenmäßigen Aufkommen weiter die
Effekte der Anhebung des Kindergeldes
niederschlagen, so haben sich die Einnahmen

aus der Lohnsteuer vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise bislang als vergleichsweise robust erwiesen.

Das gilt auch für die veranlagte Einkommensteuer, denn zu dem Rückgang von -11,7%, der hier im September hinzunehmen war, haben nicht zuletzt die wegen der Wiedereinführung der Pendlerpauschale gestiegenen Arbeitnehmererstattungen beigetragen. Die Vorauszahlungen, in denen sich die aktuelle Gewinnentwicklung widerspiegelt, waren in der Summe nur um -7,0% niedriger als im September 2008.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer brachen im Berichtsmonat dagegen deutlich ein (- 52,4%). Dazu trugen neben etwas erhöhten Erstattungen und verminderten Nachzahlungen ganz wesentlich die stark verringerten Vorauszahlungen (- 35,7%) bei. Hinzu kommen um rund 200 Mio. € höhere Auszahlungen von Altkapitalguthaben nach § 37 KStG. Die Auszahlung der Jahresrate 2009 war zum 30. September fällig.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sanken im September 2009 gegenüber dem Vorjahresmonat um -19,7%. Zum Teil sind dafür erhöhte Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern verantwortlich. Angesichts der Anhebung des Steuersatzes von 20% auf 25% zu Jahresbeginn ist die Aufkommensentwicklung nach wie vor schwach.

Im Falle der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist das Minus mit - 5,1% im Vergleich zum Vorjahresmonat weniger stark ausgefallen als in Reaktion auf die Verminderung des Steuersatzes von 30% auf 25% hätte erwartet werden können.

Bei den Steuern vom Umsatz hat sich im September mit + 5,3 % gegenüber dem

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2009

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2009	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 067	-4,2	96 606	-4,9	136 000	-4,2
veranlagte Einkommensteuer	7 861	-11,7	18 843	-17,9	22 850	-30,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	325	-19,7	11 015	-15,8	14 540	-12,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	601	-5,1	10 193	-3,5	12 129	-9,9
Körperschaftsteuer	2 249	-52,4	5 3 3 2	-60,9	10910	-31,2
Steuern vom Umsatz	15 025	5,3	130877	0,3	176 550	0,3
Gewerbesteuerumlage	1	-65,4	1 488	-17,7	2 866	-14,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	0	-68,9	1 321	-27,2	2 605	-23,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	36 129	-8,4	275 676	-6,8	378 450	-6,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 523	2,3	24718	2,8	38 100	-2,9
Tabaksteuer	1 072	-6,6	9 424	-0,4	13 380	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	170	-1,0	1 559	-2,1	2 130	0,2
Versicherungsteuer	509	2,8	8 597	0,3	10 450	-0,3
Stromsteuer	536	10,0	4711	2,3	6 200	-1,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	667	Х	1 907	Х	3 719	Х
Solidaritätszuschlag	1 244	-13,8	8 886	-8,9	12 000	-8,7
übrige Bundessteuern	113	-3,3	1 071	-0,3	1 442	-1,9
Bundessteuern insgesamt	7 834	7,2	60 873	3,0	87 421	1,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	300	-30,0	3 600	-4,0	4 475	-6,2
Grunderwerbsteuer	435	-2,1	3 592	-20,8	4 485	-21,7
Kraftfahrzeugsteuer (bis 30. Juni 2009) ³	- 23	*.*	4398	*.*	4581	-48,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	126	-3,0	1 141	-3,9	1515	-1,4
Biersteuer	68	3,6	559	-1,7	725	-2,0
Sonstige Ländersteuern	14	9,0	270	3,4	329	2,6
Ländersteuern insgesamt	918	-46,9	13 560	-21,3	16 110	-26,6
EU-Eigenmittel						
Zölle	305	-10,8	2732	-6,5	3 590	-10,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	118	-46,5	1519	-46,5	2 2 6 0	-39,5
BSP-Eigenmittel	919	1,5	8 694	-16,8	16 470	7,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 342	-8,6	12 945	-20,2	22 320	-3,3
Bund ⁴	21 624	-7,0	165 916	-3,8	225 463	-5,7
Länder ⁴	19 159	-8,0	152 827	-6,8	208 981	-5,8
EU	1 342	-8,6	12 945	-20,2	22 320	-3,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 061	-6,4	21 153	-6,2	28 807	-8,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	45 186	-7,4	352 841	-6,0	485 571	-5,8

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

 $^{^4}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2009.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM SEPTEMBER 2009

Vorjahr der erwartete Ausgleich für den durch kassentechnische Verschiebungen verursachten schwachen August eingestellt. Bei einem Blick auf das 1. bis 3. Quartal des Jahres 2009 bestätigt sich das Bild einer stabilen Entwicklung: Kumuliert liegt die Veränderungsrate bei den Steuern vom Umsatz bei + 0,3 %. Die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten (-23,5%) sank im September im Vergleich zum Vorjahr in einer ähnlichen Größenordnung wie in den Monaten davor. Soweit sich daraus (aufgrund verringerter Vorsteuerabzüge) die Einnahmen aus der Umsatzsteuer erhöhten (+15,4%), ist dies kein Indiz für eine entsprechende Belebung des Absatzes im Inland.

Die reinen Bundessteuern übertrafen das Septemberniveau des Vorjahres um + 7,2 %. Allerdings wird die Rate wie schon in den beiden Vormonaten durch den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer verzerrt. Seit dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus dieser Steuer – gegen eine finanzielle Kompensation für die Länder – dem Bund zu. Ohne die Kraftfahrzeugsteuer wäre das Kassenaufkommen der reinen Bundessteuern um - 1,9 % gefallen. Die deutlichste prozentuale Verringerung

hat es aufgrund der Verschlechterung seiner Bemessungsgrundlagen beim Solidaritätszuschlag (-13,8%) gegeben. Die Tabaksteuer (-6,6%) und die Branntweinsteuer (-1,0%) standen ebenfalls im Minus. Bei der Versicherungsteuer (+2,8%) wurde das Vorjahresniveau leicht übertroffen. Gleiches gilt für die Energiesteuer (+2,3%), wobei in diesem Fall das Plus auf einen Anstieg bei den Kraftstoffen und beim Erdgas zurückgeht, während bei der Energiesteuer auf Heizöl das Vorjahresniveau nicht erreicht werden konnte.

Bei den reinen Ländersteuern wirkt sich der Wegfall der Ertragshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer wegen des niedrigeren Volumens in den Veränderungsraten noch deutlicher aus als bei den Bundessteuern. Für den Berichtsmonat errechnet sich im Vorjahresvergleich eine Verminderung um -46,9%. Neben dem rechnerischen Effekt aus der Verlagerung der Kraftfahrzeugsteuer zeigen sich darin auch verringerte Einnahmen aus der Erbschaftsteuer (-30,0%), aus der Grunderwerbsteuer (-2,1%) und aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (-3,0%). Einen Anstieg hat es bei der Biersteuer (+3,6%) gegeben.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 3,75 % (August 3,77 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe notierte Ende September bei 3,23 % (August 3,23 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,82 % Ende August auf 0,75 % Ende September.

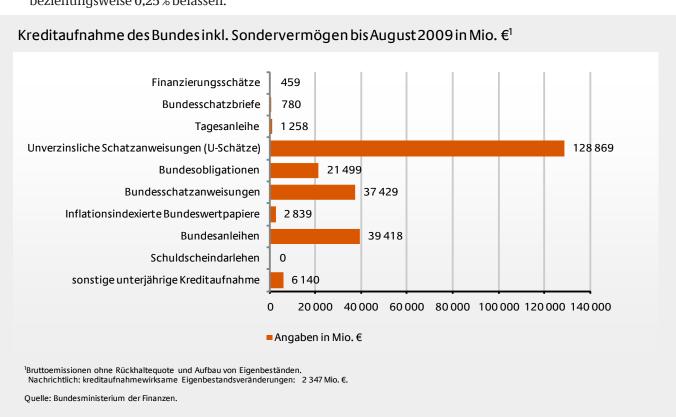
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. Oktober 2009 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex stieg zum 30. September auf 5 675 Punkte (August 5 465 Punkte). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 775 Punkten im August auf 2 873 Punkte im September.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 sank im August auf 2,5 % nach 3,0 % im Juli und 3,6 % im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum Juni bis August verringerte sich auf 3,0 %, nachdem er im Zeitraum Mai bis Juli bei 3,4 % gelegen hatte (Referenzwert 4,5 %).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im August 1,1% (Juli 1,8%, Juni 2,9%).



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im August 1,77% (Juli 3,44%, Juni 4,72%).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

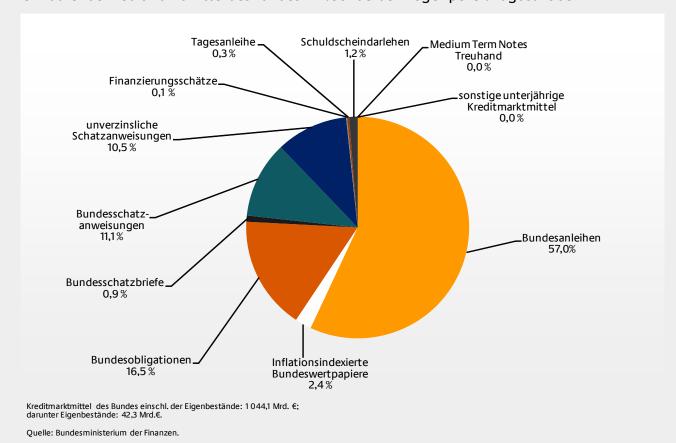
Der Bruttokreditbedarf von
Bund und Sondervermögen
(Finanzmarktstabilisierungsfonds und
Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis
einschließlich August 2009 238,69 Mrd. €.
Davon wurden 230 Mrd. € im Rahmen
des Emissionskalenders umgesetzt.
Darüber hinaus wurde am 10. Juni 2009 im
Tenderverfahren eine 1,75 %ige Neuemission
einer inflationsindexierten Bundesanleihe

(ISIN DE 0001030526 WKN 103052) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € begeben. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 2,35 Mrd. €).

Die im August 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich August 2009 die Tilgungen auf rund 173,70 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 34,57 Mrd. €.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. August 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	31,5	-					45,8
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-					18,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0	-	-					29,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9	11,9	12,2					62,5
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2					1,0
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2					1,2
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2					1,5
Fundierungsschuld- verschreibungen		-	-	-	-	-	-	-					-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-					-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-					-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	-	-	-					0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1	-	-					14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5	43,9	12,7					173,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in Mrd.	€						
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9	13,7	0,2		•			34,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 175,62 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 60,80 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 2,27 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	1. Juli 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	12. August 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Neuemission	9. September 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	ca.7Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	16. September 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Neuemission	23. September 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	ca.7Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Aufstockung	30. September 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	ca. 5 Mrd. €
			3. Quartal 2009 insgesamt	ca. 36 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115426 WKN 111542	Neuemission	13. Juli 2009	6 Monate fällig 13. Januar 2010	7 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115350 WKN 111535	Aufstockung	20. Juli 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 28. April 2010	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011154234 WKN 111543	Neuemission	27. Juli 2009	12 Monate fällig 28. Juli 2010	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115442 WKN 111544	Neuemission	10. August 2009	6 Monate fällig 17. Februar 2010	7 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115384 WKN 111538	Aufstockung	17. August 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 19. Mai 2010	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115459 WKN 111545	Neuemission	24. August 2009	12 Monate fällig 25. August 2010	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115467 WKN 111546	Neuemission	14. September 2009	6 Monate fällig 17. März 2010	ca.7Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115418 WKN 111541	Aufstockung	21. September 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 30. Juni 2010	ca. 4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115475 WKN 111547	Neuemission	28. September 2009	12 Monate fällig 29. September 2010	ca. 5 Mrd. €
			3. Quartal 2009 insgesamt	ca. 48 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Bruttoinlandsprodukt dürfte im 3. Quartal beschleunigt angestiegen sein.
- Impulse kamen wohl vor allem von den Nettoexporten und vom privaten Konsum.
- Warenexporte setzen Aufwärtstrend angesichts der deutlich aufwärtsgerichteten Auslandsnachfrage in der Industrie – voraussichtlich fort.
- Industrieindikatoren zeigen Aufwärtsbewegung im Produzierenden Gewerbe an.
- Produktionskapazitäten in der Industrie bleiben gleichwohl erheblich unterausgelastet.

Die konjunkturelle Erholung setzte sich im 3. Quartal 2009 beschleunigt fort. Das aktuelle Indikatorenbild deutet darauf hin, dass die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 3. Vierteljahr sowohl von der Inlands- als auch von der Auslandsnachfrage begünstigt worden sein dürfte.

Die weiter in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten signalisieren, dass sich die konjunkturelle Erholung moderat fortsetzen dürfte. Vor diesem Hintergrund haben bereits viele nationale und internationale Institutionen ihre Wachstumserwartungen für 2009 und 2010 deutlich nach oben korrigiert. So auch die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion und die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose. In beiden Projektionen wird für dieses Jahr mit einem BIP-Rückgang von real 5,0 % gegenüber dem Vorjahr gerechnet (Korrektur gegenüber Frühjahr: +1 Prozentpunkt). Für 2010 wird - vor allem überhangbedingt – das BIP-Wachstum mit 1,2% günstiger eingeschätzt als vor einem halben Jahr.

Während die wirtschaftliche Entwicklung in der Verlaufsbetrachtung auf eine fortgesetzte Erholung hinweist, verdeutlicht der Vorjahresvergleich weiterhin die Schärfe des konjunkturellen Einbruchs im Winterhalbjahr 2008/2009. Obwohl bei einer Vielzahl von Konjunkturindikatoren eine deutliche Aufwärtstendenz zu beobachten ist, befindet sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität insgesamt noch auf niedrigem Niveau. Die damit verbundene Unterauslastung der Produktionskapazitäten stellt weiterhin ein erhebliches Risiko für die weitere Beschäftigungsentwicklung dar.

Die – gemessen an historischer Erfahrung – anhaltend moderate Reaktion des Arbeitsmarktes auf den konjunkturellen Einbruch drückt sich in einer im Vorjahresvergleich tendenziell unveränderten Entwicklung des Lohnsteueraufkommens aus. Nachdem die Einnahmen aus der Lohnsteuer aufgrund eines Sondereffekts im August deutlich hinter dem Ergebnis des Vorjahresmonats zurückgeblieben waren, reduzierte sich der Vorjahresabstand im September wieder merklich (-4,2%). Unter Berücksichtigung der Effekte, die sich aus der Anhebung des Kindergelds ergeben, ist die Entwicklung des kassenmäßigen Lohnsteueraufkommens weiterhin als robust zu bezeichnen. Eine stabile Einnahmenentwicklung lässt sich auch mit Blick auf die Steuern vom Umsatz beobachten. Kumuliert über die ersten drei Quartale 2009 ergab sich hier gegenüber dem Vorjahr sogar ein leichtes Plus (+0,3 %), das im Einklang

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

mit der positiven Entwicklung des privaten Konsums im bisherigen Jahresverlauf steht.

Die nominalen Warenausfuhren zeigen eine klare Aufwärtsbewegung der Ausfuhrtätigkeit. So waren die Warenexporte im August zwar erstmals nach drei Anstiegen in Folge gegenüber dem Vormonat wieder rückläufig (saisonbereinigt). Im Zweimonatsvergleich (Juli/August gegenüber Mai/Juni) sind sie aber weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet, auch wenn das Vorjahresergebnis im gleichen Zeitraum um gut 19 % unterschritten wurde (Ursprungswerte). Insgesamt blieben die Warenausfuhren von Januar bis August dieses Jahres deutlich hinter dem nominalen Ausfuhrergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück (- 22,3 %). Dabei war der Rückgang bei den Exporten in den Nicht-Euroraum der EU weiterhin besonders ausgeprägt (-26,4%). Aber auch Exporte in den Euroraum (-21,5%) und in Drittländer (-20,9 %) blieben spürbar unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die nominalen Warenimporte wurden im August gegenüber dem Vormonat ausgeweitet und zeigen im Zweimonatsvergleich eine klare Aufwärtstendenz. Im Vorjahresvergleich blieb das Einfuhrergebnis im Juli/August 2009 aber erneut um über 20 % hinter jenem des entsprechenden Vorjahresabschnitts zurück (Ursprungswerte). Aufgrund des hohen Importanteils deutscher Exporte dürfte die Zunahme der Importtätigkeit am aktuellen Rand teilweise die insgesamt günstige Entwicklung bei den Ausfuhren widerspiegeln.

Auch im weiteren Jahresverlauf sind von der Ausfuhrtätigkeit positive Impulse zu erwarten. Dafür spricht eine sich allmählich erholende Weltwirtschaft. So hat der IWF zuletzt seine Prognose für die weltwirtschaftliche Aktivität 2009 und 2010 deutlich nach oben revidiert. Der OECD Leading Indicator verbesserte sich vom Januar bis August spürbar und signalisiert damit ebenfalls eine günstigere Weltkonjunktur. Darüber hinaus haben sich die Exportperspektiven der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Umfrage

zuletzt zum sechsten Mal in Folge verbessert. Erstmals seit August 2008 überwog dabei im September 2009 die Zahl der Unternehmen, die sich hinsichtlich des zu erwartenden Exportgeschäfts optimistisch zeigten. Auch das Volumen ausländischer Bestellungen von Industriegütern wurde im Juli/August spürbar ausgeweitet. Der Nachfragezuwachs kam sowohl aus dem Euroraum als auch aus Ländern außerhalb des Euroraums.

Insgesamt ist das industrielle Auftragsvolumen im August zum sechsten Mal in Folge angestiegen, womit sich der positive Trend bei der industriellen Bestelltätigkeit fortsetzte. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich, dass die Nachfrageimpulse aus dem Inland noch stärker waren als aus dem Ausland. Dabei stellt der Rückgang der inländischen Investitionsgüternachfrage im August lediglich eine Gegenbewegung dar, die im Zusammenhang mit einem staatlichen Großauftrag im Juli steht. Besonders kräftig nahmen in den Monaten Juli und August die Bestellungen von Vorleistungsgütern sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland zu. Auch die Investitionsgüternachfrage trug in diesem Zeitraum deutlich positiv zur sehr günstigen Auftragsentwicklung bei. Im Kfz-Bereich wuchs das inländische Auftragsvolumen im August gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um insgesamt 20,9 %. Obgleich die Zunahme des Bestellvolumens im Zweimonatsvergleich deutlich schwächer ausfiel (+0,7 % gegenüber Vorperiode), deutet die Ausweitung der Inlandsnachfrage nach Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen insgesamt darauf hin, dass der Auftragseingang für Investitionsgüter auch im 3. Quartal noch von der Umweltprämie profitiert haben dürfte.

Die seit März 2009 dynamische Entwicklung der Auftragseingänge hat sowohl die industrielle Erzeugung als auch die Umsatzentwicklung begünstigt. Die Industrieproduktion wurde im August um (saisonbereinigt) 2 % gegenüber Juli gesteigert, nachdem sie im Vormonat noch leicht rückläufig gewesen war. Insgesamt lässt

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	20	08	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	4. Q.08	1.Q.09	2.Q.09	4. Q.08	1.Q.09	2.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	100,3	+1,3	-2,4	-3,5	+0,3	-1,7	-6,4	-7,1
jeweilige Preise	2 496	+2,8	-1,9	-3,4	+0,6	+0,2	-5,0	-5,9
Einkommen								
Volkseinkommen	1 886	+2,5	-2,3	-4,0	-1,0	-0,9	-6,5	-7,4
Arbeitnehmerentgelte	1 225	+3,7	-0,0	-0,6	-0,2	+3,5	+1,0	-0,1
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	661	+0,2	-6,4	-10,7	-2,9	-9,8	-18,6	-20,7
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 558	+2,7	-0,7	-0,4	+0,6	+1,0	+0,1	-0,1
Bruttolöhne ugehälter	996	+4,0	+0,3	-1,6	+0,1	+3,5	+0,6	-0,7
Sparen der privaten Haushalte	179	+7,7	+2,5	-0,4	-3,0	+6,9	+2,4	-1,7
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	20	08	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorperiode saison bereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	Jul 09	Aug 09	Zweimonats- durchschnitt	Jul 09	Aug 09	Zweimonats durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)	86	+6,1	-0,7		-3,6	-4,5		-4,7
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	993	+2,8	+1,7	-1,8	+3,9	-18,7	-20,0	-19,3
Waren-Importe	814	+5,7	+0,1	+1,1	+3,2	-22,5	-19,3	-20,9
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe	111,5	-0,0	-1,1	+1,7	+0,3	-17,0	-17,4	-17,2
(Index 2005 = 100) ¹ Industrie ²	113,4	+0,2	-1,0	+2,0	+0,1	-19,2	-19,6	-19,4
Bauhauptgewerbe	108,3	-0,6	-1,1	+4,2	+0,6	+2,6	+1,9	+2,3
Umsätze im Produzierenden Gewerbe 1	100,5	0,0	.,.	1 -7,2	10,0	12,0	11,5	12,3
	112.6	0.7	0.4			160	17.0	17.0
Industrie (Index 2005 = 100) ²	112,6	-0,3	-0,4	+2,7	+1,5	-16,9	-17,0	-17,0
Inland	108,7	+0,1	-1,9	+2,5	-0,1	-14,6	-15,2	-14,9
Ausland	117,2	-0,8	+1,3	+3,1	+3,4	-19,5	-19,0	-19,3
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ¹	1112	7.4		14.4	15.0	20.2	24.4	20.7
Industrie ²	111,3	-7,1	+3,1	+1,4	+5,8	-20,3	-21,1	-20,7
Inland	108,3	-5,7	+9,5	-1,9	+8,7	-14,0	-17,6	-15,8
Ausland	113,8	-8,2	-2,4	+4,6	+3,2	-25,5	-24,0	-24,7
Bauhauptgewerbe	102,7	-4,3	+5,0	•	+0,3	-8,2	•	-7,1
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel								
(ohne Kfz. und mit Tankstellen)	96,7	-0,5	+1,5	-2,4	-0,2	-0,8	-2,9	-1,9
Handel mit Kfz	91,1	-5,1	-3,0	-0,3	-2,6	+2,2	+3,0	+2,6

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj.	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr		
	Mio.	in%	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09
Arbeitslose (nationale								
Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	-7	-5	-12	+252	+276	+266
Erwerbstätige, Inland	40,28	+1,4	-15	-4		-144	-156	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-5			-102		
Preisindizes	2008 Veränderung in % gegenüber			oer				
2005=100	ggü. Vorj.		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	in%	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09
Importpreise	109,9	+4,5	-0,9	+1,3		-12,6	-10,9	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	-1,5	+0,5	-0.5	-7,8	-6,9	-7.6
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	+0,0	+0,2	-0,4	-0,5	+0,0	-0,3
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saison bereinigte Salden							
	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09
Klima	-35,3	-36,1	-33,0	-31,9	-28,6	-25,8	-19,7	-18,1
Geschäftslage	-34,7	-37,7	-36,0	-38,0	-38,2	-34,4	-30,9	-29,2
Geschäftserwartungen	-35,9	-34,5	-29,8	-25,6	-18,5	-16,8	-7,7	-6,3

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

sich am Dreimonatsvergleich ein deutlicher Aufwärtstrend der industriellen Produktion ablesen, der vor allem auf die Ausweitung der Herstellung von Vorleistungsgütern zurückzuführen war. Die Steigerung der Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen stützte die Erzeugung von Investitionsgütern.

Die Umsätze in der Industrie verzeichneten im August gegenüber dem Vormonatsergebnis in saisonbereinigter Betrachtung ebenfalls ein Plus. Hierzu trugen sowohl die Inlands- als auch die Auslandsumsätze bei. Im Zweimonatsvergleich fiel die Umsatzentwicklung in der Industrie dynamischer aus als die Produktionsentwicklung, was möglicherweise auf einen fortgesetzten industriellen Lagerabbau im 3. Quartal hindeuten könnte. Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im August gegenüber dem Vormonat deutlich ausgeweitet. Aufgrund der vorangegangenen Rückgänge zeichnet sich bei der Bautätigkeit jedoch noch keine deutliche Aufwärtstendenz ab. Die Bauproduktion dürfte allerdings zunehmend von den in den Konjunkturpaketen beschlossenen Fördermaßnahmen profitieren. Hierauf deutet die zuletzt verbesserte Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe hin.

Insgesamt stützt die Ausweitung der Industrieproduktion die Einschätzung, dass das Verarbeitende Gewerbe positiv zur BIP-Entwicklung im 3. Quartal beigetragen haben dürfte. Angesichts der nochmals verbesserten industriellen Auftragslage sowie der spürbaren Ausweitung der Herstellung von Vorleistungsgütern – die jeweils als vorlaufende Indikatoren für die

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zukünftige Produktion herangezogen werden können – dürfte die Aufwärtsbewegung im Verarbeitenden Gewerbe vorerst anhalten. Dafür spricht auch die fortgesetzte Stimmungsverbesserung (ifo) der Unternehmen, insbesondere die Zunahme der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate.

Das Konjunkturbild hinsichtlich der Entwicklung des privaten Konsums stellt sich uneinheitlich dar. So hat sich im Zweimonatsvergleich (saisonbereinigt Juli/August) der Abwärtstrend der Einzelhandelsumsätze fortgesetzt. Von der Einkommensseite betrachtet, deutet einiges darauf hin, dass sich der Ausgabenspielraum der privaten Haushalte zuletzt weiter vergrößert haben dürfte: Sowohl die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2009, das günstige Preisklima im 3. Quartal als auch die Entlastung der Haushaltseinkommen durch die Maßnahmen der Konjunkturpakete dürften zu einem Anstieg der privaten Kaufkraft beigetragen haben. Entsprechend kam es auch zu einer deutlichen Verbesserung der Verbraucherstimmung im Verlauf des 3. Quartals, insbesondere aufgrund angestiegener Einkommenserwartungen und einer überdurchschnittlich hohen Anschaffungsneigung. Die Einzelhändler schätzten ihre aktuelle Lage laut ifo-Umfrage im September etwas besser ein als im Vormonat. Die Stimmungsindikatoren zeichnen damit ein freundlicheres Bild der privaten Konsumtätigkeit als die Einzelhandelsumsätze. Angesichts der Unsicherheit über die Beschäftigungsperspektiven könnte eine erhöhte Sparneigung (Vorsichtsmotiv) auch bei steigendem Einkommen den privaten Konsum dämpfen. Allerdings signalisieren die aktuellen GfK-Umfrageergebnisse keinen ausgeprägten Anstieg der Sparneigung. Ungeachtet der eher schwachen Einzelhandelsumsätze zeichnet sich insgesamt ab, dass der private Konsum voraussichtlich auch im 3. Quartal gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet wurde. Eine Fortsetzung der Aufwärtstendenz der privaten Konsumausgaben hängt jedoch entscheidend von der weiteren Beschäftigungsentwicklung ab.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin überraschend robust. So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im September um 12 000 Personen. Ohne die entlastenden Wirkungen der Maßnahmen zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (beispielsweise gelten Personen, für die ein Dritter mit der Vermittlung beauftragt wurde, aus Sicht der Statistik nicht mehr als arbeitslos) wäre die Arbeitslosigkeit schätzungsweise um 10 000 Personen angestiegen. Im September nahm die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) im Vergleich zum Vorjahr um 266 000 auf 3,35 Mio. Personen zu. Die Arbeitslosenguote stieg damit gegenüber September 2008 um 0,6 Prozentpunkte auf 8.0% an.

Auch der Beschäftigungsabbau verlief bisher vergleichsweise moderat. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) nahm im August gegenüber dem Vormonat um 4 000 ab. Nach Ursprungswerten gab es im August dieses Jahres 40,19 Mio. Erwerbstätige und damit 156 000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verringerte sich – nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit - im Juli leicht (saisonbereinigt – 5 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Im Vergleich zum Vorjahr wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Juli mit einem Rückgang um 102 000 Personen deutlicher abgebaut als im Juni. Dabei hat ein anhaltender Zuwachs von Teilzeitbeschäftigung (rund +200 000 Personen) bei spürbarer Verringerung der Vollzeitbeschäftigung (-300 000 Personen) den Beschäftigungsabbau gedämpft.

Zu der insgesamt vergleichsweise günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt hat vor allem die hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung beigetragen. So

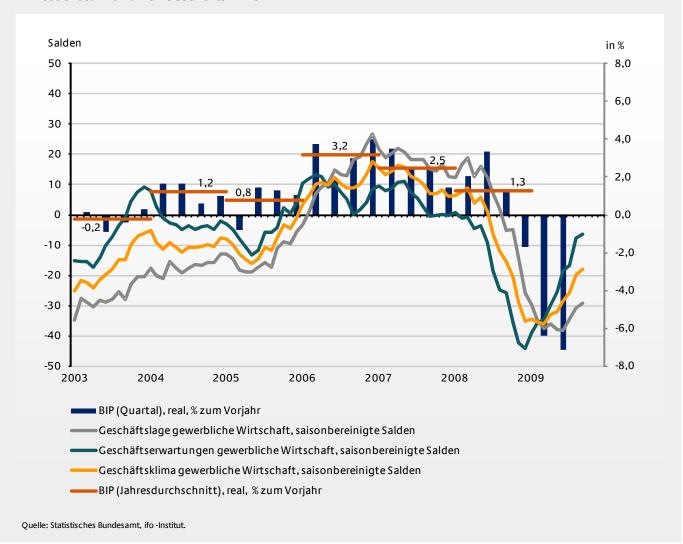
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

erhielten im Juni rund 1,42 Mio. Personen Kurzarbeitergeld aus konjunkturellen Gründen. Die Bedeutung der Kurzarbeit dürfte jedoch im Verlaufe des nächsten Jahres nachlassen. Da die deutliche Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten auch bei fortgesetzter konjunktureller Erholung bis auf Weiteres anhalten dürfte, sind spürbare Rückpralleffekte auf dem Arbeitsmarkt wahrscheinlich. Es kommt nun darauf an, wie lange die Unternehmen das entstandene Missverhältnis von Umsatzerlösen und Arbeitskosten verkraften können. Die Beschäftigungsplanungen der Unternehmen sind derzeit tendenziell auf

Personalreduzierung ausgerichtet (Umfragen des ifo-Instituts, Beschäftigungsindex aus der Befragung der Einkaufsmanager).

Das Verbraucherpreisniveau (VPI) sank im September gegenüber dem Vorjahr um 0,3%. Das Vormonatsergebnis wurde um 0,4% unterschritten. Die negative Jahresveränderungsrate ist vor allem auf die Preisentwicklung bei Kraftstoffen, Heizöl und Nahrungsmitteln zurückzuführen. Die Vorjahresraten der Preise für diese Produkte sind zu einem großen Teil weiterhin durch einen statistischen Effekt (Basiseffekt) geprägt. Nach einem kräftigen Anstieg der Preisniveaus für Heizöl, Kraftstoffe und Nahrungsmittel





KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im vergangenen Jahr kam es in diesem Jahr zu einer deutlichen Verbilligung dieser Güter. Auch im September lagen deren Preise deutlich unter Vorjahresniveau (Heizöl: - 34,2%, Kraftstoffe: - 13,5%, Nahrungsmittel: -3,0%). Die Basiseffekte dürften jedoch allmählich auslaufen. Hinzu kommt, dass es bei Kraftstoffen (im Vormonatsvergleich) im September 2008 zu einem leichten Preisniveauanstieg und im September 2009 dagegen zu einer Verbilligung kam, wodurch der Preisniveaurückgang für Kraftstoffe im September 2009 im Vorjahresvergleich deutlich ausgeprägter war als im August 2009. Verstärkt wurde die Abnahme des Verbraucherpreisniveaus gegenüber dem Vorjahr auch durch eine spürbare Verbilligung von Nahrungsmitteln im Vergleich zum Vormonat, die bereits zum dritten Mal in Folge zu beobachten war. Die Kerninflationsrate (berechnet auf Grundlage des VPI ohne Berücksichtigung von Energie, Nahrungsmitteln und nichtalkoholischen Getränken) lag jedoch im September weiterhin bei rund $+1^{1/2}$ %.

Der Importpreisindex blieb im August um 10,9 % unter seinem Vorjahresniveau. Gegenüber Juli 2009 stieg er um 1,3 %. Der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf deutlich rückläufige Importpreise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse zurückzuführen

(-36,1% und -35,1%). Ohne Einrechnung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lag der Importpreisindex um 6,9% unter seinem Vorjahresniveau. Erdgas wurde im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls erheblich billiger eingeführt (-42,0%). Auch Importe von Eisenerzen und Nicht-Eisenerzen kosteten wesentlich weniger als vor einem Jahr. Im Nahrungsmittelsektor fielen die Preise gegenüber dem Vorjahr insbesondere für Getreide (-27,8%) sowie Milch und Milcherzeugnisse (-14,0%).

Das Niveau der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sank im September um 7,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vormonatsvergleich war nach einem kurzfristigen Anstieg im August erneut ein Rückgang um 0,5 % zu verzeichnen. Zwei Drittel des jährlichen Preisrückgangs sind auf rückläufige Energiepreise zurückzuführen (-16,4% gegenüber dem Vorjahr). Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im September um 3,3% unter ihr entsprechendes Vorjahresniveau. Die Preise für Vorleistungsgüter waren im Vorjahresvergleich um 7,0 % niedriger. Hier fielen vor allem die Preisniveaurückgänge bei Metallen besonders kräftig aus (-20,0%). Auch Erzeugerpreise für Nahrungsmittel unterschritten ihr Vorjahresniveau deutlich (-5,5%).

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009

Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009

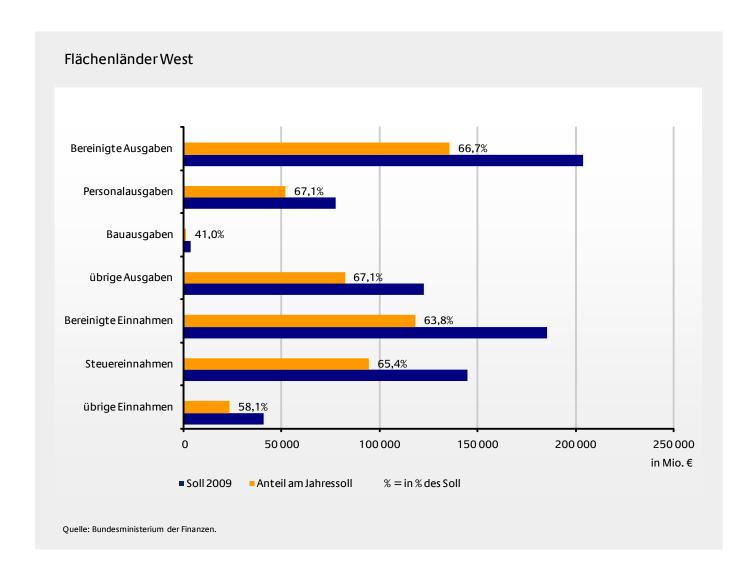
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009 stellt sich deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Während die Einnahmen der Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr um - 5,7% zurückgingen, erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um + 7,2%. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum entsprechenden

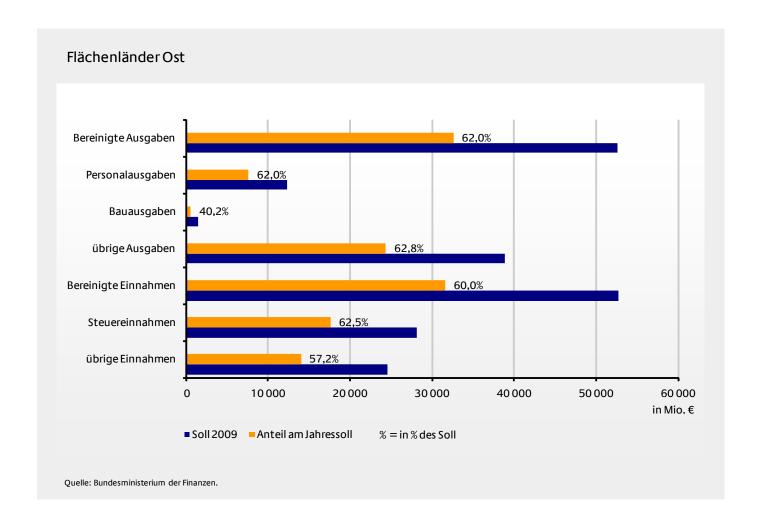
Vorjahreszeitraum um - 7,1% gesunken.
Bei den Stadtstaaten verringerten sich die
Steuereinnahmen deutlich um - 14,5 %,
bei den ostdeutschen Flächenländern
um - 6,4% und bei den westdeutschen
Flächenländern um - 6,2%. Die Ausgaben
erhöhten sich in den Flächenländern West
um + 9,7%, in den Flächenländern Ost
um + 0,5% und in den Stadtstaaten um
+ 2,0%. Das Finanzierungsdefizit bei der
Ländergesamtheit betrug Ende August rund
- 21,9 Mrd. € und lag damit rund 22,5 Mrd. €
über dem Vorjahreswert. Für das Jahr 2009 ist
ein Defizit von rund - 21,7 Mrd. € geplant.

Länder insgesamt Bereinigte Ausgaben 66,5% Personalausgaben Bauausgaben 40,1% übrige Ausgaben 66,1% 62.8% Bereinigte Einnahmen Steuereinnahmen 64,2% übrige Einnahmen 58,8% 100 000 150 000 200 000 250 000 300 000 350 000 50000 in Mio. € ■Soll 2009 Anteil am Jahressoll % = in % des Soll Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

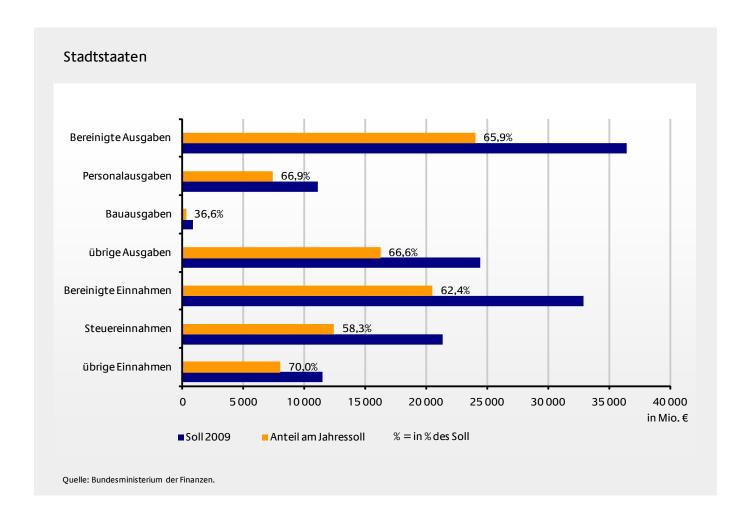
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

6./7. November 2009	G20-Finanzministertreffen in St. Andrews, UK
9./10. November 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
1./2. Dezember 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
10./11. Dezember 2009	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010¹

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

¹Der Terminplan für die Aufstellung des neuen Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2010 ist abhängig vom Ergebnis der laufenden Koalitionsverhandlungen und steht deshalb derzeit noch nicht fest.

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009
Januar 2010	Dezember 2009	29. Januar 2010
Februar 2010	Januar 2010	22. Februar 2010
März 2010	Februar 2010	22. März 2010
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Klimawandel: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?	36
Der Primärmarkt für Bundeswertpapiere während der globalen Finanzmarktkrise	.48
Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)	62
Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und	
Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens	69
Wirtschafts- und Finanzlage in den G20-Schwellenländern	77

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

Klimawandel: Welche Belastungen entstehen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?¹

Forschungsgutachten von Ecologic Institute und INFRAS im Auftrag des BMF

1	Problemstellung	36
	Methodik	
3	Szenariendefinition	39
4	Ergebnisse der Fallstudien	40
	Ergebnisse der Gesamtbetrachtung	
	Ausblick	

- Der Klimawandel könnte im Jahr 2100 Zusatzkosten und Mindereinnahmen für die öffentliche Hand zwischen 27 Mrd. € und 120 Mrd. € verursachen. Dies entspricht einer Belastung in Höhe von 0,6 % bis 2,5 % des BIP.
- Für 2050 ergibt sich dagegen ein ambivalentes Bild: Erwartet wird eine Belastung von bis zu 0,25 % des BIP, es ist jedoch auch eine Nettoentlastung durch positive Effekte des Klimawandels möglich.
- Die quantitativ stärksten Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Haushalte sind über Veränderungen im internationalen Handel und im Tourismus zu erwarten.
- Für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stellt der Klimawandel ein Risiko dar, das der Belastung durch den demographischen Wandel vergleichbar ist. Die Spitzenbelastungen werden jedoch nicht zusammenfallen, da sich die Alterung vor allem bis 2050 auswirkt.

1 Problemstellung

Die Existenz einer anthropogen hervorgerufenen weltweiten Veränderung des Klimas ist mittlerweile eine allgemein akzeptierte Tatsache. Der 2007 erschienene Vierte Sachstandsbericht

¹ Der vorliegende Beitrag wurde von Ingo Bräuer, Katharina Umpfenbach, Daniel Blobel, Max Grünig und Aaron Best vom Ecologic Institute, sowie von Martin Peter und Helen Lückge von INFRAS erstellt. Kontakt: Katharina Umpfenbach, Ecologic Institut, E-Mail: katharina.umpfenbach@ecologic.eu. des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) dokumentiert den weitgehenden Konsens darüber, dass sich das Weltklima erwärmt.² Jüngste Klimabeobachtungen legen zudem nahe, dass die Erwärmung schneller voranschreitet und größere Auswirkungen zeitigen wird als bislang vermutet. Die möglichen Folgen dieser globalen Veränderung und die

² IPCC (2007): Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

damit verbundenen Kosten sowie mögliche Handlungsoptionen wurden in verschiedenen Studien ausführlich analysiert. Prominentestes Beispiel ist der Stern-Report aus dem Jahr 2006, der die wirtschaftlichen Folgen der Erwärmung auf globalem Niveau berechnet. Zusätzlich existieren einige nationale Studien, wobei hauptsächlich die Betroffenheit einzelner, besonders exponierter Sektoren untersucht wird. Integrierte gesamtökonomische Betrachtungen für Deutschland sind bisher rar, eine Ausnahme bildet die Analyse von Kemfert mit dem Modell WIAGEM.³

Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) untersuchten das Ecologic Institut und INFRAS, inwieweit die ökonomischen Folgen des Klimawandels in Deutschland die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte bedrohen. Dieser Frage wurde in der Literatur bisher wenig Beachtung geschenkt. Dies ist insofern erstaunlich, da der Staat und die öffentlichen Haushalte in vielfältiger Form von den Folgen des Klimawandels betroffen sein können. So stellen die durch wetterbedingte Extremereignisse hervorgerufenen Katastrophen klassische Fälle für staatliches Eingreifen dar. Gleiches gilt für die Katastrophenvorsorge, wie z. B. notwendige Verbesserungen im Hochwasserschutz oder etwa Anpassungen der Infrastruktur an die neuen Belastungen. Von besonderem Interesse ist darüber hinaus die Frage, inwieweit die Wirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Finanzen mit den Belastungen durch den demografischen Wandel zeitlich zusammentreffen.

Neben zahlreichen negativen Folgen kann der Klimawandel in Deutschland auch zu positiven Wirkungen führen. Hierunter fallen potentiell höhere Erträge in der Landwirtschaft durch längere Wachstumsperioden, zunehmender Sommertourismus sowie Einsparungen durch

³ Kemfert C. (2002): An Integrated Assessment Model of Economy-Energy-Climate – The Model WIAGEM, in: Integrated Assessment 2002, Vol. 3, No. 4, S. 281-298.

verminderten Heizbedarf in milderen Wintern. Es war daher das Ziel der Untersuchung, die Bandbreite der Auswirkungen zu berücksichtigen und die wichtigsten positiven und negativen Wirkungen zu aggregieren, um so schließlich die Gesamtwirkung auf die öffentlichen Haushalte abzuschätzen.

2 Methodik

Grundlage unserer Analyse sind Szenarien zur zukünftigen sozio-ökonomischen und klimatischen Entwicklung, die auf den Szenarien des IPCC⁴ und auf den Klimamodellierungen für Deutschland mit Hilfe der Modelle WETTREG⁵ und REMO⁶ aufbauen. Für die Annahmen zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland stützt sich die Studie auf den Zweiten Tragfähigkeitsbericht des Bundesministeriums für Finanzen.⁷

Zentrale Aufgabe bei der vorliegenden Fragestellung war die Reduktion der Komplexität der Wirkungszusammenhänge

⁴ IPCC (2000): IPCC Special Report Emissions Scenarios (SRES). Intergovernmental Panel on Climate Change, Genf.

⁵ Spekat. A. et al. (2007): Neuentwicklung von regional hoch aufgelösten Wetterlagen für Deutschland und Bereitstellung regionaler Klimaszenarios auf der Basis von globalen Klimaszenarien mit dem Regionalisierungsmodell WETTREG auf der Basis von globalen Klimasimulationen mit ECHAM5/MPI_OM T63L31 2010 bis 2100 für die SRES-Szenarios B1, A1B und A2. Forschungsbericht im Auftrag des UBA.

⁶ Jacob, D. et al. (2008): Klimaauswirkungen und Anpassung in Deutschland – Phase 1: Erstellung regionaler Klimaszenarien für Deutschland. Forschungsbericht im Auftrag des UBA.

⁷ BMF (2008): Zweiter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

und der mit den jeweiligen Wirkungen verbundenen Unsicherheiten. Daher wurde ein zweistufiges Verfahren angewendet. In einem ersten Schritt wurden die Auswirkungen des Klimawandels auf relevante Wirtschafts- und Lebensbereiche in Form von zehn Fallstudien untersucht, um die kausalen Wirkungspfade in qualitativer und - soweit möglich - auch quantitativer Form nachzuzeichnen. Acht Fallstudien analysierten die am stärksten betroffenen Sektoren Gebäude, Landund Forstwirtschaft, Energieversorgung, Wasserversorgung, Tourismus, Verkehr, Versicherungen und den Gesundheitssektor. Zwei übergreifende Fallstudien beleuchteten die Folgen des Meeresspiegelanstiegs sowie die Effekte über die internationalen Handelsströme. Die Bandbreite der Fallstudien deckt alle für die öffentlichen Haushalte relevanten Bereiche ab, in denen signifikante Klimaauswirkungen zu erwarten sind.

Um der Komplexität der Wechselwirkungen zwischen Klimasystem, Wirtschaft und öffentlichem Haushalt gerecht zu werden, gliedert sich jede Fallstudie in vier aufeinanderfolgende Schritte:

- 1. Relevante klimatische und physische Veränderungen;
- 2. Sozio-ökonomische Auswirkungen;
- 3. Anpassungsoptionen;
- 4. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand.

Die so gewonnenen (sektoralen) quantitativen Informationen fließen in einer zweiten Stufe in eine Monte-Carlo-Analyse der klimabedingten Kosten und Nutzen für die öffentlichen Haushalte für die Jahre 2050 und 2100 ein. Unter Berücksichtigung der Unsicherheiten können mit diesem Verfahren Angaben zu den möglichen aggregierten Bandbreiten der Klimawirkungen für die öffentliche Hand berechnet werden.

Als eine methodische Herausforderung erwies sich die Frage, wie in der Analyse mit Anpassungen an den Klimawandel umgegangen werden soll. Offensichtlich ist, dass in vielen Bereichen eine Anpassung stattfinden wird. Die Unternehmen, die öffentliche Hand sowie die privaten Haushalte werden auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren. Wo bereits Umweltinfrastrukturen bestehen wie etwa beim Küstenschutz, kann davon ausgegangen werden, dass steigende Sturm- und Überflutungsschäden nicht einfach hingenommen, sondern die Schutzmaßnahmen gemäß den Prognosen zum Meeresspiegelanstieg ausgeweitet werden. In vielen anderen Bereichen ist jedoch noch nicht abzusehen, wie schnell, in welcher Form und mit welchem Erfolg Anpassung erfolgen wird. Da eine detaillierte ökonomische Kosten-Nutzen-Bewertung der Vielzahl möglicher Anpassungsmaßnahmen nicht Ziel der Studie war, sind wir für die Quantifizierungen grundsätzlich von einem Szenario ohne Anpassung ausgegangen. Die Ausnahme bilden hierbei Kostenschätzungen für die Ausweitung bestehender Schutz- und Anpassungsmaßnahmen, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit umgesetzt werden (wie beispielsweise Deiche oder erweiterte Abwasserversorgungssysteme). Diese wurden in der Quantifizierung berücksichtigt, sofern geeignete Daten vorlagen.

Neue und bisher unerprobte Anpassungsinstrumente wurden qualitativ beschrieben, um die Handlungsspielräume der beteiligten Akteure zu illustrieren und Fälle zu untersuchen, in denen qualitativ neue Aufgaben auf den Staat zukommen könnten, weil private Märkte versagen (z. B. Grenzen der Versicherbarkeit).

Bei der Untersuchung der Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen unterscheiden wir zwischen direkten Wirkungen, die die Ausgabenlast des Staates verändern, und indirekten Wirkungen, die die Einnahmenseite beeinflussen:

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

Ausgabenseite: Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und der Wiederaufbau von Infrastrukturen nach Extremereignissen kann zu neuen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führen. Darüber hinaus können auf die öffentliche Hand verstärkte Hilfszahlungen zukommen, wenn Extremereignisse wie Überschwemmungen oder starke Stürme zu nicht versicherten Schäden bei Privaten führen. Gleichzeitig kann es aufgrund von positiven Effekten auch zu Entlastungen kommen.

Einnahmenseite: In vielen Bereichen wirkt sich der Klimawandel auf Produktivität und Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Dies führt über mehrere Kanäle (vor allem Einkommensteuer, direkte Steuern auf Unternehmen, indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) zu einer Veränderung des Steueraufkommens und der Beiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen.

Die Quantifizierung der Wirkungen beruht auf der Annahme, dass steigende Schäden durch den Klimawandel Zusatzkosten in der Wirtschaft nach sich ziehen. Für die Anpassungsmaßnahmen, die Reparatur von Schäden oder den vorzeitigen Ersatz im Kapitalstock werden Mittel von Haushalten, Unternehmen und dem öffentlichen Sektor benötigt. Dabei wird z.B. vermehrt Kapital für den Wiederaufbau und die Anpassung von öffentlicher Infrastruktur gebunden, ohne jedoch dabei das Schutzniveau gegenüber heute zu verbessern. Diese Finanzmittel hätten in einem Referenzszenario ohne Klimawandel frei zur Verfügung gestanden und wären vom Staat und den Unternehmen für andere Zwecke verwendet worden. Das bedeutet, der Klimawandel führt dazu, dass ein Teil des Investitionskapitals für "unproduktive" Reparatur- und Schadensbehebungsmaßnahmen eingesetzt werden muss und dadurch produktivere Investitionen – etwa in Bildung oder den technologischen Fortschritt – verdrängt werden. Diese durch den Klimawandel bedingten Investitionen sind zwar kurzfristig durchaus direkt wachstumswirksam, mindern jedoch langfristig das Wachstumspotenzial der Wirtschaft im Vergleich zu einer Referenzentwicklung ohne Klimawandel. Zudem führen der Klimawandel und klimabedingte Extremereignisse zu einem kürzeren Lebenszyklus von Investitionen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur. Diese Wirkungen des Klimawandels auf die Produktionsbedingungen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit strukturell und andauernd und deshalb von einmaligen beziehungsweise zeitlich beschränkten Schocks wie z. B. einer 100-jährigen Flut an der Nordsee oder der Ölkrise der 70er Jahre abzugrenzen.

3 Szenariendefinition

Die Szenarien des IPCC liefern das global aggregierte Gerüst für unsere Analyse. Dazu gehören sowohl die Annahmen zur sozio-ökonomischen Entwicklung als auch zu den globalen Treibhausgasemissionen, die den Klimawandel antreiben. Für die Abschätzung der Folgen des Klimawandels in Deutschland benötigten wir zusätzlich ein nationales Referenzszenario, das die sozio-ökonomische Entwicklung Deutschlands bis 2100 in einer Welt ohne Klimawandel beschreibt. Das Referenzszenario erlaubt es, klimabedingte Kosten und BIP-Verluste sowie positive Effekte als Differenz zum Referenzszenario auszudrücken.

Die Ursachen des Klimawandels sind globaler Natur; die Auswirkungen werden dagegen regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. Im Auftrag des Umweltbundsamtes sind bisher zwei grundlegende Studien zur Erstellung von regionalen Klimaszenariendaten für Deutschland bis zum Jahr 2100 durchgeführt worden. Zum einen hat das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg das Regionalmodell REMO eingesetzt, das die dynamischen Vorgänge in der Atmosphäre abbildet, während das statistische Modell WETTREG der Firma CEC Potsdam statistische Wechselbeziehungen bisheriger Klimabeobachtungen verwendet.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

In beiden Modellierungen werden jeweils drei IPCC-Szenarien benutzt: das A2-Szenario mit relativ hohen Emissionen, das B1 als Niedrigemissionsszenario und das mittlere Szenario A1B. Nur für diese drei Szenarien liegen aktuelle Klimaprognosen für Deutschland vor, und auch die bisherigen Kostenschätzungen beruhen auf diesen Szenarien. Um die möglichen Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft in der ganzen Breite darzustellen zu können, wählten wir daher für unsere Untersuchung die beiden Extremszenarien B1 und A2.

Tabelle 1 fasst die Eckdaten der definierten Szenarien zusammen, auf deren Grundlage wir die Auswirkungen des Klimawandels auf Wirtschaft und öffentliche Hand abgeschätzt haben.

Wichtige Aspekte sind hier zum einen die Veränderung der Mittelwerte für Temperatur, Niederschlag und Meeresspiegelanstieg, die die Modelle REMO und WETTREG prognostizieren können. Zum anderen ist für die Abschätzung der sozio-ökonomischen Folgen des Klimawandels entscheidend, wie sich die Eintrittswahrscheinlichkeit von Extremereignissen verändert. In mehreren Fallstudien ist eine Quantifizierung für die betrachteten Zeitpunkte nur über die

Hochrechnung von Schäden bisheriger Hitzewellen, Hochwasser oder Stürme möglich. Bisher kann die Klimaforschung auf regionaler Ebene nur über die Eintrittswahrscheinlichkeit von Hitzewellen relativ sichere Aussagen treffen. Die Wahrscheinlichkeiten für zukünftige Hochwasserereignisse und Stürme sind dagegen in den Klimamodellen noch nicht prognostizierbar und wurden deshalb basierend auf Expertenmeinungen geschätzt.

4 Ergebnisse der Fallstudien

Im Ergebnis zeigt die Fallstudienanalyse, dass der Klimawandel über eine Vielzahl von Kanälen Auswirkungen auf die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Hand hat. In den meisten Fallstudien konnte zumindest ein Teil der Auswirkungen quantifiziert werden. Daneben gibt es aber in der Regel noch weitere nicht (oder schwer) quantifizierbare Aspekte. Bei rein quantitativer Betrachtung besteht entsprechend die Gefahr, dass alle nicht quantifizierbaren Effekte in den Berechnungen unberücksichtigt bleiben und sich so ein verfälschtes Bild ergeben könnte. Die folgenden beiden Tabellen geben daher eine Übersicht über die prognostizierten Kosten beziehungsweise Nutzen des Klimawandels die quantitativen Auswirkungen - sowie

Tabelle 1: Die Szenariendaten im Überblick

	Deutschland		Glo	oal	
	2050	2100	2050	2100	
BIP Wachstum	2011-2050:1%	2051 - 2100: 0,5 %	2,0 - 2,	5 % p.a.	
Bevölkerung	ca. 75 Mio.	ca. 65 Mio.	8 - 11 Mrd.	7-15 Mrd.	
CO ₂ -Emissionen	nicht relevant		B1: 11 Mrd. tC A2: 17.5 Mrd. tC	4 Mrd. tC 29 Mrd. tC	
Temperatur	1,5°C [1,0–1,6]	2°C[1,5-3,5]		1,1 – 5,4 °C	
Niederschlag	Jahresmittel +/-0 Winter: +7–14% Sommer: -12–16%	Jahresmittel: +/-0 Winter: +15–35% Sommer: -15–35%		starke regionale Unterschiede: -20 – +20%	
Meeresspiegelanstieg	20 - 100 cm			IPCC: 0,18–0,51 cm Lit.: bis 140 cm	

Quelle: Ecologic.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

über die zusätzlichen qualitativen Effekte, d. h. Effekte, die nur in ihrer Wirkungsweise bekannt sind, nicht aber in ihrem Ausmaß. Die Pfeile bei den qualitativen Wirkungen beschreiben, inwieweit die abgeschätzten Schäden durch die zusätzlichen Wirkungen verstärkt oder abgeschwächt werden. Im Folgenden werden kurz die Hauptergebnisse jeder Fallstudie skizziert.

 Aus Sicht der öffentlichen Haushalte wirkt sich der Meeresspiegelanstieg hauptsächlich durch steigende Kosten für Schutzmaßnahmen sowie über Schäden bei Sturmfluten aus. Beide Wirkungen wurden quantifiziert. Dazu kommen weitere Anpassungsmaßnahmen (raumplanerische Maßnahmen, Verlagerung Infrastruktur, Drainage), die wir hier noch nicht berücksichtigt haben, da keine belastbaren Schätzungen vorliegen. Zudem wird der Meeresspiegelanstieg weitere BIP-Effekte haben, z. B. entstehen Produktivitätsverluste, wenn Einwohner umgesiedelt werden müssen. Insgesamt stellen die dargestellten Zahlen somit eine untere Grenze dar.

 Die positiven Wirkungen im Tourismus, die hier quantifiziert wurden,

Abbildung 1: Übersicht Auswirkungen Klimawandel auf öffentliche Hand – Direkte Wirkungen auf der Ausgabenseite

Fallstudie	Erhöhte Ausgaben fü öffentliche Hand	Zusätzliche Effekte auf Grund qualitative	
	2050	2100	Überlegung
Meeresspiegelanstieg	Küstenschutz:	Küstenschutz:	
	25 Mio. €/a	100 Mio. €/a	Т
Gesundheit	250 Mio. €/a	490 Mio. €/a	71
Tourismus	keine direkte	en Wirkungen	
Energie	keine direkte	en Wirkungen	
Wasserwirtschaft	0,1 Mrd. €/a	0,1 Mrd. €/a	7
Verkehr	0,45 Mrd. €/a	1,1 Mrd. €	71
Gebäude und	Hochwasserund	Hochwasser und	A
Bauwirtschaft	Sturm: 0,9 Mrd. €/a	Sturm: 2,0 Mrd. €/a	Т
Versicherung	Nicht quantifizierbar	Nicht quantifizierbar	1
Internationale Kanäle	Nicht quantifizierbar	Nicht quantifizierbar	^

Quelle: Ecologic und Infras.

berücksichtigen ausschließlich die zu erwartenden Zugewinne beim Strand- und Badetourismus. Daneben müsste auch den Verlusten beim Wintertourismus in Mittelgebirgen und Alpen Rechnung getragen werden, zu denen aber bisher

Abbildung 2: Übersicht Auswirkungen Klimawandel auf öffentliche Hand – Indirekte Wirkungen auf der Einnahmenseite über BIP-Veränderungen

Fallstudie	Auswirkungen auf Bl (Schätzwert bei +2°C	Zusätzliche Effekte auf Grund qualitative Überlegung	
	2050 2100		
Meeresspiegelanstieg	Sturmfluten: - 0,6 Mrd. €/a	Sturmfluten: -1,7 Mrd. €/a	↑
Gesundheit	Rückgang Arbeitsleistung: - 0,07% des BIP	Rückgang Arbeitsleistung: - 0,3% des BIP	71
Tourismus	Nachfrageanstieg +4,1 Mrd. €/a	Nachfrageanstieg +19,9 Mrd. €/a	7
Land- und Forstwirtschaft	Nicht quar	ntifizierbar	7
Energie	Produktionsverluste: -5 Mrd. €/a	Produktionsverluste: -5 Mrd. €/a	7
Wasserwirtschaft	Überschwemmungen Grundwasser- versalzung -0,3 Mrd. €/a	Überschwemmungen Grundwasser- versalzung -0,3 Mrd. €/a	7
Verkehr	Verspätungen durch Hitze: 16 Mio. €/a	Verspätungen durch Hitze: -44 Mio. €/a	7
Gebäude und Bauwirtschaft	Hochwasser und Sturm: -0,3 Mrd. €/a	Hochwasser und Sturm: -0,6 Mrd. €/a	7
Internationale Kanäle	Exportrückgänge: -0,7% des BIP	Exportrückgänge: -4,5% des BIP	↑

Quelle: Ecologic und Infras.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

- keine Daten vorliegen. Auch wenn der Skitourismus einbezogen wird, ist jedoch insgesamt mit einer positiven Entwicklung im Tourismus zu rechnen.
- Zu den ökonomischen Auswirkungen der Land- und Forstwirtschaft ist bisher keine Quantifizierung möglich, da die großen Unterschiede in der regionalen Ausprägung der Effekte keine Aggregation zulassen. Ferner besteht große Unsicherheit in Bezug auf die Entwicklung der zukünftigen Weltmarktpreise für Agrarprodukte. Insgesamt sind in der Landwirtschaft, zumindest mittelfristig, positive Einkommenseffekte wahrscheinlich. In der Forstwirtschaft gibt es dagegen noch keinen Konsens über die Richtung des Gesamteffektes.
- Die quantitative Schätzung der
 Auswirkungen in der Wasserwirtschaft
 basiert auf derzeit prognostizierten
 Investitionsvolumina in der
 Abwasserentsorgung unter der Annahme,
 dass ein gewisser Anteil für die Anpassung
 an vermehrte Starkregenereignisse
 aufgewendet werden muss. Die
 Trinkwasserversorgung scheint durch
 den Klimawandel kaum gefährdet.
 Nicht quantifiziert wurden dagegen
 mögliche Mehraufwendungen für die
 Aufrechterhaltung einer gleichbleibenden
 Wasserqualität unter schwierigeren
 Bedingungen.
- In der Energiewirtschaft dominieren die hier quantifizierten indirekten Wirkungen auf die öffentliche Hand, d. h. Belastungen durch Steuerausfälle. Es ist jedoch auch denkbar, dass der Staat vereinzelt Investitionen, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, zumindest mitfinanziert, um häufige Versorgungsunterbrechungen zu verhindern. Diese treten insbesondere bei Hitzewellen auf, wenn gleichzeitig die Kapazität sinkt und der Verbrauch durch Kühlung steigt. Mildere Winter führen dagegen zu sinkenden Heizkosten.

- Bei den Schätzungen für den Verkehrssektor konnten wir sowohl die Schäden an der Infrastruktur, BIP-Verluste durch Verspätungen als auch die rückläufigen Kosten für den Winterdienst quantifizieren. Unberücksichtigt blieb, dass extreme Wetterbedingungen zu einem erhöhten Unfallrisiko führen können mit damit verbundenen höheren Ausgaben im Gesundheitssystem. Zudem sind Verlagerungen von Verkehrsinfrastrukturen aus gefährdeten Gebieten nicht betrachtet.
- Auf der Ausgabenseite im Bereich Gebäude erscheint es möglich, dass neben den hier betrachteten Schäden durch Hochwasser und Sturm weitere Kosten, z.
 B. durch Bodenabsenkungen bei extremer Hitze entstehen. Zudem hängt die Höhe der staatlichen Hilfszahlungen stark von der zukünftigen Versicherungsdichte ab. Zum Rückgang von Frostschäden an Gebäuden gibt es bisher keine Erkenntnisse. Hier könnten sich im begrenzten Umfang Kostensenkungen ergeben.
- Der Einfluss auf die öffentliche Hand über die Belastungen im Versicherungssektor konnte in dieser Studie nicht quantifiziert werden. Die Wirkungen sind stark davon abhängig, ob der Klimawandel die Versicherer an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit bringt, inwieweit neue Finanzmarktinstrumente genutzt werden können und wie staatliche Vorgaben zukünftig die Anreizstruktur verändern. Insgesamt verfügt dieser Einflussbereich über erhebliches Potential zur Erhöhung der staatlichen Ausgaben.
- Bei den internationalen Kanälen sind nur die fiskalischen Wirkungen, die sich über Warenexporte ergeben, quantifiziert worden. Weitere Einflusskanäle, wie die Wirkungen auf die Dienstleistungsexporte, die Zunahme von Migration, Wirkungen über den Devisen- und Kapitalmarkt sowie eine mögliche Verschlechterung der

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

internationalen Sicherheitslage wurden nicht berücksichtigt. Insgesamt können diese nicht quantifizierten Effekte sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zu erheblichen zusätzlichen Belastungen führen.

5 Ergebnisse der Gesamtbetrachtung

Für die vorliegende Studie wurde die Monte-Carlo-Simulation wie folgt ausgestaltet: In einem ersten Schritt haben wir zu den Angaben zur Temperaturerhöhung bis zum Jahr 2050 beziehungsweise 2100 jeweils eine Bandbreite und eine Wahrscheinlichkeitsverteilung bestimmt. In einem zweiten Schritt wurde für jede Schadenskategorie jeweils eine Kostenfunktion (d. h. eine Funktion, die den Verlauf der Kosten mit zunehmender Temperatur beschreibt) basierend auf den verfügbaren Informationen zu der Schadenskategorie definiert. Gemäß der Fallstudienmethodik wird auch bei der Monte-Carlo-Analyse zwischen den direkten und den indirekten Kosten beziehungsweise Nutzen unterschieden.

Bei der Berechnung der Gesamtkosten konnten die direkten Wirkungen besser abgeschätzt werden und sind in der Größenordnung gesicherter. Bei beiden Kategorien gibt es aber 2100 mit Sicherheit negative Einflüsse auf die öffentlichen Finanzen und mit hoher Wahrscheinlichkeit in erheblichem Umfang. Vor allem bei den direkten Kosten im Jahr 2100 liegen sehr hohe Schadenswerte weit außerhalb des 90 %-Bereichs. Diese Ereignisse sind statistisch nicht sehr wahrscheinlich, sollten aber in Überlegungen als Worst-Case-Szenario mit einfließen.

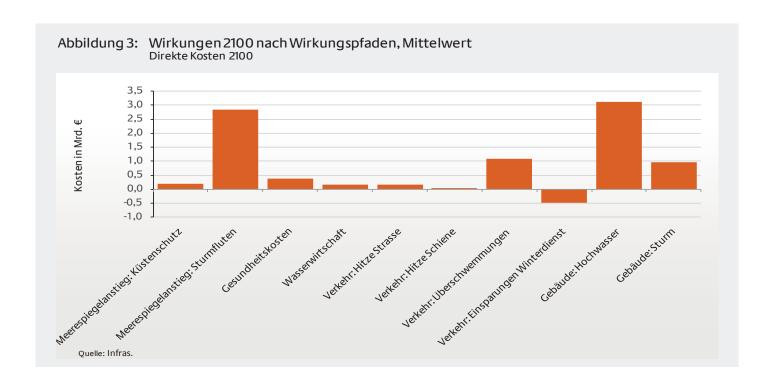
Basierend auf den quantifizierten Einflusskanälen ist zu erwarten, dass der Klimawandel in der Summe der direkten und indirekten Wirkungen die öffentlichen Finanzen im Jahr 2100 in einer Größenordnung zwischen 27 Mrd. € und 120 Mrd. € belasten könnte (zu heutigen Preisen). Dies entspricht etwa 1,3 % bis 5,7 % des Staatshaushalts. Ausgedrückt als Anteil am BIP handelt es sich um eine Belastung in Höhe von 0,6 % bis 2,5 % des BIP.

Für 2050 ergibt die Gesamtbetrachtung dagegen ein ambivalentes Bild. Je nachdem, welche Wahrscheinlichkeit für die

Tabelle 2: Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentliche Hand, 2100

	10 % - Perzentil	90 % - Perzentil	
Direkte Wirkung: Mehrausgaben	3 430		15 890
Indirekte Wirkung: Mindereinnahmen	22 900		104 640
Gesamtwirkung	26 650		120 050
Relative Zah	nlen (als Anteil an den Staatseinnahmen und -aus	gaben 2050)	
	10 % - Perzentil	90 % - Perzentil	
Direkte Wirkung: Mehrausgaben	0,2 %		0,8 %
Indirekte Wirkung: Mindereinnahmen	1,1 %		5,0 %
Gesamtwirkung	1,3 %		5,7%
Aus	wirkungen auf die öffentliche Hand im Bezug zu	m BIP	
	10 % - Perzentil	90 % - Perzentil	
Direkte Wirkung: Mehrausgaben	0,07%		0,3 %
Indirekte Wirkung: Mindereinnahmen	0,5 %		2,2 %
Gesamtwirkung	0,6%		2,5%

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?





unterschiedlichen Wirkungen angenommen wird, könnte sich im Jahr 2050 eine Entlastung der öffentlichen Hand in Höhe von 0,2 % der voraussichtlichen Ausgaben oder eine Mehrbelastung von bis zu 0,6% ergeben. In Bezug zum BIP entspricht dies einer Entlastung von - 0,1% beziehungsweise einer Belastung in Höhe von 0,25% des BIP.

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

Betrachtet man die Ergebnisse auf Sektorebene (Abbildung 1), so zeigt sich, dass einige Schlüsselbereiche das Gesamtergebnis stark beeinflussen. Zentral sind insbesondere die Wirkungen über die internationalen Handelsströme, d. h. der prognostizierte Nachfragerückgang nach deutschen Exportgütern in stark vom Klimawandel betroffenen Regionen. Gemessen an der quantitativen Wirkung, ist der Tourismus der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich hier wird sich der Klimawandel jedoch aller Voraussicht nach positiv auswirken, sodass negative Effekte hierdurch teilweise kompensiert werden. Der zweite Sektor, für den im Deutschlandmittel wahrscheinlich eine positive Wirkung erwartet werden kann, ist die Landwirtschaft. Die regionalen Unterschiede und die Unsicherheiten bezüglich der Entwicklung der Weltmarktpreise sind jedoch so groß, dass wir in dieser Studie von einer Quantifizierung abgesehen haben. In allen anderen untersuchten Bereichen ist mit zusätzlichen Kosten und BIP-Verlusten zu rechnen. Insgesamt ist ein zentrales Ergebnis der Studie, dass die indirekten Wirkungen über BIP-Verluste beziehungsweise Zugewinne (Beeinträchtigung des Wachstumspotenzials) das Ergebnis klar dominieren. Direkte Kosten über zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand sind vor allem durch Schäden an Verkehrsinfrastruktur und öffentlichen Liegenschaften bei Hitze, Überschwemmung und Sturmfluten zu erwarten.

Einerseits überschätzen die genannten Werte vermutlich die tatsächlichen zu erwartenden Wirkungen, weil gut durchdachte Anpassungsmaßnahmen die Belastung für den Staatshaushalt eindämmen können. Auch liegen bisher nur spärliche Informationen zum Umfang potenziell positiver Wirkungen vor, die die negativen Effekte – zumindest mittelfristig – teilweise kompensieren könnten. Auf der anderen Seite bleiben viele bedeutende Risiken unberücksichtigt, weil ihr Schadenspotential nicht beziffert werden kann oder ihre Eintrittswahrscheinlichkeit unbekannt ist. Dazu gehört insbesondere das Risiko regionaler oder globaler Instabilitäten

durch Konflikte und Migrationsströme, aber auch die Möglichkeit abrupter Kippeffekte im Klimasystem.

Der Klimawandel stellt somit mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar, das der Belastung durch den demographischen Wandel vergleichbar ist. Jedoch ist zu erwarten, dass die Spitzenbelastungen dieser beiden Wirkungen nicht zusammenfallen werden. Während der demographische Wandel den Haushalt vor allem bis 2050 belasten wird, wirkt sich der Klimawandel erst danach stärker aus.

6 Ausblick

Der Klimawandel wird in der zweiten
Hälfte des Jahrhunderts ein erhebliches
Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen
Finanzen darstellen. Entsprechend erscheint
rechtzeitiges Handeln angebracht, um die
Folgen auf ein Minimum zu begrenzen.
Auch muss sichergestellt werden, dass
Investitionen in Zukunft klimarobust gestaltet
werden, damit Fehlinvestitionen vermieden
werden können. Eine vorausschauende
staatliche Raumplanung ist dabei von
zentraler Bedeutung, da die erwartete
Schadensdichte in Küstennähe und in
Überschwemmungsgebieten am höchsten ist.

Die Fallstudien machen aber auch deutlich, dass Handeln allein von deutscher Seite und mit Hilfe von Anpassungsmaßnahmen nicht ausreichen wird, um diese Risiken zu mindern. Bei den direkten Wirkungen des Klimawandels auf die öffentlichen Ausgaben dominieren die Wirkungen von Meeresspiegelanstieg und Sturmfluten. Diese Wirkungen sind nur durch verstärkte Vermeidungsmaßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels weltweit und damit des Meeresspiegelanstiegs zu mindern. Mögliche Anpassungsmaßnahmen können die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen zwar reduzieren - so würde eine Raumplanung, die auf die Belange des Hochwasserschutzes eingeht, potentiell Schäden vermeiden

KLIMAWANDEL: WELCHE BELASTUNGEN ENTSTEHEN FÜR DIE TRAGFÄHIGKEIT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN?

helfen –, auf die öffentliche Hand kommen aber auch in diesem Fall erhebliche Mehrausgaben zu.

Auch dem Haupteinfluss bei den indirekten Wirkungen, dem Rückgang der deutschen Warenexporte aufgrund von Klimawirkungen in anderen Weltregionen, kann Deutschland nicht allein entgegenwirken. Das gleiche gilt im Falle von Migrationsbewegungen und bei der Gefährdung der internationalen

Sicherheit, etwa durch die Entstehung von "failed states". Zwar ist der Klimawandel in der Regel nicht der einzige Grund für regionale Instabilitäten, Umweltveränderungen können aber bestehende Konflikte verstärken und Lösungen erschweren. Um diesen Gefahren für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vorzubeugen, bedarf es einer ambitionierten internationalen Klimapolitik zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

Der Primärmarkt für Bundeswertpapiere während der globalen Finanzmarktkrise

Belastungstest für das Begebungsverfahren des Bundes

1	Einleitung	48
2	Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den deutschen Kapitalmarkt	49
	Phasen der Finanzmarktkrise	
2.2	Reaktionen auf die Krise und vorläufiges Ergebnis	53
	Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Kreditaufnahme des Bundes	
	Wertpapierauktionen des Bundes	
	Auswirkungen auf die Bietergruppe	
	Auswirkungen auf Angebot und Nachfrage	
	Auswirkungen auf Gebotskurse, wirtschaftlichen Erfolg und Konzentration in der	
	Bietergruppe	59
4	Fazit	61

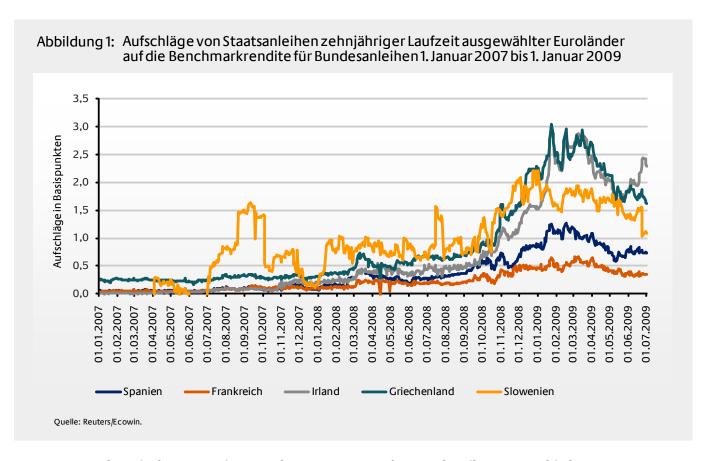
- Die Finanzmarktkrise führte zu einem ausgeprägten Benchmark-Vorteil von Bundeswertpapieren im Euroraum.
- Auf die Zunahme der Nachfrage nach Bundeswertpapieren, die zu Beginn der Krise auf eine ausgeprägte Risikovermeidungsstrategie der an den Auktionen für Bundeswertpapiere teilnehmenden Kreditinstitute zurückging, folgte zu Beginn des Jahres 2008 eine vorläufige Marktberuhigung.
- Erst der Zusammenbruch des US-Investmenthauses Lehman führte zu einer auch in den Wertpapierauktionen des Bundes nachweisbaren Krisenverschärfung.
- Das wettbewerbsoffene Auktionsverfahren für den Absatz von Bundeswertpapieren hat sich während der Finanzmarktkrise bewährt. Eine Zunahme der Streubreite bei den Gebotskursen könnte Anlass geben, eine geeignete Modifikation der Zuteilungsregeln zu prüfen.

1 Einleitung

Die am 10. Juli 2007 von US-Ratingagenturen vorgenommene Herabstufung diverser Wertpapiere, die mit US-Immobilienforderungen besichert waren, markierte den Beginn einer krisenhaften Entwicklung an den globalen Finanzmärkten, die ihren Ausgangspunkt in den USA hatte und innerhalb kürzester Zeit zu einer Bedrohung der Systemstabilität weltweit wurde. Von diesen Entwicklungen blieben auch die Märkte für Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer

nicht verschont. Nachdem Euro-Staatsanleihen lange Zeit als untereinander nahezu perfekt substituierbar angesehen worden waren, traten im Zuge der Finanzmarktkrise deutliche Bewertungsunterschiede auf, deren Ursache zum einen sicherlich in der unterschiedlichen Marktliquidität, d. h. Umsatzstärke und -frequenz, im wesentlichen aber in einer für die verschiedenen staatlichen Emittenten des Euroraumes deutlich unterschiedlichen Bonitätseinschätzung zu sehen sind.

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



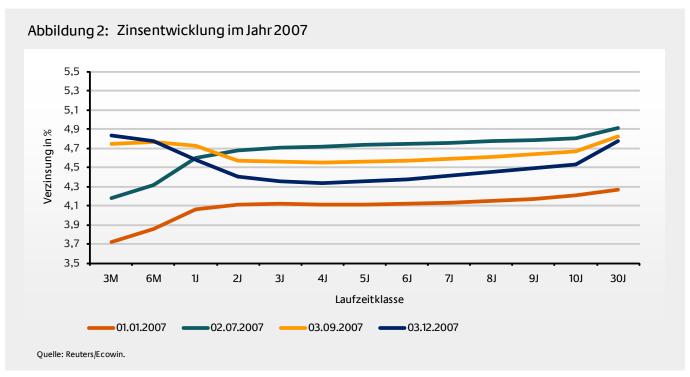
Im Zuge der Krise kam es zu einem starken Anstieg der Volumina umlaufender staatlicher Wertpapiere, der dazu führen dürfte, dass der Refinanzierungsbedarf der Euro-Mitgliedstaaten, darunter auch des Bundes, auf absehbare Zeit deutlich ansteigen wird. Die Finanzierbarkeit der staatlichen Bruttokreditaufnahme wird dabei insbesondere von der Ergiebigkeit der internationalen Kapitalmärkte abhängen und damit von einer zügigen Belebung des nationalen und internationalen Wirtschaftswachstums. Es ist aber auch zu fragen, inwieweit staatliche Emissionsverfahren zu einer reibungslosen und wettbewerbskonformen Kreditaufnahme staatlicher Emittenten beitragen können. Zur Beantwortung dieser Frage soll in dem vorliegenden Beitrag vor dem Hintergrund der Marktentwicklung zwischen Juli 2007 und Juli 2009 analysiert werden, wie gut das Emissionsverfahren des Bundes während der globalen Finanzmarktkrise funktioniert hat. Insbesondere steht hierbei die Frage im Vordergrund, ob sich die krisenbedingte

Belastung der Bilanzen verschiedener Kreditinstitute der Bietergruppe des Bundes nachteilig auf Bietungs- und Zuteilungsverhalten ausgewirkt hat und ob das wettbewerbsoffene Auktionsverfahren des Bundes die im Zuge der Krise deutlich gestiegenen Emissionsvolumina marktgerecht platzieren konnte.

2 Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den deutschen Kapitalmarkt

Steigende Zahlungsverzüge und fallende Immobilienpreise am amerikanischen Immobilienmarkt führten bereits seit Herbst 2006 zu Ausfällen in sogenannten Subprime-Wertpapieren. Seit dem Sommer 2007 betraf dies zum Teil auch solche immobiliengesicherten Forderungen, die von den Ratingagenturen mit der Bestnote AAA ausgestattet waren. Von den damit – und mit der Herabstufung einiger dieser Papiere durch die Agenturen – einhergehenden

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



Kursverfällen waren in der Folge insbesondere Finanzunternehmen betroffen, die sich im Eigentum einzelner – auch deutscher – Kreditinstitute befanden und in deren Auftrag forderungsbesicherte US-Werte erworben hatten (sogenannte Zweckgesellschaften). Starke Kursverluste der forderungsbesicherten Papiere führten dazu, dass Drittinvestoren zur Refinanzierung dieser Vehikel ausblieben. Aus diesem Grund mussten von den Zweckgesellschaften bei ihren Eigentümern Kredit- und Liquiditätslinien in Anspruch genommen werden, womit wiederum einige der betroffenen Kreditinstitute an die Grenze ihrer Belastbarkeit stießen oder diese in Einzelfällen sogar überschritten.

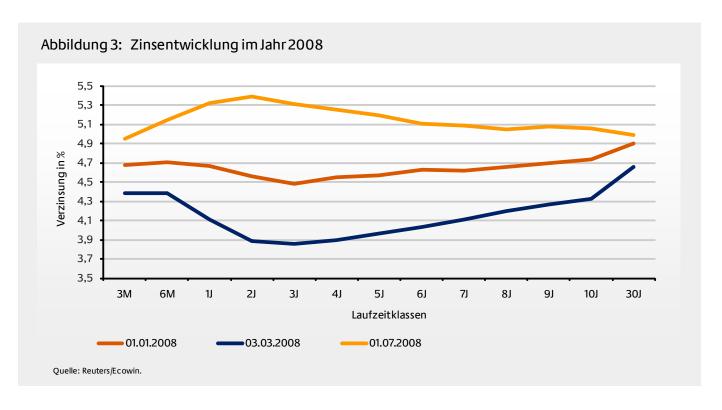
2.1 Phasen der Finanzmarktkrise

Nachdem die krisenhaften Entwicklungen sich im Verlauf des Monats Juli 2007 andeuteten, kam es zu einem relativ raschen Rückgang der Renditen in den mittel- bis langfristigen Laufzeitbereichen, während die kurzfristigen Renditen – u. a. wegen des oben beschriebenen Liquiditätsbedarfs von Kreditinstituten – teilweise rapide anstiegen.

Abbildung 2 verdeutlicht die mit dem Beginn der Finanzierungsprobleme einzelner Kreditinstitute einsetzende Strukturverschiebung. Während die Marktentwicklung vom Jahresbeginn bis zum Monat Juli durch Renditesteigerungen im gesamten Laufzeitspektrum gekennzeichnet war, verschärften sich die Konditionen für kurzfristige Gelder anschließend rapide. Der Zugang zum Interbankenmarkt für Gelder mittlerer bis längerer Laufzeiten beschränkte sich zunehmend auf erstklassige Emittenten, so dass der dort einsetzende – in der Grafik deutlich erkennbare - Zinsrückgang keineswegs eine erleichterte Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln in diesen Laufzeitbereichen signalisiert, sondern vielmehr den insoweit stark eingeschränkten Marktzugang derjenigen Marktteilnehmer, die von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die krisenhaften Entwicklungen des Jahres 2007 blieben jedoch während dieser ersten Phase in Deutschland zunächst weitgehend auf den Interbankenmarkt beschränkt. Ein "Bank Run" wie in Großbritannien, wo es bei dem Institut "Northern Rock" im September 2007 zu

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



einem massenhaften gleichzeitigen Abzug von Nichtbankeneinlagen kam, blieb in Deutschland aus.

Die Situation in Deutschland beschränkte sich vielmehr auf einen "Wholesale Run", das heißt, dass in dieser ersten Phase der Finanzmarktkrise hier fast ausschließlich die großvolumige Beschaffung von Refinanzierungen durch Kreditinstitute betroffen war.

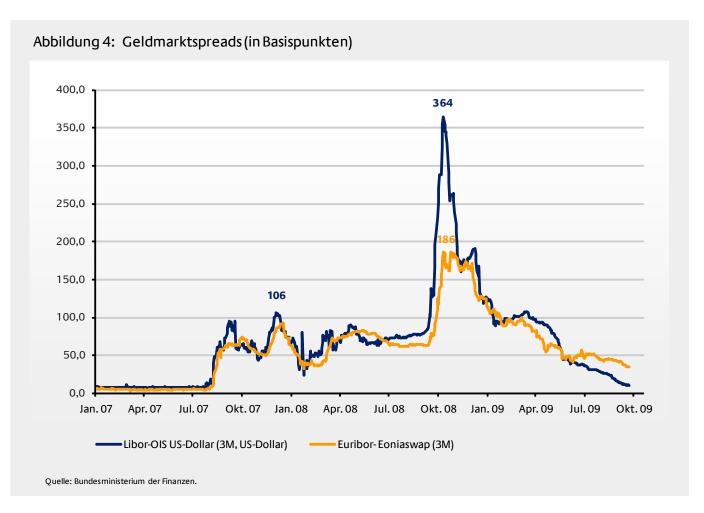
Rasche und entschlossene geldpolitische Maßnahmen der US-Notenbank führten in der sich unmittelbar anschließenden zweiten Phase der Krise dazu, dass existenzbedrohende Liquiditätsverknappungen zunächst vermieden werden konnten. Die Krise wurde dort bekämpft, wo sie ausgebrochen war, und die Maßnahmen der US-Notenbank erwiesen sich zunächst als wirksam.

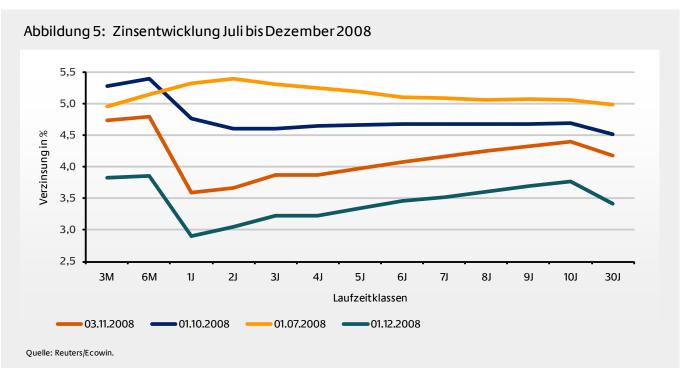
Auch wenn der Austausch von Zentralbankgeld zwischen den Banken weiterhin nicht so reibungslos funktionierte wie vor Beginn der Finanzmarktkrise, deutete die Kapitalmarktentwicklung – insbesondere die beginnende Normalisierung der Zinsstrukturkurve und einsetzende Zinserhöhungsphantasien – zunächst darauf hin, dass die ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen zu einer gewissen Normalisierung der Struktur der Finanzierungskonditionen führten.

Auftakt zu einer dritten Phase mit nochmaliger Krisenverschärfung waren dann aber im Herbst 2008 anhaltende Probleme des amerikanischen Investmenthauses "Lehman Brothers", die das Institut schließlich am 15. September 2008 in die Insolvenz führten. Größe und internationale Verflechtung dieses und anderer potentiell bedrohter Institute verschärften die Sorge um den Bestand weiterer Institute und das Misstrauen der Marktteilnehmer untereinander.

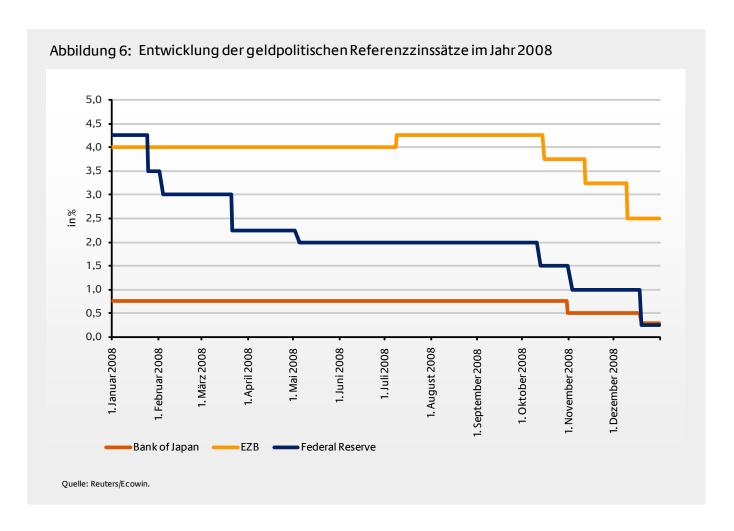
Der Interbankenmarkt kam erneut und dieses Mal praktisch vollständig zum Erliegen. Die folgende Abbildung 4, welche den Renditeabstand der Sätze zwischen unbesicherten und besicherten beziehungsweise risikolosen Geldmarktkrediten am Euro- sowie am US-Dollarmarkt nachzeichnet, zeigt, wie sich die Finanzierungskonditionen

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE





DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



am Interbankenmarkt im Verlauf der Finanzmarktkrise verschärften und wie deutlich sich die Situation im Herbst 2008 von derjenigen des Vorjahres unterschied.

Auch der deutsche Aktienindex verlor allein in der ersten Oktoberwoche des Jahres 2008 rund 7,1%; am ohnehin schon angespannten Geldmarkt stieg die Differenz zwischen der Verzinsung von Guthaben bei (Geschäfts-) Banken und der (risikolosen) Verzinsung bei Zentralbanken auf 3,64%. Die Rentenmärkte reagierten erneut, wie im Jahr zuvor, mit Zinserhöhungen in kurzen und Zinssenkungen in längeren Laufzeitbereichen; allerdings überstieg das Ausmaß der Zinsbewegungen dasjenige des Vorjahres um ein Vielfaches.

Die dramatische Verschärfung der Krise führte dazu, dass nun auch die Europäische Zentralbank, die die ersten Anzeichen einer Marktberuhigung zunächst noch im Juli 2008 für eine Zinserhöhung genutzt hatte, im Herbst ebenfalls Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ergriff.

2.2 Reaktionen auf die Krise und vorläufiges Ergebnis

Zur gleichen Zeit wurden in verschiedenen Ländern Maßnahmenpakete erarbeitet, mit denen zeitlich befristet Mittel aus öffentlichen Haushalten für die Absicherung betroffener Finanzinstitute bereitgestellt wurden. Die nachfolgende Tabelle 1 nennt beispielhaft die ersten nach der Insolvenz des Bankhauses Lehman ergriffenen Maßnahmen in den USA, Großbritannien und Deutschland.

Vorläufiges Ergebnis dieser Entwicklungen war, dass staatliche Schuldner zwar einerseits für Stabilisierungszwecke zusätzlich Kredite in

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

USA	
September 2008	Finanzminister legt Rettungspaket für die Banken vor. Es sieht im Kern vor, dass der Staat in Not geratenen Banken faule Kredite im Gesamtwer von bis zu 700 Mrd. US-Dollar abkauft.
9. September 2008	Ablehnung des 700 Mrd. US-Dollar Bankenrettungsfonds durch das Parlament, erfolgreiche Wiedervorlage 3. Oktober; zunächst keine Eigenkapitalbeteiligung des Staates darin enthalten
Großbritannien	
8. Oktober 2008	Britische Regierung verkündet Rettungsplan für den Finanzsektor, Volumen 500 Mrd. Pfund, davon 200 Mrd. Pfund Liquiditätshilfen der Notenbank, 250 Mrd. Pfund Staatsgarantien für Bankschuldverschreibungen und 50 Mrd. Pfund als Eigenkapitalhilfen
13. Oktober 2008	Bekanntgabe eines Automatismus der Annahme von staatlichem Eigenkapital, wenn Institute nicht selbst kurzfristig genügend Eigenkapital vorweisen; drei Institute nehmen sofort insgesamt 37 der 5 Mrd. Pfund in Anspruch.
Deutschland	
18. Oktober 2008	In-Kraft-Treten des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes (FMStG) und Auflegung eines "Finanzmarktstabilisierungsfonds" (FMS). Der Fonds wurde ermächtigt, für Schuldtitel und Verbindlichkeiten begünstigter Unternehmen Garantien bis zu einer Gesamthöhe von 400 Mrd. € auszusprechen. Zusätzlich Möglichkeit, bis zu maximal 80 Mrd. € in Rekapitalisierungsmaßnahmen und die Übernahme von Risikopositione zu investieren.

erheblichen Größenordnungen aufnahmen.
Andererseits bestimmen derzeit historisch
niedrige Notenbank- und Kapitalmarktzinsen
die Konditionen für die staatliche
Kreditaufnahme. Der resultierende Anstieg
des Umlaufs staatlicher Wertpapiere wird u. a.
im Euroraum und in den Vereinigten Staaten
von Amerika auf absehbare Zeit zu einem stark
ansteigenden Refinanzierungsbedarf der
öffentlichen Haushalte führen.

3 Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Kreditaufnahme des Bundes

3.1 Wertpapierauktionen des Bundes

Die Aufnahme von Haushaltskrediten des Bundes wird in einem wettbewerbsoffenen Auktionsverfahren durchgeführt. Hierbei bietet der Bund ein vorher bekanntgemachtes

Volumen von Wertpapieren einer bestimmten Laufzeit über eine von der Deutschen Bundesbank betriebene elektronische Auktionsplattform zum Kauf an. Die Auktionsteilnehmer können für die angebotenen Wertpapiere Kaufkurse oder sogenannte Billigst-Kurse bieten. Nach Bietungsschluss erfolgt die Zuteilung der Wertpapiere an diejenigen Bieter, die die höchsten Kurse geboten haben, jeweils zum gebotenen Kurs, sowie an "Billigst"-Bieter zum Durchschnittskurs. Die Höhe des zugeteilten Volumens weicht in der Regel vom Gesamt-Auktionsvolumen ab, da die mit der Durchführung des Schuldenmanagements beauftragte Bundesrepublik Deutschland -Finanzagentur GmbH (http://www.deutsche-finanzagentur.de) einen Teil – typischerweise 20 % – der Emission zum Zweck der Erzielung von Handelsgewinnen am Sekundärmarkt im Anschluss an die Auktion verkauft.

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

Tabelle 2: Bietergruppe Bundesemissionen

"Bietergruppe Bundesemissionen" in der Reihenfolge der Rangliste des Jahres 2006	Verluste 2007 in Mrd. US-Dollar	Verluste 2008 in Mrd. US-Dollar	
Deutsche Bank	4,0	11,2	
Morgan Stanley	10,3	10,1	
Royal Bank of Scotland	7,0	23,5	
Goldman Sachs	1,7	4,9	
Société Generale	1,3	3,7	
J.P. Morgan	4,5	10,2	
Barclays	7,0	16,5	
Lehman Brothers	12,5	14,0	
BNP Paribas	2,4	8,0	
UBS		50,6	
Citigroup	29,1	63,4	
Merrill Lynch	25,1	38,6	
Bank of America	12,1	29,2	
HSBC	19,3	30,3	
ABN Amro	(Übernahme durch Royal Bank of Scotland im Frühjahr 2007)		

Quelle: Reuters.

Die an den Auktionen teilnehmenden Institute werden als "Bietergruppe Bundesemissionen" bezeichnet. Mitglied der "Bietergruppe" können u. a. in Deutschland ansässige Kreditinstitute, Wertpapierhandelsunternehmen und Wertpapierhandelsbanken sowie inländische Niederlassungen ausländischer Unternehmen werden, soweit sie die Erlaubnis zum Betreiben des Emissionsgeschäfts haben¹. Einzige Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist, dass das Institut die erworbenen Wertpapiere über ein Konto bei der Clearstream Banking AG

Frankfurt entgegennehmen und den dafür zu entrichtenden Zentralbankgeldbetrag Zug um Zug über ein Girokonto bei einer Filiale der Deutschen Bundesbank bereitstellen kann. Von den Mitgliedern der Bietergruppe wird erwartet, dass sie einen Mindestbetrag der in einem Kalenderjahr insgesamt zugeteilten Emissionsbeträge übernehmen². Da weder die Definition des Teilnehmerkreises noch die Aufnahme- beziehungsweise Verbleibskriterien eine echte Zugangsschranke darstellen, besteht für Unternehmen des Kredit- und Wertpapiergewerbes praktisch ein unbeschränkter Zugang zu den Auktionen in Bundeswertpapieren.

¹ Ferner können gemäß den EU-Richtlinien zugelassene und beaufsichtigte Kreditinstitute und Wertpapierfirmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union sowie innergemeinschaftliche Zweigstellen von nicht-gemeinschaftlichen Kreditinstituten und innergemeinschaftliche Zweigniederlassungen von nicht-gemeinschaftlichen Wertpapierfirmen in die "Bietergruppe" aufgenommen werden.

² Mindestens 0,05 % (ungerundet) der in einem Kalenderjahr in den Auktionen insgesamt zugeteilten und laufzeitabhängig gewichteten Emissionsbeträge. Mitglieder, die die geforderte Mindestübernahme nicht erreichen, scheiden aus der Bietergruppe aus, allerdings ist die spätere Wiederaufnahme möglich.

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

3.2 Auswirkungen auf die Bietergruppe

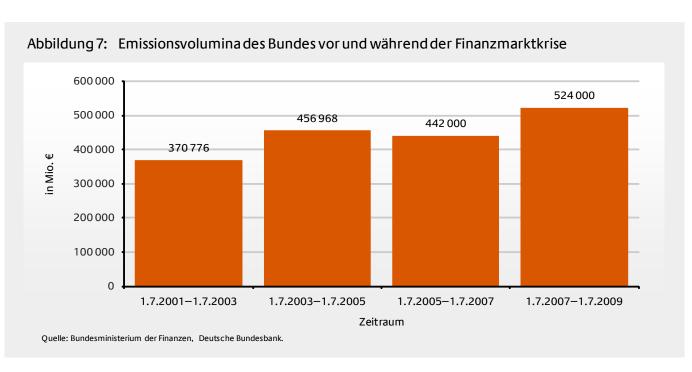
Die Finanzmarktkrise hatte zur Folge, dass in den Jahren 2007 und 2008 auch zahlreiche Mitglieder der "Bietergruppe" schlagartig starken Belastungen ausgesetzt waren. Die nachfolgende Tabelle 2 verdeutlicht dies anhand des Standes der Top-15 der vor Beginn der Finanzmarktkrise auf der Internet-Seite der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH veröffentlichten Bietergruppe, auf die mehr als 90 % der Zuteilungen des Gesamtjahres 2006 entfielen. Die Reihenfolge der genannten Institute entspricht dabei der nach Laufzeiten gewichteten Menge der von ihnen übernommenen Zuteilungsbeträge in Wertpapierauktionen des Bundes. Zitiert werden ausschließlich öffentlich verfügbare Informationen über Verluste aus Bonitätsrisiken, die im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise entstanden.

3.3 Auswirkungen auf Angebot und Nachfrage

Vor dem Hintergrund der zum Teil schweren Belastungen der Bilanzen einzelner Mitglieder der Bietergruppe soll im Folgenden betrachtet werden, wie sich die Finanzmarktkrise in dem aktuell für eine solche Analyse zur Verfügung stehenden zweijährigen Zeitraum zwischen Juli 2007 und Juli 2009 auf die Emissionspraxis der Bundeswertpapierauktionen ausgewirkt hat. Dabei werden ausschließlich Emissionen einbezogen, die im oben beschriebenen Auktionsverfahren der Deutschen Bundesbank durchgeführt wurden³.

Zwischen Juli 2007, dem ersten Durchschlagen der Krise auf die Finanzmärkte im Euroraum, und Juli 2009 emittierte der Bund deutlich mehr und verstärkt in kürzeren Laufzeitsegmenten als in vergleichbaren Zweijahres-Zeiträumen vor Krisenbeginn. Allerdings wich der Anstieg des Anteils kürzerfristiger Emissionen vom Trend der Vorjahre nicht signifikant ab. Die anteilige Zunahme

³ Nicht einbezogen wurden daher die über Bankenkonsortien begebenen Emissionen der ersten US-Dollaranleihe des Bundes im Mai 2005, der ersten inflationsindexierten Bundesanleihe im März 2006 und der ersten Aufstockung dieser Anleihe im September 2006.

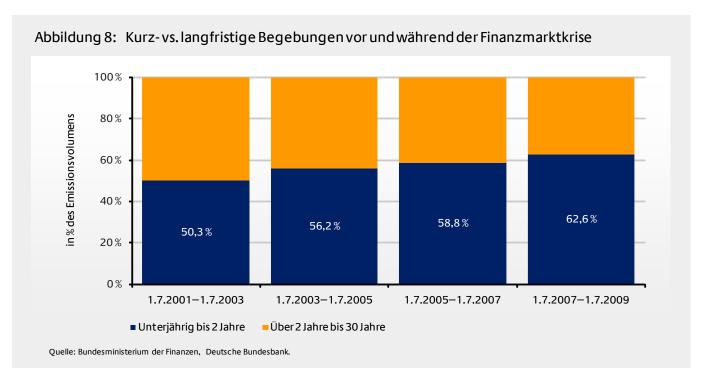


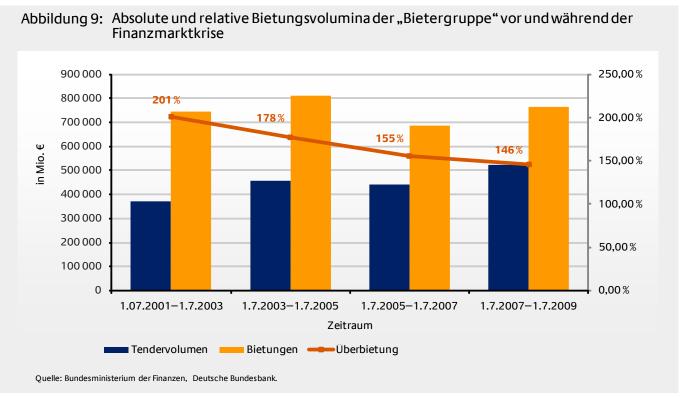
56

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

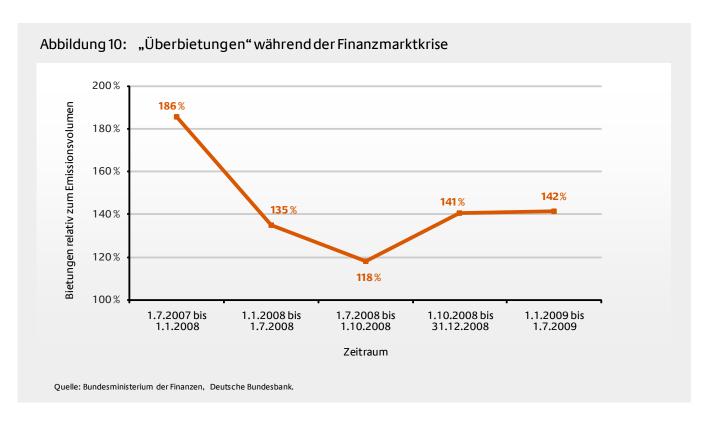
kürzerfristiger Emissionen (unterjährige bis zweijährige Bundesschatzanweisungen) um 3,8 Prozentpunkte blieb beispielsweise deutlich hinter der entsprechenden Zunahme um 5,9 Prozentpunkte im Vergleich der Zweijahreszeiträume 2001/2003 und 2003/2005 zurück.

Die wesentliche Auswirkung auf die Emissionstätigkeit des Bundes bestand





DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



daher im wesentlichen in der Erhöhung der Gesamtvolumina, weniger in einer krisenbedingten Veränderung der Emissionsstruktur in Richtung auf eine Laufzeitverkürzung.

Bezogen auf die gewählten zweijährigen Zeiträume nahmen die insgesamt in Bundeswertpapierauktionen von der "Bietergruppe" gebotenen Beträge vor und während der Krise in Relation zum Begebungsvolumen trendmäßig ab.

So lag der Rückgang des relativen Gebotsvolumens von Juli 2001 bis Juli 2009 auf der Linie eines bereits seit längerem zu beobachtenden Trends.

Während der Krise kam es allerdings zu bedeutenden Ausdifferenzierungen zwischen den einzelnen Phasen. So führte der Beginn der Krise im 2. Halbjahr 2007 zunächst offenbar zu einem drastischen Anstieg von "Safety Bids", also Mehrbietungen im Interesse des Erwerbs sicherer Anlageformen, mit denen die Mitglieder der Bietergruppe durch eine Flucht in Bundeswertpapiere eine ausgeprägte Risiko-Vermeidung betrieben. Eine Überbietungsquote von 186 % in diesem Zeitraum unterstützt diese Interpretation. Nachdem in der Folge geldpolitische Entlastungsmaßnahmen, die die US-Notenbank frühzeitig eingeleitet hatte, zu wirken begannen, nahmen die Mitglieder der "Bietergruppe" die für Bundeswertpapier-Bietungen aufgewendeten Beträge offenbar wieder zurück, um Bilanzreparaturen einzuleiten.

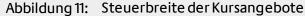
Die Abnahme der relativen Bietungsvolumina auf nur noch 118 % zwischen Jahresbeginn und Herbst 2008 verdeutlicht dies. Nach der radikalen Veränderung der Marktlage, die durch den Zusammenbruch des Bankhauses Lehman am 15. September 2008 begründet wurde, nahmen die "Safety Bids" jedoch wieder zu, und es ist davon auszugehen, dass auch am aktuellen Rand der Beobachtungen die relativen Bietungsvolumina für Bundeswertpapiere weiterhin eher über dem Wert liegen, den sie ohne den Hintergrund der Finanzmarktkrise angenommen hätten.

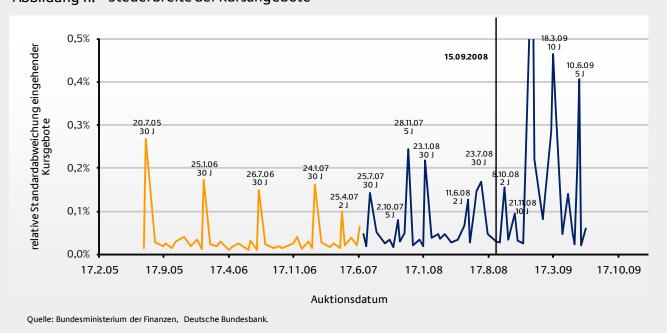
DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

Tabelle 3: Auktionserfolg

	Durchschnittliche Auktionsprämien in 1/100 Kursprozent					
Auktionserfolg	Bubills (6M)	Schatzan- weisungen (2J)	Obligationen (5J)	Anleihen (10J)	Anleihen (30J)	Durchschnitt
1.7.2001 bis 1.7.2003	0,6	3,5	2,7	4,2	15	5,2
1.7.2003 bis 1.7.2005	0,6	3,5	5,5	5,3	18,4	6,66
1.7.2005 bis 1.7.2007	0,7	2,7	5,3	6,4	24,9	8
1.7.2007 bis 1.7.2009	0,9	2,4	4,9	5,4	29	8,52

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH.





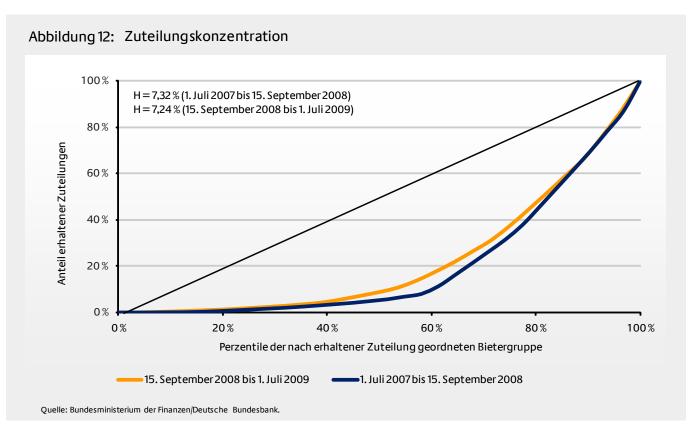
3.4 Auswirkungen auf Gebotskurse, wirtschaftlichen Erfolg und Konzentration in der Bietergruppe

Obwohl die insgesamt bei den Auktionen zu verzeichnenden Bietungen – in Form sogenannter bid-to-cover ratios o. ä. – häufig im Zentrum des Interesses von Marktbeobachtern stehen, ist für den wirtschaftlichen Erfolg der Kreditaufnahme ausschlaggebend, zu welchem Preis relativ zum Sekundärmarktniveau Haushaltskredite aufgenommen werden können.

Zwar ist ein Bietungsvolumen von 100 % der angebotenen Wertpapiere bei den Auktionen erforderlich, um die Wertpapiere überhaupt absetzen zu können⁴; der Auktionserfolg entscheidet sich aber anhand sogenannter Auktionsprämien, also dem Kursaufschlag, der bei einer Auktion erzielt wurde. Hier verdeutlicht die Tabelle, dass der Auktionserfolg von Bundeswertpapieren während der Finanzmarktkrise weitgehend konstant blieb. Insbesondere führten die

⁴ Beziehungsweise 80 %, angesichts eines typischen Rückbehalts von 20 %.

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE



obengenannten "Safety Bids" relativ zum Marktniveau nicht zu signifikant höheren Auktionserfolgen.

Stattdessen wirkte sich die Unsicherheit an den Märkten, die nach der Insolvenz des Bankhauses Lehman um sich griff, auch auf die in Bundeswertpapierauktionen eingehenden Kursgebote aus. Auffällig ist, dass hohe relative Standardabweichungen bei Kursgeboten seit Beginn der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 nicht mehr ausschließlich die ultra-langlaufenden – und insofern mit besonderer Marktunsicherheit behafteten – 30-jährigen Anleihen betrafen, sondern alle Laufzeitkategorien.

Unmittelbar nach der Lehman-Insolvenz waren sogar zehnjährige Bundesanleihen von der verstärkten Unsicherheit betroffen. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass "Safety Bids" während der Finanzmarktkrise den wirtschaftlichen Auktionserfolg nicht verbessert, sondern vielmehr zu einer bei den Auktionen zu beobachtenden verstärkten Streubreite der gebotenen Kurse beigetragen haben.

Obwohl die Zunahme der in den Auktionen geäußerten Nachfrage nach Bundeswertpapieren nach der Lehman-Insolvenz insofern ohne nennenswerte Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Auktionserfolg blieb, hatte sie dennoch einen aus Marktsicht positiven Effekt. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Bietergruppe von 32 Mitgliedern im Zeitraum zwischen dem 1. Juli 2007 und dem 15. September 2008 auf dann 28 Mitglieder danach zurückging, ein Faktor, der für sich genommen typischerweise zu einem Anstieg des relativen Konzentrationsmaßes nach "Hirschman/Herfindahl" führt.

Dass dieser dennoch von 7,32 % vor der Lehman-Insolvenz auf 7,24 % nach dieser

⁵ A. O. Hirschman, "National Power and the Structure of Foreign Trade", 1980 (Berkeley).

DER PRIMÄRMARKT FÜR BUNDESWERTPAPIERE WÄHREND DER GLOBALEN FINANZMARKTKRISE

sank, bestätigt die auch aus den in der Grafik enthaltenen Lorenz-Kurven ableitbare Aussage, dass die Konzentration der Zuteilung von Bundeswertpapieren auf wenige große Bieter zeitgleich mit dem Anstieg der Nachfrage nach Bundeswertpapieren leicht abnahm.

4 Fazit

Insgesamt ergibt die Analyse, dass

die in den Auktionen des Bundes geäußerte Nachfrage nach Bundeswertpapieren während der Finanzkrise deutlich stärker auf Marktschwankungen und Marktereignisse, wie z. B. den Zusammenbruch des Bankhauses Lehman, reagierte als auf die Belastungen, die einzelne Mitglieder der Bietergruppe als Unternehmen wegen des Einbruchs des Marktes für forderungsbesicherte Wertpapiere zu erleiden hatten; sowie dass

die in Form von "Safety Bids" als Reaktion auf negative Marktereignisse zeitweise sprunghaft ansteigende Nachfrage nach Bundeswertpapieren nicht im engeren Sinne zu besseren – weil für den Bundeshaushalt günstigeren – Auktionsergebnissen führten, sondern zu einer qualitativ besseren, weil weniger stark konzentrierten Zuteilung der Emissionen.

Insofern hat sich das Auktionsverfahren für den Absatz von Bundeswertpapieren während der Finanzmarktkrise nachhaltig bewährt. Allenfalls die signifikante Zunahme der Streubreite in den gebotenen Kursen könnte als problematisch für die Qualität der Zuteilungskurse angesehen werden. Ob hier eine geeignete Modifikation der Auktionsoder Zuteilungspraxis angebracht ist, um Marktteilnehmern Anreize zu geben, auch in Phasen erhöhter Unsicherheit marktnahe Kurse zu bieten, ist zu prüfen.

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

Ein Maßstab für öffentliche Unternehmen

1	Einleitung	62
	Ausgangspunkt – Notwendigkeit eines eigenen Kodex für Bundesunternehmen	
3	Ziel und Wirkungsweise des Public Kodex	64
	Anwendungsbereich und Struktur des Kodex	
5	Inhalt des Public Kodex	65
6	Weitere Reformen	67
	Ausblick	

- Der Public Kodex wurde am 1. Juli 2009 vom Bundeskabinett verabschiedet.
- Die Führung von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, wird durch den Public Kodex transparenter und nachvollziehbarer.
- Die Unternehmensstandards des Kodex sind im Hinblick auf die Vorbildfunktion des Bundes teilweise strikter gefasst als die der Privatwirtschaft.

1 Einleitung

Das Bundeskabinett hat am 1. Juli 2009 den vom Bundesministerium der Finanzen federführend erarbeiteten "Public Corporate Governance Kodex des Bundes" (Public Kodex) als Kern der neuen "Grundsätze guter Unternehmensund Beteiligungsführung im Bereich des Bundes" (Grundsätze) verabschiedet. Mit Standards guter Unternehmensführung in Form von Empfehlungen und Anregungen macht der Public Kodex die Führung und Überwachung von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, transparenter und nachvollziehbarer. Schwerpunkte des Public Kodex sind vor allem die Verbesserung der Arbeitsstrukturen und -prozesse in den Unternehmen und eine klarere Bestimmung der Rolle des Bundes als Anteilseigner. Zugleich wurden als weitere Bestandteile der Grundsätze die an die Verwaltung gerichteten "Hinweise für gute Beteiligungsführung bei Bundesunternehmen" (Hinweise) und die "Berufungsrichtlinien" grundlegend

überarbeitet und dabei eng auf den Public Kodex hin abgestimmt.

2 Ausgangspunkt –Notwendigkeit eines eigenen Kodex für Bundesunternehmen

Die Beteiligung des Bundes an Unternehmenwie etwa der Deutschen Bahn AG, der
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
oder der Deutschen Flugsicherung DFS
GmbH – hat "instrumentalen" Charakter. Sie
dient der Erfüllung spezifischer wichtiger
Bundesaufgaben. Zugleich soll sich der
Bund nach Haushaltsrecht (§ 65 Abs. 1 Nr. 1
BHO) nur dann an Unternehmen beteiligen,
wenn sich der konkrete angestrebte Zweck
nicht besser und wirtschaftlicher auf andere
Weise erreichen lässt. Wählt der Bund eine
unternehmerische Beteiligung hierfür, hat er
zunächst wie jeder private Anteilseigner ein
Interesse daran, dass das Unternehmen gut

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

und im Interesse des Anteilseigners geführt wird.

Jenseits dieses Interesses ist die Beteiligung des Bundes an Unternehmen in einer sozialen Marktwirtschaft nur zur Erfüllung wichtiger Aufgaben des Bundes gerechtfertigt. Die Ausrichtung der konkreten unternehmerischen Beteiligung auf die spezifische öffentliche Aufgabe, die mit ihr erfüllt werden soll, ist somit Leitlinie für den Bund.

Diese Ausrichtung auf den öffentlichen Auftrag und die Tatsache, dass die Mehrheit der Beteiligungen des Bundes als GmbH geführt werden, waren maßgebliche Gründe für die Entscheidung, einen eigenständigen Kodex zu schaffen. Ein Vorbild waren die spezifisch auf öffentliche Unternehmen abstellenden "OECD Guidelines on Corporate Governance of State-owned Enterprises", an deren Erarbeitung das Bundesministerium der Finanzen maßgeblich beteiligt war.

Eine schlichte Übernahme des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) war nicht geeignet – zu unterschiedlich ist der Anwendungsbereich der von den Kodizes erfassten Unternehmen:

- Der DCGK zielt auf börsennotierte Großunternehmen, die in Form einer Aktiengesellschaft geführt werden. Der Public Kodex erfasst demgegenüber neben einzelnen nicht börsennotierten Aktiengesellschaften wie der Deutschen Bahn AG auch GmbHs sowie Unternehmen in Form des öffentlichen Rechts, Großunternehmen wie kleine Zweckgesellschaften. Dieser Bandbreite an Unternehmensgröße und Rechtsform kann nur ein eigenständiger Kodex Rechnung tragen.
- Darüber hinaus sind verschiedene auf eine Börsennotierung abstellende Regelungen des DCGK, etwa zu kapitalmarktbasierten Vergütungselementen, für den Public Kodex, der sich fast ausschließlich an nicht-

börsennotierte Unternehmen richtet, ohne Bedeutung.

Schließlich ist der Public Kodex an verschiedenen Stellen bewusst strenger gehalten als vergleichbare Regelungen des DCGK, so beispielsweise das Verbot der Kreditvergabe an Organmitglieder und ihre Angehörigen, um Interessenkonflikte bereits im Vorfeld zu vermeiden. Der DCGK sieht demgegenüber vor, dass eine derartige Kreditvergabe an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden ist.

Die Entscheidung für die Erarbeitung eines Public Kodex mit einer klaren Orientierung auf Unternehmen mit Bundesbeteiligung war ein wesentliches Reformelement. Zugleich wurde das bisherige - und bewährte -Regelwerk der "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" grundlegend überarbeitet. Die neuen Hinweise sind nunmehr auf Regelungen beschränkt, die sich an die Verwaltung richten. Diese eindeutige Adressatenorientierung der beiden Regelwerke (Unternehmen und ihre Organe einerseits, Beteiligungsführung andererseits) führt damit zu klareren Verantwortlichkeiten. Gleiches gilt für die ebenfalls neu gefassten Berufungsrichtlinien. Damit haben die Grundsätze als Regelwerk "aus einem Guss" zugleich Vorbildcharakter für andere Gebietskörperschaften.

Beide Regelwerke stehen nicht unabhängig nebeneinander, sondern wurden eng miteinander verzahnt, um größtmögliche Wirkung zu entfalten. So enthält der Public Kodex in einem Abschnitt die Grundzüge des Zusammenwirkens von Unternehmensleitung und Überwachungsorgan, während in den "Hinweisen" in diesem Themenbereich beispielsweise spezielle Regelungen für die Beteiligungsführung enthalten sind für Unternehmen, die Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten.

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

3 Ziel und Wirkungsweise des Public Kodex

Ziel des Public Kodex ist, einen neuen Ordnungs- und Handlungsrahmen für Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu schaffen.

Die Empfehlungen und Anregungen zu guter Unternehmensführung beinhalten im Wesentlichen Optionen zur zweckmäßigen Ausübung eines gesellschaftsrechtlichen Rahmens, beispielsweise zur personellen Besetzung des Aufsichtsrats, oder Ergänzungen und Konkretisierungen in Bereichen, in denen das Gesetz nur bedingt Vorgaben macht, etwa zur Ausgestaltung der inneren Ordnung des Aufsichtsrats. Vor diesem Hintergrund ist auch verständlich. dass in verschiedenen Bereichen starke Ähnlichkeiten zwischen dem Public Kodex und dem DCGK zu finden sind - beide bauen auf der gleichen Grundlage, dem Aktienrecht, auf. Das Aktienrecht ist hinsichtlich der Organisationsstruktur Leitlinie der Beteiligungsführung für den Bund, auch wenn die Mehrzahl der Unternehmen als GmbH mit einem Aufsichtsrat geführt werden.

Ein weiteres Ziel des Public Kodex ist die Schaffung von mehr Transparenz, der ein eigener Abschnitt gewidmet ist. Dabei wird vor allem auf eine stärkere Information der Öffentlichkeit abgestellt. Schaffung von mehr Transparenz beinhaltet u. a. Corporate-Governance-Berichte mit den Entsprechenserklärungen zu den Empfehlungen des Kodex, wichtige Unternehmensinformationen sowie die Darstellung der individualisierten Vergütung der Mitglieder von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan.

Wirksamkeit entfaltet der Public Kodex – wie in der Privatwirtschaft auch – durch den Mechanismus des "comply or explain". Die Mitglieder der Unternehmensorgane sind verpflichtet, sich zur Einhaltung der Empfehlungen des Public Kodex zu erklären. Bei börsennotierten Unternehmen findet sich

eine derartige Verpflichtung in § 161 AktG. Eine derartige Regelung gibt es für Unternehmen mit Bundesbeteiligung nicht, sie ist auch nicht erforderlich. Nach dem Public Kodex ist das für die Führung der Beteiligung zuständige Bundesministerium in der Verantwortung, für die Beachtung des Public Kodex Sorge zu tragen. Dies schließt ein, eine Verpflichtung der Unternehmensorgane im Regelwerk des Unternehmens wirksam zu verankern, also vorrangig in der Satzung. Für die Wirksamkeit einer derartigen Verpflichtung ist es unerheblich, ob sie auf Gesetz oder Satzung beruht

4 Anwendungsbereich und Struktur des Kodex

Der Anwendungsbereich trägt der Vielfalt der Beteiligungen des Bundes an Unternehmen Rechnung. Die Unternehmen mit Bundesbeteiligung werden weit überwiegend in Form von Kapitalgesellschaften geführt, der Großteil davon als GmbH. Diese Unternehmen sind vorrangig Adressaten des Public Kodex. Dies ist einer der wesentlichen Unterschiede zum Deutschen Corporate Governance Kodex, der sich nur an börsennotierte Aktiengesellschaften richtet.

Der Bund kann den Public Kodex dort umsetzen, wo er als Mehrheitseigner über die nötige Stimmrechtsmacht verfügt. Bei Minderheitsbeteiligungen wirkt der Bund auf die anderen Gesellschafter ein, damit das Unternehmen den Public Kodex übernimmt, insbesondere durch Verankerung einer Verpflichtung der Unternehmensorgane, sich zu den Empfehlungen des Public Kodex zu erklären. Schließlich kann unabhängig davon das Unternehmen von sich aus erklären, dass es den Public Kodex beachten wird.

Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts sind in einer Sondersituation. Sie haben maßgeschneiderte, vielfach auf Gesetz beruhende Organisationsstrukturen, die von den gesetzlich vorgegebenen Strukturen

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

bei Kapitalgesellschaften abweichen. Die Übernahme des Public Kodex bedeutet in einem solchen Fall nicht, dass sich das Unternehmen umstrukturiert, damit der Kodex in vollem Umfang anwendbar ist. Vielmehr soll das Unternehmen prüfen, in welchem Umfang die Empfehlungen bei den vorgegebenen Strukturen umgesetzt werden können. Deshalb sieht der Public Kodex vor, dass diesen Unternehmen die Beachtung des Public Kodex empfohlen wird, soweit rechtliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.

Nicht anwendbar ist der Public Kodex auf börsennotierte Unternehmen mit Bundesbeteiligung, etwa die Deutsche Telekom AG, die bereits zwingend dem Deutschen Corporate Governance Kodex unterfallen, denn eine gleichzeitige Anwendung von diversen Kodizes bringt keine Vorteile.

Wie andere Kodizes enthält auch der Public Kodex Empfehlungen und Anregungen zu guter Unternehmensführung. Dies ist nicht neu für den Bund. Bereits die seit langem existierenden früheren "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" hatten derartige Empfehlungen, die aber nur mittelbar über die Verwaltung umgesetzt werden konnten und zu denen sich die Unternehmensorgane selbst, anders als im Public Kodex, nicht erklären mussten.

Nicht Bestandteil des Kodex sind die Anmerkungen. Auch wenn sie Formulierungen enthalten, die als Empfehlungen verstanden werden können - die Unternehmensorgane haben sich hierzu nicht zu erklären. Vorbild für die Aufnahme von Anmerkungen waren die "OECD Guidelines on Corporate Governance of State-owned Enterprises" (Guidelines). Die ausführlichen Beratungen von Experten der Praxis aus den rund 30 OECD-Staaten zeigten die große Bedeutung eines derartigen Ansatzes bei der vorgesehenen Umsetzung der Guidelines, deren Empfehlungen, wie bei Kodizes häufiger anzutreffen, recht abstrakt gehalten sind. Hierbei bieten die Guidelines

eine Orientierung für die Praxis und fördern zugleich das Bewusstsein und die Bedeutung guter Unternehmensführung.

5 Inhalt des Public Kodex

Ausgangspunkt ist zunächst die Rolle des Bundes als Anteilseigner. Ziel des Public Kodex ist nach der Präambel auch, die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen. Leitbild ist: Der Bund handelt als informierter und aktiver Eigentümer. Dies zeigt sich etwa in der Empfehlung des Public Kodex, dass die Anteilseigner ausreichend Gelegenheit haben sollen, sich auf die Erörterungen und Abstimmungen in der Hauptversammlung vorzubereiten. Der Bund nutzt seine Einflussrechte, die er aufgrund seines Anteils hat. So sind schon bisher in der "Mustersatzung" (Anlage zu den "Hinweisen für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen") Zustimmungsvorbehalte zugunsten der Gesellschafterversammlung einer GmbH vorgesehen.

Der Public Kodex orientiert sich mit seinen Empfehlungen und Anregungen an Kapitalgesellschaften, insbesondere die GmbH mit Aufsichtsrat, welche auch die große Mehrheit der Unternehmen mit Bundesbeteiligung bilden. Schon seit langem ist Ansatz des Bundes die privatwirtschaftlich orientierte Beteiligungsführung. Dies bedeutet für die langjährige Praxis des Bundes, erfahrene Persönlichkeiten auch aus der Privatwirtschaft nicht nur für die Geschäftsleitung zu gewinnen, sondern auch bei der beratenden Überwachung des Unternehmens, also im Aufsichtsrat. Daher kommt diesem Organ für die Beteiligungsführung eine besondere Bedeutung zu.

Der Bund lässt den Unternehmensorganen den unternehmerischen Spielraum. Bei einer GmbH kann die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung durch Beschluss anweisen. Nach dem Public Kodex sollen Weisungen aber nicht die Regel sein, da der

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

im Rahmen der Unternehmensverfassung vorgesehene Freiraum für die Unternehmensorgane auch zu einer besseren und wirtschaftlicheren Erfüllung der mit der Unternehmensbeteiligung verfolgten Ziele dienen soll.

Wesentliche Regelungen zu den Unternehmensorganen sind:

- D & O-Versicherungen ("Directorsand-Officers"-Versicherungen) sind in vielen Bereichen der Wirtschaft üblich. Hier verfährt der Bund bewusst zurückhaltender. Der Public Kodex sieht vor, dass eine derartige Versicherung nur von Unternehmen abgeschlossen werden soll, die erhöhten unternehmerischen und/oder betrieblichen Risiken ausgesetzt sind. Wird eine derartige Versicherung abgeschlossen, soll, sofern nicht bereits gesetzlich vorgesehen (etwa im Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung für Aktiengesellschaften), bei Mitgliedern der Geschäftsleitung ein Selbstbehalt von mindestens der Höhe des 1½-fachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen werden.
- Um bereits im Vorfeld Interessenkonflikte zu vermeiden, sollen Kredite des Unternehmens an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans sowie an ihre Angehörigen nicht gewährt werden.
- Nach dem Public Kodex soll die Geschäftsleitung aus mindestens zwei Personen bestehen. Die Wahrung des Vier-Augen-Prinzips ist, wie auch die Anmerkungen hierzu zeigen, von großer Bedeutung für den Bund, um Möglichkeiten eines Missbrauchs der Vertretungsmacht bereits im Vorfeld entgegenzutreten.
- Variable Vergütungsbestandteile der Geschäftsleitung sind typisch für ein wettbewerbliches Marktumfeld und haben sich hier auch als Anreizsystem bewährt.

Um falschen Anreizen entgegenzutreten und zugleich eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmensentwicklung zu fördern, empfiehlt der Kodex insbesondere Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter (wie etwa einem Bonus-Malus-System).

- Vielfach zeigt sich im Zeitraum der Erstbestellung, wie fähig und erfolgreich eine Geschäftsführung ist. Um nicht über einen längeren Zeitraum mit Personen arbeiten zu müssen, die der Unternehmensausrichtung nicht entsprechen, wird empfohlen, bei Erstbestellungen die Bestelldauer auf drei Jahre zu beschränken – auch, um die Höhe eventueller Abfindungszahlungen bei vorzeitiger Abberufung niedriger zu halten.
- In Überwachungsorganen sind weit überwiegend Männer vertreten. Gerade auch die geschlechtliche Diversität ist ein Gewinn für ein Unternehmen. Im Rahmen eines einheitlichen Anforderungsprofils hinsichtlich Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen ist auch auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen hinzuwirken.
- Das GmbH-Recht lässt bei einem fakultativen Aufsichtsrat die Stellvertretung grundsätzlich zu. Eine Stellvertretung ist jedoch mit dem Leitbild des Aktienrechts und einer ungeteilten Verantwortung der Mitglieder des Aufsichtsrats nicht vereinbar. Eine Stellvertretung ist deshalb grundsätzlich nicht vorgesehen, um das Bewusstsein zu fördern, ein höchstpersönliches Mandat zu übernehmen und hierfür auch verantwortlich zu sein.

Ein Schwerpunkt des Public Kodex ist die Schaffung von mehr Transparenz bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung. Teilaspekt ist die individualisierte Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung. Bei deren

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

Neu- oder Wiederbestellung hat daher das Überwachungsorgan für eine Zustimmung zur individualisierten Vergütung dieser Personen Sorge zu tragen. Auch der Public Kodex ist kein Instrument, um bestehende Verträge einseitig ändern zu können. Unabhängig davon sollte dieser rechtlichen Frage keine zu große Bedeutung beigemessen werden. Die Praxis zeigt, dass Klauseln zur individualisierten Offenlegung der Vergütung in Anstellungsverträgen für Mitglieder des Vorstandes oder der Geschäftsleitung eines Unternehmens mit Bundesbeteiligung zunehmend enthalten sind.

6 Weitere Reformen

Wesentlicher Teil des Reformwerks war die Straffung der an die Beteiligungsführung gerichteten bisherigen "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen". Sie wurden grundlegend überarbeitet, eng auf den Public Kodex abgestimmt und mit ihm verzahnt. So sehen die Hinweise beispielsweise vor, dass die Beteiligungsführung auf eine ordnungsgemäße Berichterstattung zur Corporate Governance hinwirken soll.

Die Hinweise sind nunmehr konsequent auf die Beteiligungsführung ausgerichtet. Die bisherigen, auf die Unternehmensorgane beispielsweise bezogenen Regelungen sind weitgehend entfallen und die entsprechenden Gegenstände nur noch insoweit geregelt, als die Beteiligungsführung etwa als Satzungsgeber angesprochen ist, so hinsichtlich des Katalogs der Geschäfte, für die die Geschäftsleitung die Zustimmung des Überwachungsorgans benötigt.

Die Schwerpunkte der Hinweise, insbesondere die Bereiche, in denen der Bund als Satzungsgeber angesprochen ist, wurden im Hinblick auf die Ausrichtung des Unternehmens auf die konkrete öffentliche Aufgabe hin stärker betont. So soll z. B. der in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag festgelegte Unternehmensgegenstand möglichst klar umrissen sein und dem mit

der Beteiligung verfolgten Zweck Rechnung tragen.

Gerade die beratende Überwachung der Geschäftsführung durch ein qualifiziert besetztes Überwachungsorgan ist für die Beteiligungsführung des Bundes von großer Bedeutung. Daher sehen die Hinweise als Regel vor, dass grundsätzlich ein Aufsichtsrat geschaffen wird, soweit er nicht ohnehin zu errichten ist.

Anforderungen zur Besetzung der Überwachungsorgane – soweit der Bund hier Einfluss hat - sind in den ebenfalls aktualisierten Berufungsrichtlinien geregelt. Ein Schwerpunkt der Überarbeitung der Berufungsrichtlinien war die Betonung der Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern. auch unter Hinweis auf die von der Rechtsprechung aufgestellten Erfordernisse. Weiterhin sollen auf Veranlassung des Bundes gewählte oder entsandte Aufsichtsratsmitglieder in der Regel nicht mehr als drei Mandate wahrnehmen. Die einschlägigen Regelungen aus dem privaten Sektor sehen eine Beschränkung auf eine geringe Anzahl von Mandaten nur vor, soweit es sich um Mandate bei börsennotierten Unternehmen handelt (so etwa der DCGK). Die Berufungsrichtlinien enthalten auch eine Empfehlung, wonach von einer Berufung in einen Aufsichtsrat abgesehen werden soll, wenn Interessenkonflikte auftreten könnten; der DCGK sieht demgegenüber vor, dass auf potenzielle Interessenkonflikte geachtet werden soll.

Zugleich sind Empfehlungen vorgesehen, wie innerhalb der Beteiligungsführung Interessenkonflikten begegnet werden soll, z. B. wenn ein Aufsichtratsmitglied als Mitglied der Verwaltung zugleich für die Bewilligung von Zuwendungen an dieses Unternehmen verantwortlich ist. Dann hat das zuständige Ministerium sicherzustellen, dass die erforderlichen Entscheidungen von anderen Personen getroffen werden. Schließlich sind obligatorische Fortbildungsveranstaltungen zur stärkeren Professionalisierung

Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Public Kodex)

vorgesehen, damit die auf Veranlassung des Bundes gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder über den aktuellen Stand der Kenntnisse verfügen, die für die Wahrnehmung des Mandats erforderlich sind.

7 Ausblick

Der Public Kodex berücksichtigt nationale und internationale Erfahrungen. Er trägt den Erfordernissen von Unternehmen und Beteiligungsführung gleichermaßen Rechnung. Die Umsetzung wird systematisch verfolgt, und die praktischen Erfahrungen werden bei den vorgesehenen regelmäßigen Überprüfungen berücksichtigt und, falls erforderlich, überarbeitet. Mit dem Public Kodex wird der Prozess zur Verbesserung der Corporate Governance bei öffentlichen Unternehmen insgesamt vorangebracht. Zugleich wird der Public Kodex eine Leitlinie für die Gebietskörperschaften sein, die bislang kein vergleichbares Regelwerk haben.

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

1	Einleitung	69
2	Schwerpunkte des G20-Gipfels	70
2.1	Globale Finanzmarktregulierung	70
2.2	Globales Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum	71
2.3	Charta für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung	72
2.4	Reformen bei internationalen Finanzinstitutionen	72
2.5	Weitere Ergebnisse des G20-Gipfels	72
3	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	73
3.1	Wirtschaftsentwicklung	73
3.2	Finanzmärkte	74
4	Jahrestagung von IWF und Weltbank	75
4.1	Auswirkungen der Finanzkrise in Schwellen- und Entwicklungsländern	75
4.2	Reformen bei Weltbank und Regionalen Entwicklungsbanken	75
4.3	Reform der Governance-Strukturen des IWF	75
5	Fazit und Ausblick	76

- Die G20 werden zum zentralen Forum für die globale Zusammenarbeit in internationalen Wirtschaftsfragen. Die Beschlüsse von Washington und London sowie weitere Schritte hin zu einer globalen Finanzmarktregulierung werden sukzessive umgesetzt.
- Die G20-Staats- und -Regierungschefs einigten sich auf einen globalen Koordinationsrahmen für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum.
- Bei IWF und Weltbank wird es eine Quotenumverteilung zugunsten von unterrepräsentierten Entwicklungs-, Schwellen- beziehungsweise Transitionsländern geben.

1 Einleitung

Vom 24. bis 25. September haben sich die Staats- und Regierungschefs der größten Industrie- und Schwellenländer (G20)¹ zum dritten Weltfinanzgipfel in Pittsburgh getroffen. Nur eine Woche später, am 3. und 4. Oktober, fanden in Istanbul die gemeinsame Jahrestagung von

seit 1999 etabliert. Zu den G20 zählen die sieben führenden Industrieländer Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada sowie die USA, die wichtigen Schwellenländer Brasilien, China, Indien und Russland sowie Argentinien, Australien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei und die Europäische Union, die durch den amtierenden EU-Ratspräsidenten und die Europäische Zentralbank vertreten wird.

¹Die G20 ist als informelles Forum der Finanzminister und Notenbankchefs bereits

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Internationalem Währungsfonds (IWF; mit Sitzung des International Monetary and Financial Committee – IMFC²) und Weltbank sowie das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure statt. Bei diesen Treffen standen die Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die Schaffung eines neuen Rahmens zur Finanzmarktregulierung sowie Reformen bei IWF und Weltbank im Mittelpunkt der Diskussionen. Im Folgenden werden die erzielten Ergebnisse und Erfolge in den einzelnen Bereichen präsentiert.

2 Schwerpunkte des G20-Gipfels

Der G20-Gipfel in Pittsburgh legte, von deutscher Seite durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück unterstützt, den Schwerpunkt auf Fragen der Finanzmarktregulierung, insbesondere auf die Umsetzung der Maßnahmen, die bereits auf den beiden vorangegangenen Treffen in Washington und London angeregt und beschlossen worden waren. Breiten Raum nahm auch die Diskussion zur Schaffung eines neuen Rahmens für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ein. Erstmalig standen auf diesem Gipfel auch die Fragen der Energiesicherheit und der Finanzierung des Klimaschutzes auf der Tagesordnung.

Dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs ging ein Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 4. und 5. September voraus, bei dem bereits weitreichende Vorarbeiten geleistet wurden.

2.1 Globale Finanzmarktregulierung

² Der IMFC ist das oberste Beratungsgremium für den Rat der Gouverneure des IWF. Dem IMFC gehören 24 Mitglieder (Zentralbank-Gouverneure, Minister oder gleichrangig) an, die die Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums des IWF reflektieren. Der IMFC tagt zweimal jährlich. Schwächen bei Regulierung und Aufsicht sowie eine hohe Bereitschaft im Finanzsektor, unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen, haben maßgeblich zum Ausmaß der gegenwärtigen Finanzkrise beigetragen. Die Staats- und Regierungschefs machten sehr deutlich, dass auf den Finanzmärkten in der Zukunft keine übermäßigen Risiken mehr eingegangen werden dürfen. Ungeachtet der bereits umgesetzten umfangreichen Reformmaßnahmen für Banken und andere Finanzinstitute seien aber weitere Schritte notwendig, um Konsumenten, Sparer und Investoren vor missbräuchlichen Marktpraktiken zu schützen.

Im Einzelnen wurde beschlossen:

- Neue Regeln sollen zum stärkeren Aufbau von qualitativ hochwertigem Eigenkapital und zur Eindämmung konjunkturverstärkender Effekte (Prozyklizität) implementiert werden. Die Regeln zur Verbesserung der Quantität und Qualität des Kapitals der Banken sollen bis Ende des Jahres 2010 international abgestimmt werden. Außerdem sollen bis dahin konkrete aufsichtsrechtliche Regelungen zur Vermeidung überhöhter Verschuldungen der Banken vereinbart werden. Die neuen Vorschriften werden stufenweise und in Abhängigkeit der Erholung der Finanzmärkte und der Gesamtwirtschaft mit dem Ziel eingeführt, diese bis Ende des Jahres 2012 umzusetzen.
- Es wurden konkrete Regeln für
 Vergütungssysteme des Finanzsektors
 vereinbart, die ohne Verzögerung
 eingeführt werden sollen. Nach diesen
 Vorstellungen, die auf Arbeiten des
 Financial Stability Board (FSB) basieren,
 sollen variable Vergütungsanteile in
 Zukunft nicht mehr über mehrere Jahre
 garantiert werden, müssen an den
 längerfristigen Erfolg des Unternehmens
 gebunden werden und in einem
 vorgegebenen Verhältnis zu seinen
 Gewinnen stehen. Darüber hinaus
 müssen Vergütungssysteme durch

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Veröffentlichung transparenter gemacht werden, und es erfolgt eine Stärkung der Unabhängigkeit der für die Festlegung der Vergütungen verantwortlichen Ausschüsse von Unternehmen. Ein besonderes Augenmerk ist darauf zu legen, dass diese Regeln noch durch die jeweiligen nationalen Instanzen umgesetzt werden müssen. Damit keine Nachteile für einzelne Länder oder Marktsegmente entstehen, ist eine konsistente weltweite Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erforderlich (Schaffung eines "Level Playing Field").

- es wurden Verbesserungen für den außerbörslichen Handel mit Derivatekontrakten vereinbart. Bis Ende 2012 sollen weitgehend alle standardisierten Derivatekontrakte über Börsen oder gegebenenfalls über elektronische Handelsplattformen gehandelt werden. Das "Clearing" soll ausschließlich durch zentrale Gegenparteien erfolgen. Ausnahmen sind nur für den Fall vorgesehen, dass besondere Anforderungen eines Unternehmens an spezifische Eigenheiten des Derivats eine Standardisierung ausschließen.
- Sum Problemkreis der erheblichen systemischen Bedeutung bestimmter Banken auf Grund ihrer Größe ("too big to fail") beziehungsweise Verknüpfung mit den übrigen Teilen des Finanzsektors ("too interconnected to fail") wurde verabredet, dass bis Ende 2010 konkrete Lösungen für diesen Themenkomplex durch das FSB vorgeschlagen werden sollen. Hierzu zählen die Entwicklung von Notfall- und Abwicklungsplänen systemrelevanter Institute, eine intensivere Aufsicht für diese Institutionen und weitere Elemente wie höhere Eigenkapital- oder Liquiditätsanforderungen.
- Die internationalen
 Rechnungslegungsgremien sollen
 ihre Bemühungen zur Schaffung eines
 einheitlichen, qualitativ hochwertigen,

- weltweit gültigen Systems von Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen ihres unabhängigen Verfahrens zur Festlegung von Vorschriften verstärken und dieses Angleichungsvorhaben bis Juni 2011 abschließen.
- Die Teilnehmer verpflichteten sich, auch weiterhin in den Bereichen Steueroasen, Geldwäsche, Korruptionserlöse, Terrorismusfinanzierung und aufsichtsrechtliche Standards Druck auszuüben, um die erzielten Fortschritte im Kampf gegen unkooperative Jurisdiktionen zu sichern und auszubauen. Insbesondere sollen gegen Steueroasen ab März 2010 Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.
- Bis zum nächsten Gipfel ist auf deutsche Initiative ein Bericht zu erstellen, wie der Finanzsektor an den Belastungen durch die Finanzmarktkrise beteiligt werden kann.

2.2 Globales Rahmenwerk für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum

Die Staats- und Regierungschefs der G20 verständigten sich auf die Formulierung eines neuen globalen Koordinationsrahmens für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum ("Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth"). Im Zuge der Finanzkrise wurde deutlich, dass die Höhe und das Muster des globalen Wachstums in den vergangenen Jahren nicht nachhaltig waren und mit zum Aufbau globaler Ungleichgewichte geführt haben. Für ein anhaltend robustes Wachstum sind deshalb Anpassungen in verschiedenen Bereichen der Weltwirtschaft notwendig, die nicht zuletzt zu einem Abbau der globalen Ungleichgewichte beitragen sollen. Für Länder, die ein nachhaltiges und signifikantes Leistungsbilanzdefizit aufweisen, bedeutet dies, dass dort die private Ersparnis erhöht und die fiskalische Konsolidierung vorangetrieben werden muss. Länder mit einem nachhaltigen und signifikanten Leistungsbilanzüberschuss

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

sollen die inländischen Komponenten des Wachstums stärken. Dies könne je nach den länderspezifischen Erfordernissen über höhere Investitionen, den Abbau von Kapitalmarktbeschränkungen, Stärkung der Produktivität im Dienstleistungssektor, die Verbesserung des sozialen Sicherungsnetzes oder den Abbau von Beschränkungen für eine steigende inländische Nachfrage erfolgen.

Der IWF wurde beauftragt, die Finanzminister und Notenbankgouverneure bei der gegenseitigen Bewertung ihrer Politiken zu unterstützen, indem er einen in die Zukunft gerichteten Analyserahmen entwickelt. Darüber soll regelmäßig an die G20 und den IMFC Bericht erstattet werden.

2.3 Charta für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs vereinbarten, die Arbeit an der Charta für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fortzuführen. Die Charta ist eine Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie zielt darauf ab, die richtigen Lehren aus der aktuellen Krise zu ziehen und eine neue Architektur im wirtschafts-, finanzund sozialpolitischen Bereich zu errichten, die Krisen wie die jetzige künftig vermeiden hilft. Die Charta soll einen Ordnungsrahmen skizzieren, der Marktkräften Raum gibt, sich zu entfalten, aber zugleich eine stabile, sozial ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft ermöglicht.

2.4 Reformen bei internationalen Finanzinstitutionen

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage einer Umverteilung von Quotenanteilen hin zu Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen der anstehenden Überprüfung der IWF-Quoten. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, "mindestens 5 %" der Quotenanteile an Entwicklungs- und Schwellenländer umzuverteilen. Diese Umverteilung soll von über- zu unterrepräsentierten Ländern auf Basis der bestehenden Quotenformel erfolgen. Es

gelte dabei, den Stimmenanteil der ärmsten IWF-Mitglieder zu schützen. Die Anpassung der Quotenanteile soll bis Januar 2011 abgeschlossen werden.

Die Rolle der Weltbank und der Regionalen Entwicklungsbanken für die Bekämpfung von Armut wurde hervorgehoben. Darunter fallen auch Fragen des Klimaschutzes und der Nahrungsmittelsicherheit. Die G20 haben Weltbank und Regionalen Entwicklungsbanken Unterstützung für die hierzu notwendige Kapitalausstattung zugesagt. Allerdings erfordere dies einen klaren Nachweis, dass zusätzliche Mittel notwendig seien und institutionelle Reformen zur Erhöhung der Effektivität der Banken vorgenommen werden. Die Weltbank und die Regionalen Entwicklungsbanken sollen die Überprüfung ihrer Mittelausstattung in der ersten Jahreshälfte 2010 abschließen.

Des Weiteren wurden die Stimmrechtsveränderungen bei der Weltbank diskutiert. Die Teilnehmer einigten sich, bis zum Frühjahr 2010 eine Umverteilung von "mindestens 3 %" hin zu Entwicklungsund Transitionsländern zugunsten von unterrepräsentierten Ländern zu erreichen. Hierzu müssten alle überrepräsentierten Länder einen Beitrag leisten.

2.5 Weitere Ergebnisse des G20-Gipfels

Auch in den Bereichen Energiesicherheit, Entwicklungshilfe, Beschäftigung und Handel wurden gemeinsame Schritte vereinbart:

- Um die Transparenz auf den Energiemärkten und die Marktstabilität zu erhöhen, wurde verabredet, ab Januar 2010, wenn möglich, monatliche Daten z. B. über Ölproduktion, -verbrauch oder Raffineriekapazitäten zu veröffentlichen. Subventionen für fossile Brennstoffe sollen auf mittlere Frist auslaufen.
- Bekräftigt wurden frühere Bekenntnisse zur Erreichung der Millenniums-

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Entwicklungsziele sowie der jeweiligen Zusagen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), insbesondere für Afrika südlich der Sahara, bis 2010 und darüber hinaus.

- Es wurde ein Treffen zwischen den Arbeitsministern der Mitgliedsstaaten zu Beginn des Jahres 2010 verabredet. Um die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt möglichst gering zu halten, sollen diese eine Analyse der nationalen Arbeitsmarktpolitiken vornehmen. Das Treffen soll außerdem der Vorbereitung auf das OECD Labour and Employment Ministerial Meeting dienen.
- Das Bekenntnis zu einem offenen Welthandel und die Absage an protektionistische Tendenzen wurden erneuert. Die Teilnehmer bekräftigten das ehrgeizige Ziel, die Doha-Runde bis 2010 abzuschließen.

Überdies waren sich die Staats- und Regierungschefs darin einig, die G20 zum zentralen Forum für die globale Zusammenarbeit in internationalen Wirtschaftsfragen zu bestimmen. So soll es 2010 im Juni einen G20-Gipfel in Kanada sowie im November einen G20-Gipfel in Korea geben, danach jeweils einen Gipfel pro Jahr auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. 2011 soll dann Frankreich Gastgeber des G20-Gipfels sein. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure werden diese Gipfel vorbereiten.

3 Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Auf der Agenda standen mit der aktuellen Wirtschaftsentwicklung sowie der Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten Themen, die bereits auf dem Gipfel in Pittsburgh eingehend diskutiert wurden.

3.1 Wirtschaftsentwicklung

Der World Economic Outlook des IWF vom 1. Oktober 2009 diente als Grundlage der Beratungen über die globale Wirtschaftslage.

Tabelle 1: Die Weltwirtschaft im Überblick – IWF-Projektionen

Wachstumsrate des BIP (in %)	Tatsächlich	Projektion		Revision geger	nüber Juli 2009
	2008	2009	2010	2009	2010
Welt	3,0	-1,1	3,1	0,3	0,6
Industrieländer	0,6	-3,4	1,3	0,4	0,7
Schwellen-/Entwicklungsländer	6,0	1,7	5,1	0,2	0,4
China	9,0	8,5	9,0	1,0	0,5
USA	0,4	-2,7	1,5	-0,1	0,7
Kanada	0,4	-2,5	2,1	-0,2	0,5
Japan	-0,7	-5,4	1,7	0,6	0,0
Euroraum	0,7	-4,2	0,3	0,6	0,6
Deutschland	1,2	-5,3	0,3	0,9	0,9
Frankreich	0,3	-2,4	0,9	0,6	0,5
Italien	-1,0	-5,1	0,2	0,0	0,3
Großbritannien	0,7	-4,4	0,9	-0,2	0,7

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009.

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Annahmen: Konstante reale effektive Wechselkurse auf Basis des Durchschnitts-Niveaus im Zeitraum vom 30. Juli bis 27. August 2009; Ölpreis 61,53 US-Dollar/Fass in 2009 und 76,50 US-Dollar/Fass in 2010.

Der IWF zeigte sich bezüglich der Wachstumszahlen insbesondere für 2010 deutlich optimistischer als noch im Juli. So wurden für Deutschland die Projektionen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2009 und 2010 jeweils um 0,9 Prozentpunkte auf nunmehr -5,3% beziehungsweise 0,3 % nach oben korrigiert. Allerdings sah der IWF derzeit in erster Linie die Wirkungen der Fiskalprogramme und den Lagerzyklus als wachstumstreibende Kräfte an. Risiken für den Aufschwung bestünden vor allem in dem weiterbestehenden Unsicherheiten im Finanzsektor, den enormen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte sowie der derzeitigen Schwäche von Konsum und Investitionen, als Wachstumskräfte wirken zu können. Es sei daher insgesamt noch zu früh, bereits von einem selbsttragenden globalen Aufschwung zu sprechen.

Die G7-Finanzminister teilten die Einschätzung des IWF. Sie bekräftigten insgesamt ihr Bekenntnis, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, die Trendwende bei der wirtschaftlichen Entwicklung herbeizuführen und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Wenn die Krise abklinge, müssten glaubhafte Strategien für eine Rücknahme der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen in der Finanzpolitik, zur Stabilisierung der Finanzmärkte sowie in der Geldpolitik entwickelt werden. Sie sprachen sich zudem für einen Verzicht auf Maßnahmen aus, die zu Handels- oder Investitionsbarrieren führen könnten und beauftragten die Welthandelsorganisation, die Einhaltung dieser Zusage zu überprüfen und hierzu einen öffentlichen Bericht zu erstellen.

Die G7-Finanzminister griffen in ihrem Abschlussstatement das in Pittsburgh vereinbarte "Framework for Growth" auf. Im Bereich der Wechselkurse betonten sie die negativen Effekte einer übermäßigen Volatilität und begrüßten Chinas Bekenntnis zu einem flexibleren Wechselkurs, der zu einer effektiven Aufwertung des Renminbi führen und ein ausgewogeneres Wachstum in China und der Welt unterstützen werde.

3.2 Finanzmärkte

Die Lage der Finanzmärkte wurde auf Basis des Global Financial Stability Report (GSFR) des IWF erörtert. Dabei wurde ein – im Vergleich zum letzten GFSR – günstigeres Bild der gegenwärtigen Lage gezeichnet. Die Lage an den Finanzmärkten habe sich dank beispielloser staatlicher Interventionen deutlich stabilisiert. In den vergangenen sechs Monaten haben sich alle relevanten Indikatoren (z. B. für Kreditrisiken, Marktund Liquiditätsrisiken, Volatilität) verbessert. Auch sei das Risiko für eine Krise in den Schwellenländern gesunken. Zudem wachse das Vertrauen auf eine konjunkturelle Erholung.

Angesichts der verbesserten Lage und der günstigeren Aussichten hat der IWF seine Schätzung der Gesamtverluste (2007 bis 2010) im Finanzsektor von rund 4000 Mrd. US-Dollar auf 3 400 Mrd. US-Dollar nach unten revidiert. Er warnt aber auch vor einem nachlässigen Umgang mit den nach wie vor bestehenden Risiken: Die Probleme im Bankensektor könnten ungelöst bleiben, und die notwendigen Reformen der Finanzmärkte könnten verzögert oder verwässert werden. Auch sei die wirtschaftliche Erholung noch nicht gesichert, und angesichts der nach wie vor bestehenden Anfälligkeiten des Finanzsystems bestehe die Gefahr von Rückschlägen. Insbesondere solange Kreditausfälle und der Vermögensabbau zur Entschuldung (deleveraging) die Bankbilanzen weiterhin belasten, bestehe die Gefahr negativer Rückkoppelungseffekte zwischen dem Realsektor und dem Finanzsektor.

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Die Teilnehmer sahen es als dringend erforderlich an, das Problem der toxischen Papiere zu lösen und eine hinreichende Eigenkapitalbasis sicherzustellen, um sowohl Verluste absorbieren als auch neue Kredite vergeben zu können. Außerdem sei es wichtig, eine international abgestimmte Strategie für einen Ausstieg aus den verschiedenen fiskalischen und geldpolitischen Stützungsprogrammen zu erarbeiten, auch wenn ein Ausstieg zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh sein dürfte. Dabei komme es auch auf das richtige Timing an, um einerseits ein Aufflammen einer sekundären Krise ("secondary crisis") durch einen zu frühen Ausstieg zu verhindern und andererseits die Glaubwürdigkeit der Geld- und Fiskalpolitik durch einen zu späten Ausstieg nicht zu gefährden. Die Länder sollten darüber hinaus einer Verschlechterung ihrer Kreditwürdigkeit mit klar kommunizierten Plänen zur mittelfristigen Konsolidierung ihrer Haushalte entgegenwirken.

4 Jahrestagung von IWF und Weltbank

Im Zentrum der Diskussion bei der Gemeinsamen Jahrestagung von IWF und Weltbank in Istanbul standen zum einen die Auswirkungen der Finanzkrise auf Schwellenund Entwicklungsländer und zum anderen die Reform der Governance-Strukturen von IWF und Weltbank.

4.1 Auswirkungen der Finanzkrise in Schwellen- und Entwicklungsländern

Ungeachtet leichter Zeichen der Erholung bleiben die Auswirkungen vor allem auf die armen Entwicklungsländer alarmierend. IWF und Weltbank wurden für ihr rasches und umfassendes Krisenmanagement gelobt. Im Rahmen der Weltbankgruppe gilt dies insbesondere für die kurzfristige massive Mittelaufstockung bei der Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen

Entwicklungsorganisation (IDA). Sie wurde aufgefordert, ihre verschiedenen Initiativen zur Krisenbekämpfung weiter voranzutreiben. Angesprochen sind insbesondere Maßnahmen in den Bereichen der Infrastrukturentwicklung, Unterstützung des privatwirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung, des Klimawandels und der Lebensmittelversorgung. Dabei soll die Weltbank einen multilateralen Fonds für die Lebensmittelsicherheit in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen entwickeln. Die Mitgliedsländer unterstützen die gemeinsamen Anstrengungen von Weltbank und IWF im Hinblick auf eine flexiblere Gestaltung des Rahmenwerks für Schuldentragfähigkeit ("Debt Sustainability Framework"). Die Teilnehmer begrüßten die Reformen des IWF zur Flexibilisierung der an die Entwicklungsländer gerichteten Fazilitäten sowie zur Erhöhung der konzessionären Kreditvergabe an die Entwicklungsländer.

4.2 Reformen bei Weltbank und Regionalen Entwicklungsbanken

Die in Pittsburgh geforderte Verschiebung der Quotenanteile hin zu Entwicklungsund Transitionsländern wurde von der Gesamtheit der Weltbank-Mitglieder begrüßt und unterstützt. Zugleich wurde die Absicht geäußert, mittelfristig auf eine "faire" Stimmengewichtung hinzuarbeiten. In deren Mittelpunkt soll eine dynamische Quotenformel stehen, die die Veränderungen des wirtschaftlichen Gewichts "automatisch" abbildet. Die Weltbank wurde aufgefordert, bis zur Frühjahrstagung 2010 ihre Überprüfung abzuschließen, ob ihre Kapitalausstattung angemessen ist.

4.3 Reform der Governance-Strukturen des IWF

Die IWF-Mitglieder bekräftigten, dass die Governance-Reform bis Januar 2011 abgeschlossen werden soll. Die Umverteilung von Quotenanteilen zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer wurde begrüßt und gleichzeitig betont, dass die

Ergebnisse der Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs sowie der Jahrestagung von IWF und Weltbank und des G7-Finanzminister-Treffens

Quotenanteile auch weiterhin das relative Gewicht eines Landes in der Weltwirtschaft wiedergeben sollen. Beim nächsten Treffen im Frühjahr 2010 soll darüber hinaus ein Verfahren für die Besetzung der Position des Managing Director des IWF und seiner Stellvertreter verabschiedet werden, das offen, transparent und leistungsbezogen ist.

5 Fazit und Ausblick

Auf dem Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs am 24. und 25. September in Pittsburgh wurden eine Bestandsaufnahme der Beschlüsse von Washington und London vorgenommen und weitere Schritte zur Neuordnung der Finanzmarktregulierung in Angriff genommen. Der Gipfel war ein weiterer wichtiger Schritt auf das insbesondere auch von deutscher Seite formulierte Ziel, dass in Zukunft kein systemisch relevanter Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktprodukt und kein Finanzmarkt ohne Aufsicht und Regulierung sein sollen. Beim anstehenden Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure Anfang November

kann auf diese Beschlüsse aufgebaut werden, um schon jetzt mit Blick auf den nächsten G20-Gipfel im Juni 2010 in Kanada weitere Fortschritte zur Neuordnung des globalen Finanzmarktsystems vorzubereiten. Darüber hinaus gilt es, bei den "neuen" Themen auf der Agenda der G20 voranzukommen: die Klimaschutzfinanzierung, ein Koordinationsrahmen für ein robustes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum sowie Ausstiegsstrategien aus den außergewöhnlichen nationalen Maßnahmen in der Finanzpolitik, der Geldpolitik und auf den Finanzmärkten.

Mit der insgesamt sehr positiven Aufnahme der Beschlüsse von Pittsburgh auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank wird sichergestellt, dass die Inhalte und Ziele des G20-Prozesses von einem großen Teilnehmerkreis mitgetragen werden. Damit sind die Weichen gestellt, nicht nur im G20-Kreis, sondern im Kreis von 186 Ländern Fortschritte für nachhaltigeres globales Wachstum und sicherere Finanzmärkte durchsetzen zu können.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Wirtschafts- und Finanzlage in den G20-Schwellenländern

1	Überblick	77
2	China	78
3	Indien	80
4	Indonesien	81
5	Korea	82
6	Russland	84
7	Argentinien	86
	Brasilien	
	Mexiko	
	Saudi-Arabien	
	Südafrika	
	Tirkai	03

- Die asiatischen G20-Schwellenländer mussten zwar aufgrund der weltweiten Krise auch Wachstumseinbußen hinnehmen, konnten aber insgesamt der Krise recht erfolgreich trotzen.
- Ungeachtet zum Teil deutlicher Wachstumsrückgänge in den lateinamerikanischen G20-Ländern und eines schwachen Starts zu Jahresbeginn gibt es inzwischen sehr positive Entwicklungen auf deren Finanzmärkten.
- Einige G20-Schwellenländer (Korea, Russland, Südafrika oder auch die Türkei) befinden sich derzeit in einer Rezession, aber es gibt erste Anzeichen einer deutlichen Erholung.
- Die Weltwirtschaft hat nach Einschätzung des IWF die Rezession überwunden. Größte Wachstumsimpulse für die weltwirtschaftliche Erholung kommen aus China und Indien.

1 Überblick

Bei den G20-Gipfeln im April (London) und September (Pittsburgh) waren nicht nur die größten Industrieländer, sondern auch die wichtigsten Schwellenländer vertreten. Das G20-Format¹ hat sich als zentrales Forum für die globale Zusammenarbeit in internationalen Wirtschaftsfragen erwiesen. Die wichtigen Schwellenländer gewinnen zunehmend an

¹G20-Länder: Australien, Argentinien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Türkei, USA plus Europäische Union. Bedeutung für die Weltwirtschaft. Dies zeigt sich auch in ihrem selbstbewussten Auftreten bei den G20. Allerdings sind diese Länder sehr heterogen. Daher wird in diesem Artikel die Wirtschafts- und Finanzlage der einzelnen G20-Schwellenländer näher betrachtet.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht im jüngsten World Economic Outlook² davon aus, dass die globale Rezession überwunden sein dürfte. Die Weltwirtschaft verzeichne wieder positive Wachstumsraten, vor allem bedingt durch eine starke Entwicklung in

² Alle Angaben zu IWF-Prognosen beruhen auf dem World Economic Outlook, Oktober 2009.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Asien und eine Stabilisierung oder moderate Erholung in anderen Regionen. Dabei sei allerdings die Geschwindigkeit der weltwirtschaftlichen Erholung gering und die wirtschaftliche Aktivität liege unter dem Vorkrisenniveau. Zwar erwartet der IWF für dieses Jahr noch einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um 1,1%, für 2010 sieht er aber bereits wieder ein Wachstum von 3,1%. Die Schwellen- und Entwicklungsländer könnten sogar um 5,1% expandieren. Der größte Wachstumsimpuls für die globale Wirtschaft dürfte dem IWF zufolge mit einem Zuwachs von 8,5% im laufenden Jahr und 9% im nächsten Jahr erneut aus China kommen.

Die wesentlichen Gründe für die gegenwärtige Erholung seien die expansiven Geld- und Fiskalpolitiken, insbesondere auch der G20-Schwellenländer, sowie in vielen Ländern die Bankenrettungsprogramme. Gleichzeitig sei die Entwicklung geprägt von niedrigen Inflationsraten. Um die Abwärtsrisiken nicht zum Tragen kommen zu lassen, warnt der IWF vor einem vorzeitigen Ausstieg aus den sehr expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen.

Die asiatischen G20-Länder haben bis auf Korea den weltwirtschaftlichen Abschwung relativ gut verkraftet. Bedingt durch umfangreiche Konjunkturprogramme, konnte die Inlandsnachfrage positiv beeinflusst werden. Die Aktienmärkte in China, Indien, Korea und Indonesien weisen alle zwischen Jahresbeginn und Ende September ein deutliches Plus aus, wobei insbesondere Indonesien mit einem Zuwachs von über 80 % stark auftrumpft, während Korea mit Kurssteigerungen von 48 % noch etwas hinterherhinkt.

Obwohl die lateinamerikanischen G20-Länder aufgrund der Finanzkrise 2009 zum Teil starke Wachstumsrückgänge verbuchen müssen, haben sich die betreffenden Finanzmärkte nach einem schwachen Start im Jahresverlauf zunehmend positiv entwickelt. Die Aktienmärkte Argentiniens und Brasiliens verzeichneten mit einem Plus von 92 % beziehungsweise 65 % bis Ende September besonders deutliche Gewinne. In Brasilien ist es gelungen, die Inlandsnachfrage durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen schnell zu stimulieren. Ungeachtet kräftiger Leitzinssenkungen hat die brasilianische Währung stark aufgewertet. Die robuste Binnennachfrage könnte dazu beitragen, dass Brasilien als eines der ersten Länder der Region die Krise überwindet und wieder auf einen Pfad mit dauerhaft positiven Wachstumsraten zurückfindet.

Russland, Südafrika und die Türkei befinden sich derzeit in einer ausgeprägten Rezession. Allerdings lässt die Entwicklung in den vergangenen Monaten eine Trendwende vermuten, da sich eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftsindikatoren zeigt.

2 China

Im 1. Halbjahr 2009 konnte China nach offiziellen Angaben ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 7,1% erzielen, wobei das Wachstum nicht zuletzt vom Binnenkonsum getragen wurde. China ist von der weltweiten Krise zwar betroffen, aber die Auswirkungen konnten durch schnelles und effektives Handeln der Regierung, u. a. durch ein rund 586 Mrd. US-Dollar umfassendes Konjunkturpaket, eingegrenzt werden. Das Land gehört nach wie vor zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Der IWF erwartet für 2009 ein Wirtschaftswachstum von 8,5% und für 2010 von 9,0%.

Seit Februar 2009, als die Inflationsrate zum ersten Mal in sechs Jahren um 1,6 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gesunken war, verzeichnet China negative Inflationsraten. Im August 2009 lag die auf das Jahr bezogene Inflationsrate bei -1,2 %. Für das laufende Jahr rechnet der IWF mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von -0,1 % und für 2010 von 1,2 %. Das Inflationsziel der Regierung liegt bei jahresdurchschnittlich 4 %. Angesichts der weltweiten Krise haben die staatlichen chinesischen

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Banken ihre Kreditvergabe in diesem Jahr stark ausgedehnt. Zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung haben sie im Zeitraum Januar bis Juli bisher insgesamt Kredite von 1,13 Bio. US-Dollar vergeben.

Der chinesische Aktienmarkt konnte – nach dem starken Einbruch im Jahr 2008 (-65%) – seit Anfang 2009 wieder deutlich an Wert zulegen. Der Shanghai Composite Index konnte von Beginn des Jahres bis Anfang August einen rasanten Anstieg verzeichnen, musste aber insbesondere Ende August und im September relativ starke Einbußen hinnehmen. Allein am 31. August verlor der Shanghai Composite 6,7%, weil Anleger befürchteten, dass China zu einer strafferen Geldpolitik übergehen könnte. Bis Ende September konnte der Aktienindex gegenüber dem Jahresanfang aber immerhin noch einen Zugewinn um über 50% ausweisen.

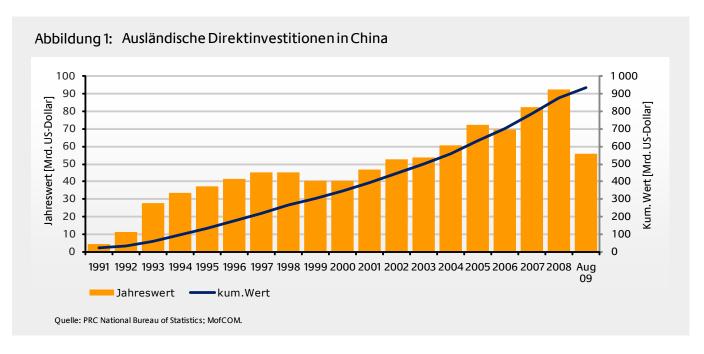
Im September 2008 hatte die chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde (China Securities Regulatory Commission - CSRC) aufgrund der Finanzkrise und der dadurch verursachten schwachen Entwicklung am Aktienmarkt einen de-facto-Stopp für Börsengänge (IPO initial public offering) von Unternehmen an den chinesischen Börsen verfügt. Seit Anfang Juni 2009 erlaubt die CSRC nun wieder IPOs. Außerdem sind seit Anfang Juni auch neue Regeln für Börsengänge in Kraft. Der Ausgabepreis der Aktien soll stärker vom Markt bestimmt, der Einfluss der Staatsbürokratie begrenzt werden. Auch soll es durch technische Änderungen für Privatpersonen leichter werden, Aktien zu kaufen. Anfang Juni fiel somit der Startschuss für eine Vielzahl von Börsengängen, u. a. ging Ende Juli das chinesische Bauunternehmen China State Construction Engineering mit den bisher weltgrößten IPO in diesem Jahr (7,3 Mrd. US-Dollar) in Shanghai an die Börse.

Die Risikoaufschläge für chinesische Staatsanleihen im Vergleich zu US-Treasuries lagen Ende September bei 86 Punkten – sie sind damit seit Jahresbeginn um mehr als 60 % zurückgegangen. Sie weisen nach wie vor das geringste Niveau der G20-Schwellenländer auf. Der Yuan wurde von der chinesischen Zentralbank auch im September gegenüber dem US-Dollar weitgehend stabil gehalten. Von Jahresbeginn bis Ende September hat er gegenüber dem US-Dollar marginal um 0,3% aufgewertet. Gegenüber dem Euro erfolgte in diesem Zeitraum eine Abwertung um knapp 3,7%. Die chinesischen Währungsreserven haben erstmals das Volumen von 2 Bio. US-Dollar überschritten. Sie sind im 2. Quartal 2009 um 178 Mrd. US-Dollar auf jetzt 2,13 Bio. US-Dollar gewachsen, ein Anstieg um 17,8% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Im laufenden Jahr gehen nach offiziellen Angaben die Exporte und Importe bisher jeweils mit zweistelligen Raten zurück. Von Januar bis August konnte bei Exporten von knapp 731 Mrd. US-Dollar und Importen von gut 607 Mrd. US-Dollar ein Handelsüberschuss von rund 122,8 Mrd. US-Dollar erzielt werden ein Rückgang um 22,4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Nach wie vor größter Handelspartner Chinas ist die EU mit einem Handelsvolumen (Januar bis August 2009) von 225 Mrd. US-Dollar. Bedingt durch den sinkenden Handelsüberschuss, ist von Januar und Juni dieses Jahres der Überschuss in der chinesischen Leistungsbilanz erstmals seit dem 1. Halbjahr 2004 wieder gesunken. Nach offiziellen Angaben belief sich der Leistungsbilanzüberschuss auf 130 Mrd. US-Dollar – ein Rückgang um 32 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Der IWF rechnet für 2009 mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 7,8 % des BIP und für 2010 mit 8,6 %.

Auch in China hatte sich die Zurückhaltung ausländischer Investoren in den vergangenen Monaten bemerkbar gemacht. Allerdings konnte China bei den ausländischen Direktinvestitionen (FDI) im August erstmals seit zehn Monaten wieder einen Anstieg (um 7%) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnen. Insgesamt konnte China seit Jahresbeginn (bis August) Zuflüsse an FDI in Höhe von 55,9 Mrd. US-Dollar erzielen; dies sind fast 12 Mrd. US-Dollar (oder 17,5 %) weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN



3 Indien

Die Kongresspartei unter Führung von Sonia Gandhi und Ministerpräsident Manmohan Singh konnte die Parlamentswahlen in Indien im Mai 2009 deutlich für sich entscheiden. Mit 262 Sitzen verfehlte die von der Kongresspartei angeführte "Vereinte Fortschrittsallianz" (UPA) die absolute Mehrheit im Parlament lediglich um zehn Sitze. Unter Beteiligung kleinerer Regionalparteien gelang eine schnelle Regierungsbildung.

Indien bekam in diesem Jahr zwar die Auswirkungen der Finanzkrise mehr und mehr zu spüren, konnte sich aber dennoch relativ gut behaupten. Zwar konnten im Fiskaljahr 2008/2009 (April 2008 bis März 2009) nicht mehr die hohen Wachstumsraten von 9 % wie in den vergangenen Jahren erreicht werden. Im letzten Quartal des Fiskaljahres 2008/2009 ist Indiens Wirtschaft mit 5,8% (gegenüber Vorjahreszeitraum) aber stärker als allgemein erwartet gewachsen. Das Wirtschaftswachstum lag im Fiskaljahr 2008/2009 insgesamt bei 6,7%. Allerdings dürfte es sich nach Einschätzung des IWF weiter abschwächen. Indien sei aber aufgrund der bislang hohen Wachstumsraten gut aufgestellt, um den Auswirkungen der

Finanzkrise auf die inländische Wirtschaft zu widerstehen. Für 2009 rechnet der IWF mit einem Anstieg des realen BIP um 5,4 %, für 2010 um 6,4 %.

Anfang Juli wurde der neue Haushalt für das Fiskaljahr 2009/2010 im Parlament vorgestellt. Die Ausgaben sollen um 36 % gegenüber dem Haushaltsplan 2008/2009 erhöht werden. Das Haushaltsdefizit der Zentralregierung dürfte demnach auf 6,8 % ansteigen. Im Haushaltsplan für 2008/2009 war noch ein Defizit von 2,5 % eingeplant, das tatsächliche Defizit lag aber bei 6,2 %. Im Rahmen der mittelfristigen Planung ist eine Rückführung des Defizits der Zentralregierung auf 5,5 % (2010/2011) beziehungsweise 4,0 % (2011/2012) vorgesehen. Bei der Haushaltsvorstellung wurde angekündigt, dass die Regierung für das laufende Haushaltsjahr ein BIP-Wachstum von 9% anstrebe. Die Reaktion der indischen Wirtschaft auf den Haushalt war eher verhalten. Der Aktienindex Bombay BSE brach allein am Tag der Haushaltsvorstellung um 6 % ein. Allerdings konnte der indische Aktienmarkt – nur unterbrochen von kurzen Konsolidierungsphasen – bis Ende September einen beeindruckenden Wertzuwachs erzielen. Der indische Aktienindex Bombay

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

BSE lag Ende September um mehr als 70 % über dem Wert zu Jahresbeginn.

Von Jahresbeginn bis Ende September hat die Rupie gegenüber dem US-Dollar um 1,6 % aufgewertet. Gegenüber dem Euro betrug die Abwertung der Rupie in diesem Zeitraum rund 2,5 %.

Im Fiskaljahr 2008/2009 ist das Handelsdefizit weiter auf 119 Mrd. US-Dollar angestiegen. Dabei beliefen sich die Exporte auf knapp 169 Mrd. US-Dollar, während die Importe knapp 288 Mrd. US-Dollar betrugen. Die indischen Exporte gingen 2008/2009 hauptsächlich in die USA, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), nach China und Singapur, in die Niederlande und nach Großbritannien. Die Importe stammten überwiegend aus China, Saudi-Arabien, den VAE, den USA, dem Iran und Deutschland. Im Zeitraum April bis Juni 2009 erreichten die Exporte gut 35 Mrd. US-Dollar, die Importe lagen bei knapp 51 Mrd. US-Dollar. Damit fiel das Handelsdefizit um 13 Mrd. US-Dollar beziehungsweise fast 46 % niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Der Anstieg des Handelsbilanzdefizits aufgrund starker Exportrückgänge hat das Leistungsbilanzdefizit im Fiskaljahr 2008/2009 auf 29 Mrd. US-Dollar beziehungsweise 2,2% des BIP steigen lassen. Im 1. Quartal 2009/2010 fiel das Defizit in der Leistungsbilanz für indische Verhältnisse mit 5,8 Mrd. US-Dollar relativ moderat aus. Der IWF erwartet für 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 2,2 % des BIP und 2010 von 2,5 %.

Die FDI in Indien sind auch im Fiskaljahr 2008/2009 leicht gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Zuflüsse lagen bei 35 Mrd. US-Dollar (Vorjahr: 34,4 Mrd. US-Dollar). Während von April bis September 2008 noch hohe FDI erfolgten, kam im Oktober der Einbruch. Seit Dezember war wieder – ein zunächst leichter – Anstieg an FDI zu verzeichnen. Betrugen die FDI im Dezember noch 1,3 Mrd. US Dollar, stiegen sie im Januar auf 2,7 Mrd. US-Dollar an. Im 1. Quartal des laufenden Fiskaljahres (April bis Juni 2009) flossen FDI in Höhe von

7 Mrd. US-Dollar nach Indien. Auch dies zeigt die deutlich positive Erwartung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Die Auslandsverschuldung hat bis Ende März 2009 (Ende des Fiskaljahres 2008/2009) ein Volumen von fast 224 Mrd. US-Dollar (oder 22 % des BIP) erreicht – sie lag damit nur leicht über dem Niveau des Vorjahres. Bis Ende Juni dieses Jahres stieg die Auslandsverschuldung auf knapp 228 Mrd. US-Dollar an. Der Anteil der kurzfristigen Verschuldung ging dabei von 19,5 % Ende März 2009 auf 17,8 % Ende Juni zurück und betrug 40,6 Mrd. US-Dollar. Der Anteil des Staates an der Auslandsverschuldung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken und lag im Juni 2009 bei gut 25 %. Die Auslandsverschuldung war 2004 erstmals geringer als der Bestand an Währungsreserven der indischen Zentralbank. Diese Entwicklung konnte bis Juni 2009 - ungeachtet des zwischenzeitlichen Abschmelzens der Währungsreserven und des Anstiegs der Auslandsverschuldung – beibehalten werden. Ende September lagen die Währungsreserven wieder bei knapp 280 Mrd. US-Dollar.

4 Indonesien

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono wurde bei den Präsidentschaftswahlen im Juli für weitere fünf Jahre mit über 60% der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Seine Konkurrenten, die ehemalige Präsidentin Megawati Sukarnoputri und der bisherige Vizepräsident Jusuf Kalla, unterlagen mit 26,8% beziehungsweise 12,4% der Stimmen. Für seine zweite fünfjährige Amtszeit verfolgt Präsident Yudhoyono ehrgeizige Ziele. So strebt er für den Zeitraum 2010-2014 ein durchschnittliches reales BIP-Wachstum von 7% pro Jahr an. Die jährliche Inflation soll unter 6% gehalten werden.

Das indonesische Wirtschaftswachstum betrug im 2. Quartal 2009 insgesamt 4% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Damit ist die indonesische Wirtschaft in diesem

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Quartal so langsam wie seit nahezu sechs
Jahren nicht mehr gewachsen. Noch im
1. Quartal 2009 war das BIP Indonesiens um
4,4% gestiegen. Das reale BIP-Wachstum in
Indonesien im 1. Halbjahr 2009 wurde im
Wesentlichen vom privaten Konsum getragen.
Für das Gesamtjahr hält die Regierung ein
Wirtschaftswachstum von 4,5% für möglich.
Der IWF erwartet 4,0% für 2009 und 4,8% für
2010 – er hat seine Prognose gegenüber April
somit deutlich angehoben, als er noch von 2,5%
beziehungsweise 3,5% Wachstum ausging.

Anfang August legte der indonesische Präsident dem Parlament den Staatshaushalt 2010 mit einem Ausgabenvolumen von insgesamt 1010 Bio. Rupiah (rund 100 Mrd. US-Dollar) vor. Der Haushaltsentwurf sieht vor, dass im Jahr 2010 Infrastrukturprojekte für rund 94 Bio. Rupiah (rund 9,3 Mrd. US-Dollar) durchgeführt werden. Die Verbesserung der indonesischen Infrastruktur, wie Straßenund Brückenbau und der Hafenausbau, ist Voraussetzung für ein weiterhin starkes Wirtschaftswachstum des Landes. Weitere 29 Bio. Rupiah (knapp 2,9 Mrd. US-Dollar) sollen dazu verwendet werden, strategisch bedeutsame Industriezweige zu fördern.

Die Inflation stieg im September im Vergleich zum Vorjahr auf 2,8 %. Die indonesische Notenbank (Bank Indonesia) erwartet mittlerweile, dass die Inflationsrate für das Jahr 2009 unter 4% fallen wird. Sie hat ihre Geldpolitik angesichts des nachlassenden Preisdrucks zuletzt im August gelockert und den Leitzins um 25 Basispunkte auf 6,5 % reduziert. Die Bank Indonesia signalisierte jedoch, dass damit das Ende im Lockerungszyklus erreicht sein könnte. Seit dessen Beginn im Dezember 2008 ist der Leitzins in neun Schritten um insgesamt 300 Basispunkte gefallen. Der IWF erwartet eine Inflationsrate von 5 % in diesem und von 6,2% im nächsten Jahr.

Wie in anderen asiatischen Schwellenländern konnte auch der indonesische Aktienmarkt seit März deutlich an Wert zulegen. Der Jakarta Composite Index ist von Anfang des

Jahres bis Ende September um über 80 % gestiegen. Die Ende 2008 stark unter Druck geratene indonesische Landeswährung Rupiah hat in den vergangenen Monaten wieder Auftrieb bekommen. Von Beginn des Jahres bis Ende September verzeichnete die Rupiah gegenüber dem US-Dollar eine Aufwertung um fast 15 %, gegenüber dem Euro betrug die Aufwertung mehr als 9%. Neben den Devisenswapabkommen mit Japan, China, Korea und den ASEAN-Partnern erhielt die Landeswährung auch positive Impulse durch die Entscheidung des Präsidenten, in seiner zweiten Amtsperiode den bisherigen erfolgreichen Zentralbankpräsidenten Boediono ab Oktober 2009 zum Vizepräsidenten der Republik Indonesien zu ernennen. Die Währungsreserven betrugen Ende September 62 Mrd. US-Dollar, also rund 12 % des BIP.

Das Außenhandelsvolumen Indonesiens war aufgrund der globalen Rezession von Januar bis Juli 2009 stark rückläufig. Nach offiziellen Angaben sanken die Importe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 36 % auf 50 Mrd. US-Dollar. Die Exporte Indonesiens, die zu 66,5 % aus Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie bestanden, gingen um knapp 28 % auf fast 60 Mrd. US-Dollar zurück.

Im 1. Halbjahr 2009 sanken die FDI in Indonesien gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres deutlich um 48 % auf 5,4 Mrd. US-Dollar. Für das Gesamtjahr 2009 rechnet die Regierung mit einer Halbierung des Volumens der FDI gegenüber dem Vorjahr (15 Mrd. US-Dollar). Ausländische Investitionen werden vor allem für Infrastrukturprojekte benötigt.

5 Korea

Südkorea befindet sich derzeit in einer Rezession. Das BIP schrumpfte im 1. Quartal 2009 um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr, im 2. Quartal 2009 aber nur noch um 2,5 %. Zugleich konnte die koreanische Wirtschaft im 2. Quartal das stärkste Quartalswachstum

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

seit fast sechs Jahren verzeichnen. Danach stieg das BIP gegenüber dem Vorquartal um 2,6 %. Der IWF geht für 2009 von einer Schrumpfung des BIP um 1,0 % aus, für 2010 schätzt er ein Wachstum von 3,6 %. Die koreanische Regierung erwartet hingegen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % für 2009 und für 2010 von 4.0 %.

Die Entwicklung der Inflation verläuft in Korea in diesem Jahr moderat. Die Inflation betrug im Juli 1,6 %, noch im März 2009 hatte sie bei 3,9 % gelegen. Im August ist der Verbraucherpreisindex erstmals seit sechs Monaten im Jahresvergleich wieder angestiegen, auf 2,2 %. Der IWF sieht die Inflationsrate in Korea 2009 bei 2,6 % und 2010 bei 2,5 %.

Der koreanische Aktienmarkt konnte seit März deutlich an Wert gewinnen. Der Seoul Composite verbuchte bis zum 30. September einen Zuwachs von fast 49 % gegenüber Anfang des Jahres. Mit über 1600 Punkten hat er in etwa das Niveau von Juni 2008 erreicht. Hier spielten insbesondere die Erwartungen im Hinblick auf eine rasche wirtschaftliche Erholung ebenso eine Rolle wie die verbesserten inländischen Wirtschaftsindikatoren. Der koreanische Won wertet seit März gegenüber dem US-Dollar relativ stark auf. Betrug die Abwertung des Won gegenüber dem US-Dollar Anfang März im Vergleich zu Jahresbeginn rund 20 %, so lag der Won Ende September um knapp 7 % über dem Wert zu Jahresbeginn. Gegenüber dem Euro fällt die Aufwertung mit 2,6 % etwas geringer aus.

Die Rating-Agentur Fitch hat Anfang September die Kreditwürdigkeit Koreas von "negativ" auf "stabil" heraufgesetzt. Die koreanische Kreditwürdigkeit liegt damit bei A+. Als Gründe für diesen Schritt wurden insbesondere die Verbesserung der makroökonomischen Daten und der Anstieg der Währungsreserven auf 254 Mrd. US-Dollar in den vergangenen sechs Monaten genannt.

Von Januar bis Juli 2009 stiegen die FDI gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 32 % auf 6,8 Mrd. US-Dollar –

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in den G20-Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandspro	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistun	gsbilanz		
	Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %	Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %	E		normalen ndsprodukt	ormalen dsprodukts	
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6	
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5	
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5	
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2	
Russland	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5	
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9	
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9	
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3	
Saudi-Arabien	3,3	4,4	-0,9	4,0	4,1	9,9	4,5	4,0	24,3	28,6	4,1	11,4	
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5	
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7	

¹ Prognosen des IWF.

 ${\it Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2009.}$

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

das höchste Niveau seit 2000. Die starke Zunahme der FDI dürfte auf die gestiegene Erwartung im Hinblick auf eine wirtschaftliche Erholung zurückzuführen sein. Ausländische Investoren haben wieder größeres Zutrauen in das wirtschaftliche Potential Koreas. Insbesondere im 2. Quartal sind die FDI im Vorjahresvergleich um 62% rasant gestiegen. Noch im 1. Quartal war ein massiver Einbruch um gut 38 % zu verzeichnen. Während die FDI aus den USA und Europa um fast 13 % beziehungsweise 16 % sanken, stiegen die Investitionen aus Japan um 82,6 % auf 1,18 Mrd. US-Dollar. Diese Bewegung bei den FDI ist besonders erwähnenswert, da die weltwirtschaftliche Rezession ansonsten zu einem starken Rückgang der FDI in Industrieund Schwellenländern geführt hat.

Im Zeitraum von Januar bis Juli 2009 konnte Korea einen Leistungsbilanzüberschuss von gut 26 Mrd. US-Dollar erzielen. Allein im Juli erreichte der Überschuss in der Leistungsbilanz 4,4 Mrd. US-Dollar. Nach dem schlechten Ergebnis von 2008 mit einem Defizit von 0,7% des BIP hat sich hier also eine deutliche Verbesserung eingestellt. Der IWF geht davon aus, dass Korea in diesem Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss von 3,4% des BIP erzielen wird, für 2010 werden 2,2% erwartet. Allerdings fielen im August die Exporte um mehr als 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 29 Mrd. US-Dollar. Auch die Importe sanken im August um 32% im Jahresvergleich auf 27,4 Mrd. US-Dollar. Der Handelsüberschuss lag im August bei knapp 1,7 Mrd. US-Dollar. Somit kann Korea seit Februar 2009 monatlich wieder Handelsüberschüsse ausweisen, was sich auch in der Leistungsbilanz deutlich niederschlägt.

6 Russland

Russland befindet sich in einer schweren Rezession, ausgelöst durch die Finanzkrise und den im Verhältnis zu 2008 stark gesunkenen Rohstoff-, insbesondere Ölpreisen. Nach zehn Jahren kräftigen Wachstums (1998 bis 2007 durchschnittlich 6,9 %, auch 2008

noch 5,6%) ging das BIP im 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,2% zurück. Noch stärker eingebrochen ist die Industrieproduktion, allen voran der Automobilbau und die Bauwirtschaft. Die steigende Arbeitslosigkeit, verschärft durch die monolithische Industriestruktur einiger Regionen, führt zu sozialen Spannungen. Allerdings scheint die Talsohle durchschritten zu sein: In den Monaten Juni, Juli und August wurden positive BIP-Wachstumszahlen zwischen 0,4% und 1,5% gemeldet. Der IWF erwartet für das Gesamtjahr 2009 noch einen BIP-Rückgang von 7,5 %, dem 2010 ein mäßiges Wachstum von 1,5 % folgen soll. Dabei dürften die Entwicklung der globalen Konjunktur und der Rohstoffpreise eine maßgebliche Rolle spielen.

Die Inflation verharrt trotz der Krise im zweistelligen Bereich, wenn auch in jüngerer Zeit ein leichtes Absinken auf zuletzt etwa 11% zu verzeichnen war. Aufgrund dieser leichten Entspannung und zur Förderung der Kreditvergabe senkte die Zentralbank in den zurückliegenden Monaten schrittweise die Refinanzierungsrate auf zuletzt 10%. Der IWF erwartet für dieses Jahr mit 12,3% noch eine Inflation im zweistelligen Bereich, bevor 2010 mit 9,9% der einstellige Bereich erreicht wird.

Von dem massiven Einsatz von Haushalts- und Reservemitteln zur Erhöhung der Liquidität und zur Stützung der Wirtschaft ist Russland inzwischen abgerückt, da die Regierung auch für die nächsten drei Jahre von einem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld und niedrigeren Ölpreisen ausgeht. Sie setzte in dieser Lage Akzente für finanzpolitische Solidität. Sowohl der überarbeitete Haushalt 2009 als auch die Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre gehen von der konservativen Annahme eines Ölpreises von 41 US-Dollar/Barrel für 2009 aus, der in den Folgejahren nur langsam steigt. In dieser Projektion würden die Haushaltseinnahmen drastisch zurückgehen, was sich mit der Erfahrung des 1. Halbjahres 2009 deckt, in dem die Einnahmen um 33 % unter denen des Vorjahreszeitraums lagen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Ungeachtet der Ausgabenstreichungen in den Bereichen Verwaltung, innere Sicherheit, Militär und Infrastruktur wird es daher – auch wegen der steigenden Sozialausgaben und Transfers an besonders getroffene Regionen - 2009 zu einem Haushaltsdefizit von 7% bis 10 % kommen. Maßnahmen zur Konjunkturstützung sind in der von der russischen Regierung als "Modernisierungshaushalt" dargestellten Planung nicht flächendeckend, sondern nur für ausgewählte "strategische" Unternehmen und Sektoren vorgesehen. Erklärte Absicht der Regierung ist es, die Krise auch als Impuls zur Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zu nutzen.

Der Erholungstrend der russischen Finanzmärkte nach schwerwiegenden krisenbedingten Verlusten hatte schon im Februar 2009 begonnen und setzte sich ungeachtet eines zeitweiligen Rückschlags im Juni bis Ende September stetig fort. Die Abhängigkeit von der Ölpreisentwicklung veranschaulicht dabei insbesondere der Verlauf des führenden Aktienindex RTS, der zur Hälfte aus Unternehmen der Öl- und Gasindustrie besteht, die zudem vier der fünf größten russischen Konzerne stellen. Weitgehend parallel zur Entwicklung des Ölpreises verzeichnete der Index zwischen Mai 2008 und Februar 2009 einen Wertverlust von 79 %. In der anschließenden Phase der von 41 US-Dollar/Barrel auf etwa 65 US-Dollar/ Barrel wieder anziehenden Ölpreise stiegen die Aktien um 146 % und haben bereits wieder den Stand vom September 2008 erreicht.

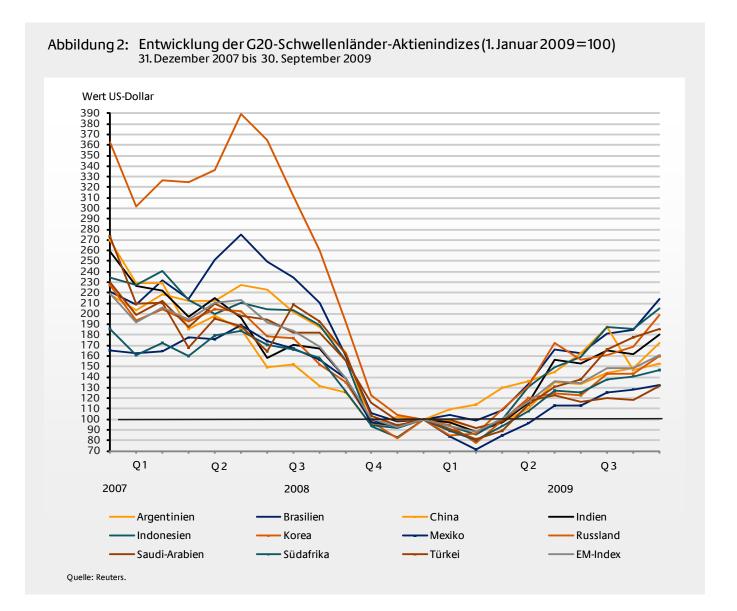
Russland verfügt derzeit mit 410 Mrd. US-Dollar nach wie vor über die dritthöchsten Devisenreserven weltweit. In den dadurch erweiterten Handlungsmöglichkeiten des Staates besteht ein entscheidender Unterschied sowohl zur Russlandkrise 1998 als auch zur Situation der benachbarten GUS-Staaten Ukraine und Weißrussland. Etwa die Hälfte der Reserven befindet sich in den Reserve- und Wohlstandsfonds, deren Zweckbestimmung erweitert wurde, um zum Ausgleich der krisenbedingt rückläufigen Staatseinnahmen beitragen zu können. Die Regierung setzt zur Finanzierung des Haushaltsdefizits vorrangig auf diese Reserven und kalkulierte deswegen deren Abschmelzen auf etwa 335 Mrd. US-Dollar bis Ende 2009 ein. Zur Erhaltung von Handlungsspielräumen ist beabsichtigt, ergänzend auf Kredite der internationalen Finanzinstitutionen und neue Auslandsanleihen zurückzugreifen.

Durch die Kapitalabflüsse in der Finanzkrise und die sinkenden Rohstoffpreise musste die Zentralbank trotz Unterstützung des Rubels an den Devisenmärkten zwischen November 2008 und Januar 2009 insgesamt vierzehnmal den Interventionskorridor gegenüber US-Dollar und Euro erhöhen. Der Rubel fiel gegenüber dem US-Dollar um bis zu 46 %. Die Währungsreserven verringerten sich von ursprünglich rund 600 Mrd. US-Dollar auf etwa 380 Mrd. US-Dollar im Februar 2009. Für die dann einsetzende Wende war neben der Ankündigung der Regierung, keinen weiteren Rubelverfall zuzulassen, und der zeitweiligen Anhebung der Zinssätze durch die Zentralbank wiederum in erster Linie der anziehende Ölpreis verantwortlich. Der Rubel stabilisierte sich zunächst und konnte sich sodann bis Ende September um 21% auf etwa 30 Rubel/US-Dollar verbessern. Er hat damit aber immer noch innerhalb eines Jahres 16 % beziehungsweise 17% gegenüber dem US-Dollar und dem Euro verloren.

Ungeachtet der im Verhältnis zum Vorjahr drastisch niedrigeren Öl- und Rohstoffpreise hat Russland nach wie vor eine positive Leistungsbilanz. Der Überschuss wird von 6,1% im Jahr 2008 laut IWF-Prognose in diesem Jahr auf 3,6% zurückgehen und schon 2010 wieder auf 4,5% steigen.

Ungeachtet der leichten Erholungstendenzen der jüngsten Zeit wird die Wirtschaftskrise voraussichtlich zu einem deutlichen Anstieg der Kreditausfälle der russischen Banken führen. Auch die großen Industriekonglomerate sind in Umschuldungsverhandlungen mit ihren

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN



Gläubigerbanken eingetreten. Demnächst werden zahlreiche in Fremdwährungen aufgenommene Unternehmenskredite fällig. Die Schätzungen des Anteils der Problemkredite gehen zwar weit auseinander, doch ist das Problem als solches unbestritten. Die russische Regierung hält Mittel zur Rekapitalisierung von privaten Banken bereit.

7 Argentinien

Am 28. Juni 2009 fand in Argentinien Wahlen statt, bei denen die Hälfte der Abgeordneten des Parlaments und ein Drittel des Senats neu gewählt wurden. Dabei verlor die Regierungsfraktion der peronistischen Partei PJ (Partido Justicialista) ihre Mehrheit. In der Folge trat Ex-Präsident Néstor Kirchner vom Vorsitz der PJ zurück. Zu seinem Nachfolger wurde der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, ernannt. Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner reagierte auf die Niederlage mit einer Kabinettsumbildung; u. a. ernannte sie Amado Boudou, der bis zu diesem Zeitpunkt die Nationale Behörde für Soziale Sicherheit (Anses) geleitet hatte, zum neuen Wirtschafts- und Finanzminister.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Die Finanzierung des argentinischen Staatshaushaltes wurde im Jahresverlauf 2009 zunehmend schwieriger. Dies zeigt sich u. a. in der Entwicklung des Primärüberschusses (Budgetsaldo ohne Zinszahlungen), der von Januar bis Juli dieses Jahres kumuliert rund 2 Mrd. US-Dollar und damit rund 67 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum betrug. Wesentliche Ursache dieser Entwicklung ist, dass die Staatsausgaben bislang schneller als die Steuereinnahmen stiegen. Für die argentinische Regierung wird es damit sehr schwer, dieses Jahr das selbstgesteckte Ziel eines Primärüberschusses in Höhe von knapp 3,3 % des BIP zu erreichen.

Die offizielle Jahresinflationsrate ist im August 2009 auf 5,9 % nach 5,5 % im Juli gestiegen. Inoffizielle Schätzungen lokaler Analysten gehen jedoch für August von einer deutlich stärkeren Zunahme der Konsumentenpreise auf Jahresbasis von rund 14 % aus. Sie werfen der argentinischen Statistikbehörde Indec schon seit längerer Zeit vor, die Inflationsrate durch die Herausnahme wichtiger Segmente nicht korrekt zu berechnen. Die Prognose des IWF für die Inflationsrate beläuft sich für das Gesamtjahr 2009 auf 5,6 % und für 2010 auf 5 %.

Die argentinische Aktienbörse profitierte eindrucksvoll von der positiven Stimmungslage der weltweiten Finanzmärkte in den vergangenen Monaten. Von Anfang Januar bis Ende September dieses Jahres verbuchte der MERVAL-Aktienindex einen Zuwachs von über 90 %. Ebenso sank der Risikoaufschlag auf argentinische Staatsanleihen seit Jahresbeginn um 940 Basispunkte auf rund 800 Basispunkte bis zum Ende des Monats September. Damit weist Argentinien von allen G20-Ländern jedoch immer noch den mit Abstand höchsten Risikoaufschlag auf. Darin zeigt sich weiterhin, dass das Land die Problematik im Zusammenhang mit Inhabern argentinischer Altanleihen (Holdouts) noch nicht gelöst und keinen geregelten Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hat. Auch der argentinische Peso hat in diesem Jahr bis Ende September rund 10 % seines Wertes gegenüber dem US-Dollar und rund 14% gegenüber dem Euro eingebüßt.

Argentinien zählt neben Mexiko zu den lateinamerikanischen Ländern mit der schlechtesten Wirtschaftsentwicklung 2009. Der IWF geht für dieses Jahr von einem Rückgang des realen Wirtschaftswachstums in Argentinien um 2,5 % aus. Betrachtet man das Gesamtjahr, ist dies die erste Kontraktion der Wirtschaftsleistung seit den Jahren 1999 bis 2002, als die Wirtschaft infolge der argentinischen Wirtschaftsund Währungskrise ebenfalls deutlich schrumpfte. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahr 2009 ist vor allem auf einen starken Rückgang der Exporte und der Binnennachfrage zurückzuführen. 2010 dürfte die wirtschaftliche Expansion aus Sicht des IWF dagegen wieder leicht um 1,5 % zunehmen.

Von Januar bis Juli 2009 verringerten sich die Exporte Argentiniens gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 21% auf rund 32 Mrd. US-Dollar. Da die Importe noch stärker abnahmen, und zwar um 39% auf 21 Mrd. US-Dollar, stieg der Handelsbilanzüberschuss im Betrachtungszeitraum auf 11,2 Mrd. US-Dollar (Vorjahreszeitraum: +6,3 Mrd. US-Dollar). Schätzungen von Bankanalysten gehen für das Gesamtjahr 2009 von einem Exportrückgang um 23% und einer Abnahme der Importe um 29% aus. Der Handelsbilanzüberschuss dürfte dann im Jahr 2009 rund 12 Mrd. US-Dollar beziehungsweise 5,5% des BIP betragen.

8 Brasilien

Im bisherigen Jahresverlauf kam Brasiliens Wirtschaft vergleichsweise glimpflich durch die Finanzkrise. Die amtliche Statistik weist für das reale Wirtschaftswachstum im 2. Quartal 2009 eine Zunahme von 1,9 % gegenüber dem Vorquartal aus und belegt damit das Ende der Rezession. Schon im 1. Vierteljahr stellte die brasilianische Wirtschaft mit einem überraschend geringen Rückgang von 1% gegenüber dem Vorquartal ihre

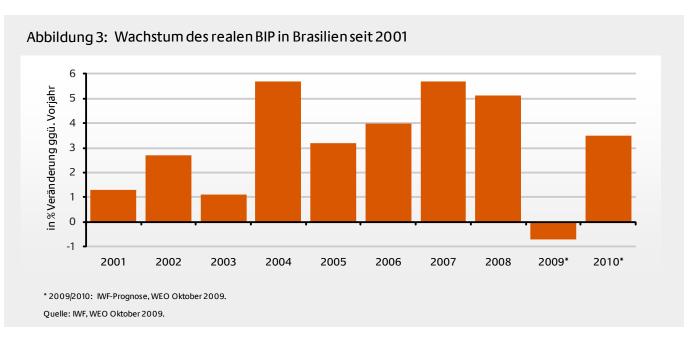
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Widerstandsfähigkeit unter Beweis. Die Konjunkturerholung ist zu einem wesentlichen Teil auf die zunehmende Inlandsnachfrage zurückzuführen: Die Konsumausgaben stiegen im 2. Vierteljahr um 2,1% gegenüber dem Vorquartal an. Die Erwartungen des IWF für das reale BIP-Wachstum Brasiliens belaufen sich für 2009 auf -0,7% und für 2010 bereits wieder auf 3,5%. Andere Schätzungen halten für das Gesamtjahr 2009 sogar ein geringes Wachstum für möglich.

Auch die brasilianische Regierung versuchte, durch vielfältige fiskalpolitische Maßnahmen die wirtschaftliche Kontraktion abzumildern. Zu den Stützungsmaßnahmen zählen Steuererleichterungen, Investitionsanreize, zinssubventionierte Förderbankkredite, Anhebung von Sozialleistungen und Mindestlöhnen sowie von Gehältern und Renten im Staatsdienst. Hinzu kommt die Aufstockung bereits laufender wirtschaftspolitischer Maßnahmen wie das mehrjährige Infrastrukturprogramm PAC (Programa de Aceleração do Crescimento, Programm zur Beschleunigung des Wachstums) auf insgesamt rund 350 Mrd. US-Dollar.

Die brasilianische Notenbank hat die Leitzinsen von Januar bis September dieses Jahres um insgesamt fünf Prozentpunkte auf ein historisch niedriges Niveau von 8,75 % gesenkt und damit zur Belebung der Konjunktur beigetragen. Die sich verringernden Teuerungsraten und Inflationserwartungen erleichterten dabei die geldpolitische Lockerung. Auf Jahresbasis ging die Inflationsrate von 6,3 % im 3. Quartal 2008 auf 4,8 % im 2. Quartal dieses Jahres zurück. Wegen des Konjunktureinbruchs infolge der Finanzkrise erwartet der IWF in diesem Jahr einen Rückgang der Inflation auf durchschnittlich 4,8 % nach 5,7 % im Jahr 2008.

Obwohl auch Brasilien aufgrund der Finanzkrise deutliche Wachstumseinbußen hinnehmen musste, hat sich sein Finanzmarkt sehr positiv entwickelt. Der Bovespa-Index der brasilianischen Börse stieg im bisherigen Jahresverlauf bis Ende September um rund 65 %, der Risikoaufschlag auf brasilianische Staatsanleihen ging im gleichen Zeitraum um 190 Basispunkte auf 240 Basispunkte zurück. Zu dieser positiven Entwicklung hat auch die Stabilität des brasilianischen Bankensektors beigetragen, der von der Finanzkrise kaum in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dies kommt auch in den von der brasilianischen



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Zentralbank veröffentlichten Stresstests zum Ausdruck, die dem brasilianischen Bankensystem eine hohe Widerstandsfähigkeit attestieren.

Der IWF geht davon aus, dass sich der Leistungsbilanzsaldo 2009 mit -1,3 % des BIP gegenüber dem Vorjahr (-1,8 % des BIP) zwar etwas verbessern, aber weiterhin im negativen Bereich bleiben wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass mittlerweile wieder hohe Auslandsinvestitionen das Leistungsbilanzdefizit kompensieren: Für den Zeitraum von Januar bis Juli 2009 stehen einem Fehlbetrag in der Leistungsbilanz von 8,7 Mrd. US-Dollar Kapitalzuflüsse von rund 40 Mrd. US-Dollar gegenüber. So nutzen zum Beispiel brasilianische Unternehmen die günstige Finanzmarktsituation für neue Emissionen, die bei ausländischen Investoren auf hohe Nachfrage treffen. Die Kapitalzuflüsse tragen in Verbindung mit wieder steigenden Rohstoffpreisen sowie der positiven Einschätzung der makroökonomischen Entwicklung des Landes durch viele Marktteilnehmer dazu bei, dass die brasilianische Währung kräftig aufwertet. Von Jahresbeginn bis Ende September hat der Real gegenüber dem US-Dollar um rund 33 % sowie gegenüber dem Euro um rund 28 % zugelegt.

9 Mexiko

Am 5. Juli 2009 haben in Mexiko Zwischenwahlen zum Parlament stattgefunden. Sie werden jeweils in der Mitte der auf sechs Jahre terminierten Legislaturperiode angesetzt. Die regierende Partei der nationalen Aktion (PAN) des mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón verlor kräftig und kam nur noch auf knapp 28% der abgegebenen Stimmen. Die oppositionelle Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die bis zu Ihrer Wahlniederlage im Jahr 2000 Mexiko rund 70 Jahre lang ununterbrochen regiert hatte, erreichte 37% der Stimmen und stellt damit die stärkste Fraktion in der Abgeordnetenkammer. Der Stimmenanteil der linksorientierten

Partei der Demokratischen Revolution (PRD) brach von 29 % auf 12 % ein. Externe Beobachter befürchten, dass es aufgrund der Stimmenverluste für die Regierung schwieriger wird, erforderliche Reformen, wie zum Beispiel die Verringerung der Abhängigkeit der öffentlichen Einnahmen vom Ölsektor, durchzusetzen.

Mexikos Wirtschaft wurde durch die Finanzkrise sehr hart getroffen und steckt in einer tiefen Rezession. Das reale Wirtschaftswachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug 2009 im 2. Quartal -10,3 % nach -8,0 % im 1. Quartal. Die Prognose des IWF sieht das reale BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2009 bei -7,3%. Der IWF geht jedoch davon aus, dass sich die Kontraktion der Wirtschaft allmählich verringert und das Wachstum im nächsten Jahr mit +3,3 % wieder in den positiven Bereich dreht. In den derzeit schlechten Wirtschaftsdaten Mexikos spiegelt sich unter anderem die starke Abhängigkeit der Konjunktur vom US-amerikanischen Markt wieder. Rund 80 % aller mexikanischen Exporte gehen in die USA. Zu der schweren Rezession tragen auch der Rückgang der mexikanischen Binnennachfrage sowie die Auswirkungen der sogenannten Schweinegrippe bei.

Das Virus infizierte im April 2009 zunächst in Mexiko zahlreiche Menschen und forderte eine Reihe von Todesopfern. Insbesondere der Tourismussektor, die drittwichtigste Devisenquelle Mexikos, hat unter dem Ausbruch der Infektion stark gelitten.
Darüber hinaus verstärkten die Reduzierung wirtschaftlicher Aktivitäten aus Gründen des Gesundheitsschutzes, wie zum Beispiel die Absage öffentlicher Veranstaltungen und der daraus resultierende Nachfragerückgang, den konjunkturellen Abschwung zusätzlich. Schätzungen zufolge könnte der Ausbruch der Schweinegrippe das mexikanische BIP 2009 insgesamt um 2,2 Prozentpunkte verringern.

Im Gegensatz zu früheren Rezessionen befindet sich die Inflation in Mexiko unter Kontrolle. Dies ist vor allem der Stabilisierung

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

der mexikanischen Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu verdanken. Im August 2009 ist die auf das Jahr bezogene Inflationsrate auf 5,1% nach 5,4% im Juli zurückgegangen. Für das laufende Jahr rechnet der IWF mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 5,4% und für 2010 mit 3,5%. Wegen des nachlassenden Inflationsdrucks und zur Stabilisierung der Kreditmärkte hat die mexikanische Notenbank im Jahresverlauf ihre Geldpolitik deutlich gelockert. Mittels schnell aufeinanderfolgender Leitzinssenkungen hat sie den Leitzins von 8,25% Anfang dieses Jahres bis auf 4,5% bis September gesenkt.

Angesichts des sehr starken Wachstumseinbruchs verwundert es nicht, dass sich der mexikanische Aktienmarkt schlechter als in den meisten anderen G20-Schwellenländern entwickelt hat. Gleichwohl konnte der mexikanische IPC – aufgrund der im Jahrsverlauf gewachsenen Zuversicht an den weltweiten Finanzmärkten – zwischen Januar und Ende September dieses Jahres immerhin ein Plus von rund 31% verzeichnen (zum Vergleich Emerging-Markets-Index: +64%). Auch der Außenwert des mexikanischen Peso hat sich im gleichen Zeitraum mit +1% gegenüber dem US-Dollar beziehungsweise -3% gegenüber dem Euro nur wenig verändert. Die Währungen anderer Schwellenländer werteten in der gleichen Zeitspanne dagegen deutlich auf. Der Risikoaufschlag mexikanischer Staatsanleihen ging seit Anfang 2009 um 190 Basispunkte auf 250 Basispunkte bis Ende des Monats September zurück. Mexiko zählt damit weiterhin zu den Schwellenländern mit vergleichsweise niedrigen Spreads.

Im 1. Halbjahr 2009 kam es in Mexiko zum stärksten Rückgang der Exporte seit 1980. Insgesamt brachen die Ausfuhren um rund 30% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein. Dazu trugen vor allem Rückgänge bei den Erdöleinnahmen von rund 55% und beim verarbeitenden Gewerbe von rund 25% bei. Da sich zugleich auch die Importe stark verringerten, ging

das Handelsbilanzdefizit im 1. Halbjahr 2009 um rund 50 % auf 1,2 Mrd. US-Dollar zurück. Der Prognose des IWF zufolge dürfte sich der mexikanische Leistungsbilanzsaldo mit voraussichtlich -1,2 % des BIP 2009 im Vergleich zum Vorjahr, als das Leistungsbilanzdefizit bei 1,4 % des BIP lag, nur leicht verbessern.

10 Saudi-Arabien

Das Königreich Saudi-Arabien kann ungeachtet der weltweiten Finanzund Wirtschaftkrise mit relativ guten makroökonomischen Daten aufwarten. Der Finanzsektor, der relativ gering mit den Weltfinanzmärkten verknüpft ist, wird weitgehend staatlich gelenkt und ist daher von den Turbulenzen kaum betroffen. Die Auswirkungen der Krise beschränken sich auf einen erwarteten Rückgang des BIP um 0,9 % im Jahre 2009 (nach +4,4 % im Jahr 2008), hervorgerufen vor allem durch gesunkene Erlöse aus dem Erdölexport, die alleine das BIP um 10.3 % senken. Der Leistungsbilanzüberschuss wird nach Erwartung des IWF von 28,6 % im Jahr 2008 auf 4,1% des BIP in diesem Jahr sinken. 2010 wird bei einem Anziehen der Weltkonjunktur und damit verbundener höherer Ölnachfrage wieder ein Überschuss der Leistungsbilanz von 11,4 % des BIP erwartet. Der Nicht-Öl-Sektor wird in diesem Jahr voraussichtlich um 3,3% wachsen, was vor allem den konjunkturellen Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung geschuldet ist. Für das Jahr 2010 rechnet der IWF mit einem positiven Wachstum des BIP von 4,0%.

Saudi-Arabien gelingt es offensichtlich durch die konsequente Umsetzung seines Konjunkturprogramms im Umfang von 100 Mrd. US-Dollar für 2009, die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gut abzufedern. Das Bankensystem blieb dank der in der Vergangenheit kontinuierlich strengen Aufsicht durch die Zentralbank über den gesamten Verlauf der Krise stabil. Der Anteil der toxischen Wertpapiere beziehungsweise fauler Kredite wird

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

auf nur 1,5 % geschätzt. Angesichts der Finanzkrise erleidet allerdings der zuletzt boomende Bereich der nach islamischem Recht konzipierten Anlageprodukte ("Islamic Banking") einen Einbruch. Darüber hinaus hat Saudi-Arabien beträchtliche Verluste seiner Staatsfonds zu verzeichnen, Gleiches gilt für private saudi-arabische Investoren in Bezug auf Anlagen in weltweite Unternehmensbeteiligungen; über genaue Zahlen wird jedoch traditionell nichts verlautet.

Die Vergabe von Krediten durch die Geschäftsbanken war zwar bis zur Jahreshälfte 2009 deutlich rückläufig, es ist jedoch derzeit eine Bodenbildung zu erkennen. Einer befürchteten schwerwiegenden Kreditklemme ist die Zentralbank durch eine starke Absenkung des Einlagenzinssatzes für heimische Geschäftsbanken auf 0,25 % zuvorgekommen. Seit dem 4. Quartal 2008 hat die Zentralbank zusätzlich 8,5 Mrd. US-Dollar bei Geschäftsbanken angelegt, um diesen mehr Liquiditätsspielraum zur Vergabe von Krediten zu verschaffen.

Die Inflation fiel im August dieses Jahres auf 4,1%. Der IWF erwartet für das Gesamtjahr 2009 eine Preissteigerungsrate von 4,5% und für 2010 von 4,0%. Im Jahr 2008 hatte die Inflation noch bei 9,9% gelegen. Die Zentralbank senkte angesichts dieser Entwicklung den Mindestreservesatz ab, von zunächst 13% auf 10% und im 1. Quartal 2009 noch einmal von 10% auf 7%.

Der Ausblick für Saudi-Arabien ist grundsätzlich positiv. Die Rating-Agentur Standard & Poor's bescheinigt dem Land (bei einem Rating von AA-) eine sehr starke externe und finanzielle Position, die der Regierung Spielräume schafft für entsprechende Gegenmaßnahmen bei etwaigen konjunkturellen Herausforderungen. Die Erholung der Weltwirtschaft wird voraussichtlich mit steigenden Ölpreisen einhergehen, was es Saudi-Arabien ermöglichen wird, durch entsprechende Investitionen die

Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur voranzutreiben. Der Ölpreis von derzeit rund 70 US-Dollar wird von der Regierung auch als ausreichend angesehen, um notwendige Investitionen im Ölsektor zu tätigen, weitere Haushaltsüberschüsse zu erzielen und die seit Ende 2008 verbrauchten Rücklagen in Höhe von 50 Mrd. US-Dollar (von Gesamtrücklagen in Höhe von 442 Mrd. US-Dollar) wieder aufzufüllen.

Anfang Dezember stimmte das Kabinett der Einrichtung einer Währungsunion der Staaten des Golfkooperationsrates zu, die diese Ende vergangenen Jahres in Oman beschlossen hatten. Mitglieder im Gulf Cooperation Council (GCC) neben Saudi-Arabien sind Kuwait, Katar, Bahrain, die VAE und Oman; Jemen ist assoziiertes Mitglied. Sitz der gemeinsamen Zentralbank soll Riad werden. Das tatsächliche Inkrafttreten der Währungsunion setzt aber noch die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten voraus. Die VAE hatten im Mai, wie zuvor bereits Oman, Abstand von einer eigenen Mitgliedschaft signalisiert. Ein tatsächliches Zustandekommen erscheint daher weiter fraglich.

11 Südafrika

Die neue Regierung um Jacob Zuma, der im April dieses Jahres zum Präsidenten Südafrikas gewählt worden war, hat mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen. Die Herausforderungen, denen sie gegenübersteht, sind beträchtlich. Auch wenn Südafrika aufgrund eines stark regulierten Bankensektors kaum direkt von der Finanzkrise getroffen wurde, sind die konjunkturellen Auswirkungen der weltweiten Rezession deutlich zu spüren. Verschärfend kommt die seit einiger Zeit zu beobachtende Aufwertung der Landeswährung Rand hinzu.

Das BIP sank zwar im 2. Quartal dieses Jahres um 3 %. Das Tempo der Talfahrt hat sich allerdings verlangsamt. Im 1. Quartal war es noch um 6,4 % bergab gegangen (nach 3,1 % Wachstum im Jahr 2008). Für das Gesamtjahr

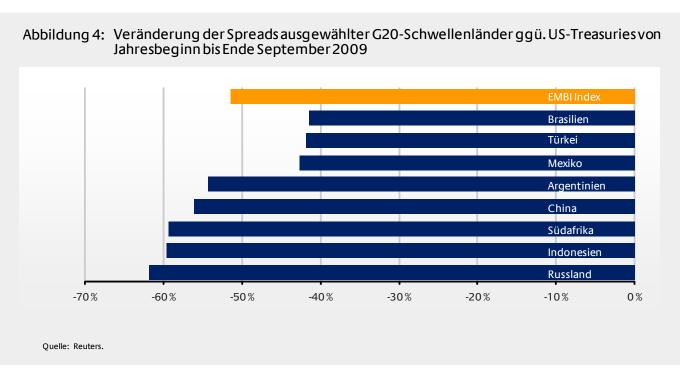
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

2009 erwartet der IWF einen Rückgang des BIP um 2,2 %. Für 2010 geht er aber wieder von einer positiven Wachstumsrate von 1,7 % aus. Angesichts der konjunkturellen Belastungen hat die Regierung kürzlich ihre Erwartung für das Defizit des Haushalts 2009/2010 auf 6 % nach unten revidiert.

Die Inflationsrate ist nach Angaben der Zentralbank im August auf 6,4% gesunken, verglichen mit den noch im August 2008 gemessenen 11,5 % ein deutlicher Rückgang. Insgesamt bewegt sie sich aber noch immer auf einem relativ hohen Niveau. Die südafrikanische Notenbank wird die weitere Entwicklung daher aufmerksam beobachten müssen, will sie ihren Zielkorridor von 3% bis 6% für das Gesamtjahr erreichen. Die Aussichten sind angesichts einer signifikanten Lücke bei der Kapazitätsauslastung der Industrie, sinkender Nahrungsmittelpreise und der Stärke des Rand positiv. Über den zukünftigen Kurs der Zentralbank, die den Leitzins seit Mitte August auf 7% hält, wird derzeit spekuliert, da der bisherige Gouverneur Tito Mboweni im November aus dem Amt ausscheiden wird. Seine Nachfolgerin Gill Marcus, die aus Sicht der Finanzmärkte eine

gute Wahl darstellt, wird sich möglicherweise Forderungen der Regierung nach einer laxeren Geldpolitik ausgesetzt sehen. Der IWF erwartet für dieses Jahr eine Preissteigerung von 7,2 % und für 2010 von 6,2 %.

Auch die künftige Wechselkurspolitik bietet Anlass zur Spekulation. Denn schon seit einigen Wochen bereitet Südafrika der hohe Kurs seiner Landeswährung Sorge. Zwischen Beginn dieses Jahres und Ende September ist dieser gegenüber dem US-Dollar um knapp 28% auf 7,4 Rand gestiegen. Gegenüber dem Euro reichte es zu einer Verbesserung um knapp 23 % auf knapp 11 Rand. Dies entspricht nahezu dem Kurs vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Zwar spiegelt diese Entwicklung auch ein gestiegenes Vertrauen internationaler Anleger wider, was sich auch in deutlich gesunkenen Spreads südafrikanischer Staatsanleihen gegenüber US-Bonds ablesen lässt (Rückgang seit Jahresbeginn um 329 Basispunkte auf 197 Basispunkte). Auch am Aktienmarkt geht es wieder bergauf: knapp 18 % Zuwachs verzeichnet der Johannesburg All-Share seit Jahresbeginn. Aber hinter der Aufwertung des Rand stehen nach Ansicht von Marktbeobachtern vor allem so genannte



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

"Carry Trades", bei denen Anleger sich in US-Dollar zu niedrigen Zinsen verschulden und den entsprechenden Betrag in Rand zu derzeit deutlich höheren Zinsen investieren. Dieses zwar grundsätzlich unproblematische Phänomen bedeutet für Südafrika eine Verteuerung seiner Exporte, die insbesondere die heimische Autoindustrie schwächt. Daneben werden höhere Gewinne aufgrund der zuletzt gestiegenen Preise für Rohstoffe Platin und Gold abgeschmolzen.

Ungeachtet dieser Entwicklungen hat sich das Defizit in der Leistungsbilanz zuletzt verbessert (vor allem aufgrund geringerer Zinszahlungen und privater Nachfrage), und zwar von -7% im 1. Quartal auf -3,2% im 2. Quartal (nach -7,4% im Gesamtjahr 2008). Für 2009 erwartet der IWF ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 5,0% des BIP (2010: 6,5%). Die Finanzierung stellt aufgrund der stetigen Zuflüsse an Portfoliokapital und Direktinvestitionen kein Problem dar. Gleichwohl ist das Rating von Standard & Poor's (BBB+) weiter mit einem negativen Ausblick versehen.

Der Gesamtausblick für Südafrika für 2010 ist auch aufgrund der Fußballweltmeisterschaft tendenziell positiv. Im 3. Quartal dieses Jahres dürfte die Rezession überwunden sein. Antrieb für die Konjunktur dürfte zunächst vor allem vom verarbeitenden Gewerbe und aus dem Bergbausektor kommen, bevor dann die stimulierenden Effekte insbesondere durch die ausländischen Besucher der Weltmeisterschaft (300 000 bis 400 000 Menschen werden erwartet) die Oberhand gewinnen. Bereits seit 2007 wirken sich die öffentlichen Investitionen in Stadien und Verkehrsinfrastruktur positiv aus. Negative Preiseffekte (zusätzliche 0,2 Prozentpunkte) dürften sich dabei im Rahmen halten, gleichwohl bleibt die Inflation ein Sorgenkind in Südafrika. Haupttreiber für die Preise dürften hohe Lohnabschlüsse sowie steigende Energiepreise sein.

12 Türkei

Bereits im Mai hatte der türkische
Ministerpräsident Tayyip Erdogan sein
Kabinett umgebildet. Stellvertretender
Ministerpräsident und Staatsminister für
Wirtschaft, Finanzen und Zentralbank wurde
Ali Babacan, der seit dem 30. August 2007
Außenminister der Türkei war. Den Posten des
Wirtschaftsministers hatte Babacan bereits
von 2002 bis 2007 erfolgreich ausgefüllt.
Babacan wird in dem neuen Kabinett
Erdogan die Funktion eines wirtschaftlichen
Koordinators übernehmen. In dieser Funktion
soll sich Babacan auch um die Kapitalmärkte
und die (Staats-)Banken kümmern.

Ungeachtet eines robusten Bankensektors wurde die Türkei stärker als erwartet und aufgrund ihrer seit 2001 zu beobachtenden Öffnung und zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft härter als andere Schwellenländer von der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen. Bereits 2008 war der Zuwachs des BIP der Türkei geringer ausgefallen als erwartet (1,1%). Im 1. Quartal dieses Jahres reduzierte sich das BIP dann um 14,3 % (im Vorjahresvergleich). Nach Angaben des türkischen Statistikinstituts schrumpfte im 2. Quartal 2009 das BIP im Vorjahresvergleich um "nur noch" 7%. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der privaten Nachfrage (um 5,7%) und dabei insbesondere der privaten Investitionen (um 31,6 %) aufgrund der hohen Realzinsen zurückzuführen. Der IWF rechnet für 2009 insgesamt mit einem Rückgang des BIP um 6,5 %. Für 2010 wird dann wieder ein deutliches Anziehen der Konjunktur mit einer positiven BIP-Wachstumsrate von 3,7% erwartet. Die türkische Regierung erwartet für dieses Jahr geht für dieses Jahr von einer Kontraktion der Wirtschaftsleistung um 6 % aus; für 2010 wird wieder mit einem positiven BIP Wachstum von 3,5 % gerechnet. Die Rating-Agenturen Standard & Poor's und Moody's haben daher bereits den Ausblick für ihre Ratings für die Türkei (BB- beziehungsweise Ba3) Mitte September auf stabil beziehungsweise positiv angehoben.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN DEN G20-SCHWELLENLÄNDERN

Die Inflationsrate hatte bereits im Mai dieses Jahres ein 40-Jahres-Tief in Höhe von 5,2% markiert. 2008 hatte die Inflationsrate noch bei 10,4% gelegen. Die letzten verfügbaren Daten der türkischen Zentralbank liefern für August eine annualisierte Rate von 5,3%. Angesichts dieser Entwicklung hat die Zentralbank den Leitzins seit Oktober 2008, ausgehend von 16,75%, um insgesamt 950 Basispunkte auf jetzt historisch niedrige 7,25% gesenkt; weitere expansive geldpolitische Schritte in diesem Jahr sind angesichts der Rhetorik der Zentralbank wahrscheinlich. Der IWF erwartet für 2009 eine Preissteigerungsrate von 6,2% und für 2010 von 6,8%.

Der türkische Aktienmarkt verzeichnet weiter deutliche Gewinne. Am 30. September notierte der türkische Aktienindex Istanbul SE 100 mit über 48 400 Punkten mehr als 80 % über dem Wert zu Jahresbeginn. Die Risikoaufschläge für türkische Staatsanleihen lagen bei 290 Punkten und damit insgesamt 244 Basispunkte unter dem Wert zu Jahresbeginn. Seit Ausbruch der globalen Krise verlor die türkische Lira um über 30 % ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar und um rund 25 % gegenüber dem Euro und hat sich inzwischen auf einem relativ stabilen Niveau eingependelt. Die Abwertung der Lira wird auch dazu beitragen, dass das seit Jahren existierende chronische Leistungsbilanzdefizit deutlich abgebaut werden kann. Für die Leistungsbilanz rechnet der IWF für 2009 mit einem Defizit von 1,9 % des BIP (nach 5,7 % im Jahr 2008) und für 2010 mit einem Defizit von 3,7% des BIP.

Mit Babacan als Verhandlungsführer auf türkischer Seite dürften auch die Chancen auf den Abschluss eines neuen IWF-Programms wieder gestiegen sein. Im Gespräch ist ein 3-jähriges Stand-By-Arrangement in Höhe von 45 Mrd. US-Dollar. Eine IWF-Mission lobte in diesem Zusammenhang den gerade vorgelegten mittelfristigen Finanzplan. Die Regierung sieht darin auch vor, das Primärdefizit in Höhe von 2,1% des BIP in diesem auf 0,3% des BIP im nächsten Jahr zurückzuführen. Die türkische Regierung hat aber weiter deutliche Vorbehalte gegenüber der Forderung des IWF nach Schaffung einer unabhängigen Steuerbehörde. Der Abschluss eines IWF-Programms könnte sich also noch länger hinziehen.

Der weitere Ausblick für die Türkei ist tendenziell positiv: Bei einer Aufhellung der internationalen Wirtschafts- und Finanzlage steigen über eine erhöhte Exportnachfrage auch die Chancen einer wirtschaftlichen Erholung in der Türkei. Dabei wirken sich die konsequente Diversifizierung der Exportbasis sowie die weitgehend konstanten Einnahmen aus dem Tourismus aus. Noch wichtiger erscheinen aber interne Faktoren wie politische Stabilität und konsequente Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen, vor allem im Steuer- und Wettbewerbsbereich. Die Vereinbarung eines IWF-Programms böte einen wichtigen Politikanker und ein Gütesiegel für den Kurs der AKP-Regierung sowie eine Unterstützung privater Kapitalimporte. Vor allem ließe sich durch eine Zuführung von IWF-Mitteln das andernfalls befürchtete "Crowding Out" privater Investitionen vermeiden, das durch die Überwälzung staatlicher Anleihen entstünde. Die heimischen Banken könnten dann die zugeführte Liquidität zu einer Ausweitung ihrer Kreditvergabe nutzen. Analysten erwarten in diesem Fall ein deutliches Anziehen der Konjunktur mit einer Wachstumsrate von 5% im kommenden Jahr.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
1	Kreditmarktmittel	96
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	98
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	104
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	108
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	110
10	Entwicklung der Staatsquote	111
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	112
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	114
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	115
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	116
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	117
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	118
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	119
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	120
1	sichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2008	122
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis August 2008	123
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2008	125
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	129
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	129
2	Preisentwicklung	130
3	Außenwirtschaft	131
4	Einkommensverteilung	132
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	133
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	134
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	135
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	
	1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	144

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Juli 2009			31. August 2009
		in M	io.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	25 000	0	0	25 000
Anleihen ¹	588 718	6 000	0	594718
Bundesobligationen	172 000	0	0	172 000
Bundesschatzbriefe ²	9 522	115	210	9 427
Bundesschatzanweisungen	116 000	0	0	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	105 547	16123	12 168	109 502
Finanzierungsschätze ³	1 667	63	186	1 545
Tagesanleihe	3 019	54	155	2918
Schuldscheindarlehen	12 935	0	0	12 935
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	1 034 460			1 044 097

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Juli 2009			31. August 2009
		in N	Mio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	248 055			251 615
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	320 433			320 988
langfristig (mehr als 4 Jahre)	465 971			471 494
Kreditmarktmittel insgesamt	1 034 460			1 044 097

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $^{^2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 30. September 2009	Belegung am 30. September 2008
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	106,6	101,6
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	25,3
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,2	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	137,3	51,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll ¹	Reg. Entw.		Finanzplanung	
		d.€				
1. Ausgaben	282,3	303,3	327,7	321,1	318,3	313,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+8,0	-2,0	-0,9	-1,5
2. Einnahmen ²	270,5	253,8	241,3	249,1	259,3	267,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,8	-6,2	-4,9	+3,2	+4,1	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	224,1	213,8	221,9	232,4	240,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,0	-6,3	-4,6	+3,8	+4,7	+3,6
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-49,5	-86,4	-72,0	-59,0	-46,2
in % der Ausgaben	4,2	16,3	26,4	22,4	18,5	14,7
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	229,6	301,8	328,8	359,5	366,2	365,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	216,2	254,1	243,3	284,2	306,2	314,5
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-49,1	-86,1	-71,7	-58,7	-45,9
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	32,8	48,6	43,3	39,1	35,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	-7,2	+34,9	+48,2	+10,8	-9,8	-10,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2009.

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,}lnkl.$ Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
	Ist	Soll ¹	Entwuf		Finanzplanung				
Ausgabeart	in Mio. €								
Ausgaben der laufenden Rechnung									
Personalausgaben	27 012	27 791	27 991	28 382	28 343	28 261			
Aktivitätsbezüge	20 298	20 959	21 071	21 455	21374	21 293			
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9367	9 682	10 210	10214	10 225			
Militärischer Bereich	11 428	11 592	11 389	11 245	11160	11 068			
Versorgung	6714	6 832	6919	6 927	6 9 6 9	6 9 6 8			
Ziviler Bereich	2 4 1 6	2 3 9 2	2 437	2 438	2 439	2 426			
Militärischer Bereich	4298	4 4 4 1	4 482	4 489	4530	4542			
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	21 674	21 675	21 761	21 813			
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 451	1 467	1 478	1 451	1 434			
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 3 6 0	10 594	10 595	10704	10 780			
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	9 613	9 602	9 606	9 599			
Zinsausgaben	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006			
an andere Bereiche	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006			
Sonstige	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006			
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42			
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	41 388	39 231	41 298	46 642	51 965			
an Ausland	3	2	2	0	0	C			
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	190 171	193 007	194 568	196 470			
an Verwaltungen	12930	15 055	15 022	16 349	16674	16 649			
Länder	8 341	8 845	9 089	10 152	10 446	10394			
Gemeinden	21	21	18	11	9	9			
Sondervermögen	4 5 6 8	6 188	5915	6 186	6218	6 2 4 6			
Zweckverbände	0	1	0	0	0	0			
an andere Bereiche	155 494	164816	175 149	176 658	177 894	179 821			
Unternehmen	22 440	23 930	25 172	24983	25 476	26 056			
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	30881	33 313	33 349	33 115	32 783			
an Sozialversicherung	99 123	104 653	111 172	112 887	113 869	115 568			
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 437	1 487	1 471	1 442	1 423			
an Ausland	3 708	3 909	4 004	3 966	3 991	3 989			
an Sonstige	4	5	1	2	2	2			
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	270 222	279 110	284 404	291 355	298 550			
Ausgaben der Kapitalrechnung ²									
Sachinvestitionen	7 199	8 649	8 182	7 711	7 352	7 338			
Baumaßnahmen	5 777	7 0 6 1	6 579	6 0 7 9	5 758	5 766			
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	1 058	1 034	962	931			
Grunderwerb	504	533	546	598	632	641			

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll 1	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in M	io.€		
Vermögensübertragungen	16 660	15 377	15 681	15 188	14 910	14 792
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	14961	15 285	14810	14554	14438
an Verwaltungen	5713	5 154	5 178	5 2 3 0	5 140	5 089
Länder	5 654	5 089	5 114	5 158	5 055	5 003
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	60	60	69	81	81
Sondervermögen	0	5	4	4	4	4
an andere Bereiche	8 3 0 5	9807	10 107	9 580	9 4 1 4	9 3 4 9
Sonstige - Inland	5 8 3 6	6 758	6 933	6 400	6 2 9 8	6 2 2 9
Ausland	2 469	3 049	3 174	3 179	3 1 1 6	3 120
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	396	378	356	354
an andere Bereiche	2 642	417	396	378	356	354
Unternehmen - Inland	2 2 6 7	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland	149	176	148	141	136	134
Ausland	225	241	248	237	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen,	3 099	9 192	25 136	20 815	17 190	13 191
Kapitaleinlagen						12.200
Darlehensgewährung	2 395	8 257 1	24317	20 087 1	16 299	12 289 1
an Verwaltungen	1		·	·	1	·
Länder	1	1	1	1	1	12222
an andere Bereiche	2 395	8 256	24316	20 086	16298	12 288
Sozialversicherung	0	0	20 000	14 000	11 000	8 000
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	6 750	2 760	4 435	3 797	2 797
Ausland	1 473	1 507	1 556	1 651	1 501	1 490
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	819	728	891	903
Inland	26	13	13	1	1	1
Ausland	678	921	806	727	891	902
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ²	26 958	33 218	48 999	43 714	39 452	35 322
² Darunter: Investive Ausgaben	24316	32 802	48 604	43 336	39 096	34967
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-134	-409	-7 018	-12 507	-20 372
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	327 700	321 100	318 300	313 500

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion			Rechnung		in Mio. €		una Zuschuss
	Allesensine Dispets	54 066	47 686	24 975	17 194		E E17
0	Allgemeine Dienste			3 8 9 0	1278	-	5 517 740
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6302	5 9 0 8			-	
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	3 681	494	163	-	3 024
3	Verteidigung	31 217	30911	15871	14 097	-	944
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 732	3310	2 098	1 012	-	200
5	Rechtsschutz	374	356	260	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 940	3 5 1 9	2 3 6 2	562	-	595
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 778	11 461	481	754	-	10 225
13	Hochschulen	2818	1 823	10	9	-	1 804
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 992	1992	-	-	-	1 992
15	Sonstiges Bildungswesen	499	436	9	68	-	359
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	8 750	6 688	462	674	_	5 553
19	außerhalb der Hochschulen Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	720	522	1	4	_	517
19	<u> </u>	720	722	'	7		317
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	178 659	157 670	234	213	-	157 222
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	126 439	106 439	54	-	-	106 386
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 405	6 405	-	-	-	6 405
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2788	2 5 3 4	-	42	-	2 491
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 387	41 274	50	102	-	41 122
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 492	871	131	69	-	672
3	Gesundheit und Sport	1 403	836	278	283	-	275
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	433	363	147	160	-	56
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	433	363	147	160	-	56
32	Sport	140	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	386	198	83	62	-	53
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	443	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 007	596	-	11	-	585
41	Wohnungswesen	1 259	586	_	1	-	585
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 060	584	28	155	-	400
52	Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	143	143	-	70	_	73
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	_	_
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	143	143	-	70	_	73
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	240	189	28	83		78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von	Summe Ausgaben der Kapital-	¹ Darunter:
		investitionen	berutungen	Beteiligungen, Kapitaleinlagen	rechnung ¹	Ausgaben
Funktio	n ————————————————————————————————————			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 110	2 590	2 680	6 380	6 341
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	392	2	0	394	394
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	2 381	2 362	4820	4819
3	Verteidigung	217	88	-	305	268
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	304	118	-	423	423
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	102	0	319	421	421
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	283	3 023	11	3 317	3 317
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	62	-	63	63
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	261	1 790	11	2 062	2 062
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	177	-	198	198
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	978	20 001	20 989	20 632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	20 000	20 000	20 000
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-		-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	253	1	255	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	108	-	113	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	350	217	-	567	567
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	58	12	-	70	70
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	58	12	-	70	70
32	Sport	-	24	-	24	24
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	283	2	-	285	285
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 408	3	1 411	1 411
41	Wohnungswesen		670	3	673	673
42	Raum ordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	469	1	476	476
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	425	1	426	426
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		-	-	-	-
533	Gasölverbilligung		-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse				
Funktion			in Mio. €								
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 444	3 162	60	680	-	2 422				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	875	731	-	520	-	211				
621	Kernenergie	75	197	-	-	-	197				
622	Erneuerbare Energieformen	38	15	-	2	-	13				
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	565	519	-	518	-	1				
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 980	1 961	-	4	-	1 957				
64	Handel	133	133	-	69	-	65				
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	689	15	-	13	-	2				
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2767	322	60	75	-	187				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 337	4 216	1 041	2 062	-	1 112				
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 871	864	509	287	-	68				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8				
75	Luftfahrt	202	200	46	21	-	134				
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 255	2 180	486	878	-	816				
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 386	11 969	-	8	-	11 961				
81	Wirtschaftsunternehmen	11 056	6 639	-	8	-	6 631				
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77				
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6728	6 556	-	2	-	6 554				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0				
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0				
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 561	40 932	893	313	39 275	451				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	488	450	-	-	-	450				
92	Schulden	39 286	39 286	-	11	39 275	-				
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	787	1 196	893	302	-	1				
Summe a	ller Hauptfunktionen	327 700	279 110	27 991	21 674	39 275	190 171				

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben				
Funktio	on	in Mio. €								
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	76	779	2 426	3 282	3 282				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144				
621	Kernenergie	75	-	-	75	75				
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23				
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47				
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19				
64	Handel	-	-	-	-	-				
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	674	-	674	674				
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	17	2 426	2 445	2 445				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 775	-	8 122	8 122				
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6 707	6 707				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333				
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1				
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	14	-	74	74				
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 404	13	4 417	4 417				
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4404	13	4417	4417				
832	Eisenbahnen	-	4246	-	4 2 4 6	4246				
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	158	13	172	172				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-				
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-				
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38				
92	Schulden	-		-	-	-				
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-				
Summe	aller Hauptfunktionen	8 182	15 681	25 136	48 999	48 604				

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

•									
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	
				ebnisse	ilsse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	3,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	
Anteil an den investiven Ausgaben des	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	
Bundes Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9	
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Is	t-Ergebnis	se				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	303,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	253,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-6,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-49,
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€		-		-		-	_	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27.
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.		•						·		
Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,7	56,0	56,2	55,9	58,3	58,0	58,7	61,0	61,
Gesamthaushalts ³	Na-d C	27.2	24.1	25.7	22.4	22.0	22.7	26.2	24.2	22
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	32,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34,
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	31,5	28,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	225,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	74
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,4	43,0	43,5	42,3	42,9	45,1	47,1	44,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-47
					-	·	10,7			15
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1 150,2	15,7	12,0	122,8	5,3 54.7	4,1 47,4	145
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl.		83,7	132,4		176,7	131,3	·	54,7	41,4	
Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	52,4	99,3	Х	51
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	170
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	108

 $^{^1} Nach \, Abzug \, der \, Erg\"{a}nzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008					
				in Mrd. €								
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹												
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,6					
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,9					
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,1					
darunter:												
Bund												
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3					
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5					
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8					
Länder												
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	275,1					
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,9					
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,2					
Gemeinden												
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3					
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9					
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6					
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %										
Öffentlicher Gesamthaushalt												
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4					
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,4					
darunter:												
Bund												
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4					
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8					
Länder												
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8					
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	1,1					
Gemeinden												
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1					
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3					

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3
darunter:							
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	- 0,0
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: September 2009.

 $^{^2\,} Bis\, einschließlich\, 2006\, Rechnungsergebnisse.$

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inanaamt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €	in	%	
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen											
	insassamt		dav	on on							
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern						
Jahr		in Mrd. €	in	%							
Bundes republik Deutschland											
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9						
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0						
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1						
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5						
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2						
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6						
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5						
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4						
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3						
2009 ²	527,0	259,3	267,8	49,2	50,8						
2010 ²	510,4	239,7	270,8	47,0	53,0						
20112	526,7	252,1	274,5	47,9	52,1						
20122	552,0	273,1	278,9	49,5	50,5						
2013 ²	575,1	291,5	283,6	50,7	49,3						

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volks		Abgrenzung der F	Finanzstatistik
	Gesamtrechr Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zun		
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005³	22,0	39,7	20,1	36,7
2006³	22,8	40,0	21,0	37,2
2007³	23,7	40,2	22,2	37,7
2008 ³	23,7	40,1	22,5	37,9

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1970\,\mathrm{in}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Abgrenzung}\,\mathrm{des}\,\mathrm{Europ\ddot{a}ischen}\,\mathrm{Systems}\,\mathrm{Volkswirtschaftlicher}\,\mathrm{Gesamtrechnungen}\,1995.$

³ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	darunt	er
	ilisgesallit	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³
Jahr			
1960	32,9	21,7	11,7
1965	37,1	25,4	11,
1970	38,5	26,1	12,
1975	48,8	31,2	17,
1976	48,3	30,5	17,
1977	47,9	30,1	17,
1978	47,0	29,4	17,
1979	46,5	29,3	17,
1980	46,9	29,6	17,
1981	47,5	29,7	17,
1982	47,5	29,4	18,
1983	46,5	28,8	17,
1984	45,8	28,2	17,
1985	45,2	27,8	17,
1986	44,5	27,4	17,
1987	45,0	27,6	17,
1988	44,6	27,0	17,
1989	43,1	26,4	16,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,3	28,2	18,
1992	47,2	28,0	19,
1993	48,2	28,3	19,
1994	47,9	27,8	20,
1995	48,1	27,6	20,
1996	49,3	27,9	21,
1997	48,4	27,1	21,
1998	48,0	27,0	21,
1999	48,1	26,9	21,
2000	47,6	26,5	21,
2000 ⁴	45,1	24,0	21,
2001	47,6	26,3	21,
2002	48,1	26,4	21,
2003	48,5	26,5	22,
2004	47,1	25,9	21,
2005 ⁵	46,8	25,8	21,
2006 ⁵	45,4	25,3	20,
2007 ⁵	43,7	24,5	19,
2008 ⁵	43,7	24,5	19,

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $^{^4\,\}mathrm{Einschlie}$ ßlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

 $^{^{\}rm 5}$ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Scl	nulden (Mio. €)	ı		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 53
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 91
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 16
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 74
Extrahaushalte	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 70
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 92
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 57
Kreditmarktmittel iwS	384773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 39
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 18
Extrahaushalte		-	-	-	996	1 124	1 35
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	7638
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 80
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 68
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 642 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 63
SoFFin	-		-		-	-	8 20

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008			
		Anteil an den Schulden (in %)								
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,			
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,			
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,			
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,			
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,			
nachrichtlich:										
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,			
			Anteil der	Schulden am	BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,			
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,			
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,			
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,			
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,			
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,			
nachrichtlich:										
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,			
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,9	67,5	65,0	65,			
			Schu	lden insgesam	t (€)					
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 23			
nachrichtlich:										
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 2 1 0,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495			
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62			

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zzgl. Kassenkredite.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	ntrechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €		in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 ⁵	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 ⁵	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,0	-1,7
2007 ⁵	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	9,2	0,4
2007 2008 ⁵	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-7,1	-0,3

 $^{^{1}\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Bundes republik\,insges amt.}$

 $^{^2} Ab \, 1970 \, in \, der \, Abgrenzung \, des \, Europ\"{a}ischen \, Systems \, Volkswirtschaftlicher \, Gesamtrechnungen \, 1995.$

 $^{^{\}rm 3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

 $^{^4\,\}mbox{Einschlie}$ Binschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,8	-3,3	-1,5	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,3	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1
Griechenland	_	_	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7
Spanien	-	_	-	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-3,8	-8,6	-9,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0
Irland	_	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,4	1,7	3,0	0,2	-7,1	-12,0	-15,6
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8
Zypern	_	_	-	-	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-1,9	-2,6
Luxemburg	_	_	4,3	2,4	6,0	-1,1	0,0	1,4	3,6	2,6	-1,5	-2,8
Malta	_	_	-	-4,2	-6,2	-4,7	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,0	-3,4	-6,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7
Slowakei	_	_	-	-3,4	-12,3	-2,4	-2,8	-3,5	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4
Slowenien	_	_	-	-8,4	-3,8	-2,2	-1,4	-1,3	0,5	-0,9	-5,5	-6,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,8	4,0	5,2	4,2	-0,8	-2,9
Euroraum	_	_	-	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5
Bulgarien	_	_	-	-3,4	-0,3	1,6	1,9	3,0	0,1	1,5	-0,5	-0,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	2,0	5,2	5,2	4,5	3,6	-1,5	-3,9
Estland	_	-	-	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-3,0	-3,0	-3,9
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,5	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6
Litauen	_	_	-	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0
Polen	_	_	-	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3
Rumänien	-	-	-	-15,6	-4,7	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6
Schweden	_	-	-	-7,4	3,7	0,8	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,6	-3,9
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,6	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9
Ungarn	_	_	-	-	-2,9	-6,4	-7,8	-9,2	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8
EU	_	_	_	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3
Japan	-4,5	-1,4	2,1	-4,7	-7,6	-6,2	-6,7	-1,6	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7
USA	-2,3	-4,9	-4,0	-3,1	1,7	-4,3	-3,1	-2,1	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2

 $^{^{1}}$ Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in%c	les BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	65,9	73,4	78,7
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,2	87,9	84,0	89,6	95,7	100,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	97,6	103,4	108,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,5	50,8	62,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	64,9	66,4	63,7	63,8	68,0	79,7	86,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,5	24,9	25,0	43,2	61,2	79,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,8	109,2	103,8	105,8	106,5	103,5	105,8	113,0	116,1
Zypern	_	-	-	-	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	49,1	47,5	47,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,7	6,9	14,7	16,0	16,4
Malta	_	-	_	-	55,9	72,2	69,8	63,7	62,1	64,1	67,0	68,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,6	58,2	57,0	63,1
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,4	62,5	70,4	75,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,5	66,4	75,4	81,5
Slowakei	_	-	_	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	27,6	32,2	36,3
Slowenien	_	-	_	-	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,8	29,3	34,9
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,2	41,4	39,2	35,1	33,4	39,7	45,7
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,4	69,5	70,0	68,3	66,0	69,3	77,7	83,8
Bulgarien	_	-	-	-	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	16,0	17,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	44,5	37,1	31,3	26,8	33,3	32,5	33,7
Estland	-	-	_	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,8	6,8	7,8
Lettland	_	-	-	-	12,3	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	34,1	50,1
Litauen	-	-	_	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	15,6	22,6	31,9
Polen	_	-	_	-	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	47,1	53,6	59,7
Rumänien	_	-	-	-	24,6	18,7	15,8	12,4	12,7	13,6	18,2	22,7
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,2	51,0	45,9	40,5	38,0	44,0	47,2
Tschechien	_	-	-	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	29,8	33,7	37,9
Ungarn	_	-	_	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	73,0	80,8	82,3
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	52,0	68,4	81,7
EU	_	_	_	69,6	63,1	62,2	62,7	61,3	58,7	61,5	72,6	79,4
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	180,3	167,1	172,1	185,3	194,0
USA	42,0	55,7	63,5	71,3	55,5	62,3	62,7	62,1	63,1	65,0	78,0	91,6

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern ir	n % des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land			Stei	uern und Sozialab	gaben in % des B	IP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-		33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	-	-		41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land				Ge	samtausgal	oen des Staa	tes in % des I	BIP			
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	44,2	43,9	48,2	49,0
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	52,1	48,4	48,3	49,8	52,9	54,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,3	52,8	54,3
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,6	56,4
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	42,0	43,7	44,9	45,3	45,2
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	34,0	35,7	41,0	45,8	49,1
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,2	51,1
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,2	40,7	44,2	45,7
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,7	42,6	45,3	44,4	44,8
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,4	48,3	50,2
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	49,8	49,3	48,5	48,6	51,6	52,1
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	48,9	48,7
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,3	44,6	42,4	43,6	47,7	48,6
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	40,5	45,2	47,1
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	42,9	44,0	44,4	45,0
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,6	50,1	51,0
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,4	39,5	39,3
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,8	55,0	57,0
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	40,9	45,0	47,3
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,2	35,9	39,5	46,8	49,8
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	34,9	37,2	39,5	42,7
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,8	42,1	43,1	46,1	46,8
Rumänien	-	-	-	49,8	38,5	33,5	35,3	36,6	38,5	38,5	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	56,6	57,3
Slowakei	-	-	-	48,6	50,9	38,2	36,9	34,4	34,9	38,3	39,4
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,4	45,9	47,6
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,7	49,9	50,8	52,0
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,0	47,7	50,5	52,4
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,1	51,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,4	37,3	39,1	44,4	45,9
Japan	-	_	-	-	39,0	38,4	36,3	36,2	37,5	42,1	44,4

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2009.

 $Quelle: \hbox{\it EU-Kommission\,,} Statistischer\, Anhang\, der\, \hbox{\it Europ\"{a}} ischen\, \hbox{\it Wirtschaft"}.$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlur	igen	Verpflich	tungen	Zahlur	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7 311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differe	enz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsanpassungs fonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

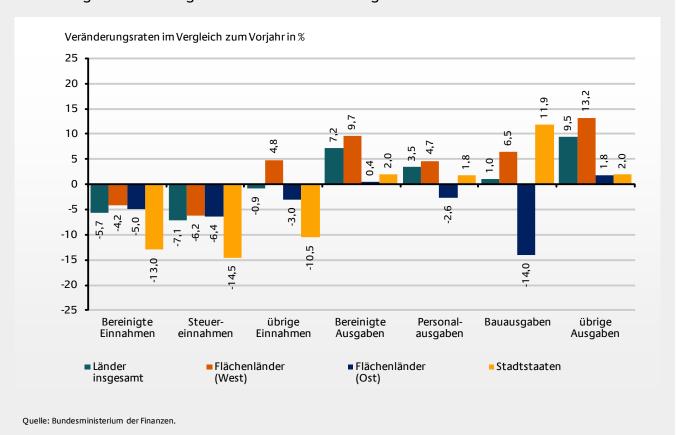
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenlä	nder (West)	Flächenlä	inder (Ost)	Stadts	taaten	Länder z	usammen					
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist					
		in Mio. €											
Bereinigte Einnahmen	185 266	118 286	52 664	31 617	32 898	20 534	264 142	165 866					
darunter:													
Steuereinnahmen	144 645	94 665	28 165	17 613	21 372	12 471	194 183	124748					
übrige Einnahmen	40 621	23 621	24 499	14 004	11 526	8 063	69 960	41 118					
Bereinigte Ausgaben	203 525	135 712	52 593	32 595	36 453	24 032	285 885	187 770					
darunter:													
Personalausgaben	77 608	52 088	12 290	7 626	11 113	7 439	101 012	67 152					
Bauausgaben	3 432	1 408	1 491	599	905	331	5 828	2 3 3 8					
übrige Ausgaben	122 484	82 216	38 812	24371	24435	16 262	179 046	118 280					
Finanzierungssaldo	-18 257	-17 426	75	- 979	-3 549	-3 499	-21 730	-21 904					

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2009

						in Mio. €				
		Α	ugust 2008	3		Juli 2009			August 2009)
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	170 536	175 818	335 350	148 441	145 713	283 311	166 641	165 866	321 397
111	Haushaltsiahr darunter: Steuereinnahmen	150 416	134329	284 745	128 650	109 830	238 480	144318	124748	269 06
112	Länderfinanzausgleich 1	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	150 242 ³	39 017	189 259	159 603 ³	53 911	213 514	171 236 ³	57 082	228 31
12	Bereinigte Ausgabe ¹ für das laufende	196 651	175 220	360 868	176 517	166 937	332 610	196 426	187 770	373 08
121	Haushaltsiahr darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	18 392	64 911	83 303	16 959	59 062	76 021	18 863	67 152	8601
122	Bauausgaben	3 057	2 3 1 5	5 3 7 2	2 727	1913	4 641	3 364	2 3 3 8	5 70
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	- 39	- 39	-	23	23	-	323	32
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	148 294	50 941	199 236	141 098	51 866	192 964	150 068	49 375	199 44
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-26 116	598	-25 517	-28 075	-21 224	-49 300	-29 786	-21 904	-51 68
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der									
	Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen²	2 983	-11 764	-8 781	18 684	- 428	18 256	21 366	1 446	2281
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres									
	(ohne Auslaufperiode)	-	715	715	-	866	866	-	866	86
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 903	1 903	-	- 214	-214	-	- 214	- 21
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4311	14727	19 038	4 677	82 677	87 353	8 925	88 120	97 04
32	Vorschüsse	-	31 068	31 068	-	86391	86 391	-	92 776	92 77
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 311	13 311	-	16 258	16 258	-	15 757	15 75
34	Saldo (31-32+33)	4311	-3 030	1 282	4 677	12 543	17 220	8 925	11 101	20 02

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2009

						in Mio. €				
		А	ugust 2008	3		Juli 2009			August 2009)
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34) Schwebende Schulden	-18 822	-11 577	-30 399	-4 715	-8 457	-13 172	505	-8 704	-8 198
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	18 822	5 267	24089	4715	2 074	6 788	- 505	3 547	3 04
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	498	498	-	1 084	1 084	-	663	66
56	Zusammen	18 822	5 765	24587	4715	3 158	7 872	- 505	4210	3 70
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-5 812	-5 812	0	-5 300	-5 300	0	-4 494	-4 49
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	1 927	1 927	-	1 822	1 822	-	1 473	1 47
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel									
	(einschl. 71)	-	3 261	3 261	-	2 587	2 587	-	2 2 1 3	2 2 1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	20 862,0	25 635,0 ^a	5 824,1	11 323,7	4 266,1	15 826,5	30 571,2	7 718,7	1 617,6
111	darunter: Steuereinnahmen	16 129,8	20 681,6	3 325,7	9 255,7	2 234,6	12 098,6	25 307,2	5 746,4	1 335,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	297,9	-	347,1	118,8	17,0	242,6	48,8
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 577,0	6 881,3 b	1 007,1	2 899,9	160,2	4002,9	14 479,7	4770,3	1 044,5
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsiahr	22 532,7	32 764,8 ^c	6 338,6	13 905,5	4 205,6	15 794,4	33 903,9	8 979,8	2 437,7
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	9 839,8	11 392,1	1 443,9	5 024,3	1 009,7	6 083,8 3	12 942,1 ³	3 583,2	930,3
122	Bauausgaben	266,0	582,6	14,4	271,4	94,8	111,8	76,1	20,5	3,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 626,7	2 210,9	-	1 545,3	-	-	18,4	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 397,0	2 461,8 ^d	-2 615,6	3 090,2	1 065,2	4009,0	12 542,5	5 166,1	564,8
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)									
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-1 670,7	-7 129,8 ^e	- 514,5	-2 581,8	60,5	32,1	-3 332,7	-1 261,1	-820,1
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15) Abgrenzungsposten zur	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/	127,4	4 253,7	- 981,0	- 272,0	- 905,8	23,9	1 880,2	- 392,0	476,7
2	Landeshauptkassen ² Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht									
21	abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	744,1	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 543,3	1 416,1	1 528,1	964,0	151,3	165,6	1 586,4	2 545,4	430,4
32	Vorschüsse	4397,4	4 110,8	906,8	188,7	0,7	614,7	60,9	1 871,6	- 11,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	807,0	7 700,1	-	692,0	564,1	1 998,1	582,8	2,8	14,8
34	Saldo (31-32+33)	- 47,1	5 005,4	621,3	1 467,2	714,7	1 549,0	2 108,3	676,6	457,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 49,7	0,0	- 874,2	-1 386,6	- 130,6	1 605,0	655,9	- 976,5	113,6

 $Abweichungen \, in \, den \, Summen \, durch \, Runden \, der \, Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2009

	·					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	595,9	842,0	97,0	-	95,0	977,0	158,5
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	663,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	595,9	1 505,0	97,0	-	95,0	977,0	158,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 49,7	0,0	- 278,3	118,4	- 33,6	1 605,0	750,9	0,5	272,1
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 473,0	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-									
	hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 998,1	542,0	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne August-Bezüge.

 $^{^4\,\}mathrm{Minusbetr}{\ddot{a}\mathrm{ge}}$ beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^5\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 15,3 Mio. €, b 6 061,3 Mio. €, c 7 030,6 Mio. €, d 250,0 Mio. €;

e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und Bayern LB beträgt - 114,4 Mio. \in

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2009

					in Mio.€				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	10 106,0	5 845,1	5 240,0	5 575,4	12 178,6	2 225,4	6 119,6	165 866,3
111	darunter: Steuereinnahmen	5 806,5	3 231,3	4110,1	3 014,6	6 056,3	1 405,4	5 008,9	124748,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	629,9	397,1	81,9	401,1	2 140,1	346,4	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 210,2	3 273,9	2 474,6	1 160,0	9 233,6	3 258,4	-931,3	57 081,9
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 723,4	6 255,2	5 902,1	6 072,6	14 236,6	2 792,4	6 993,4	187 770,0
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	2 247,8	1 462,8	2 292,2	1 461,5	4376,0	900,9	2 161,8	67 152,2
122	Bauausgaben	322,7	68,3	76,6	98,6	110,4	21,8	199,1	2 338,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	- 10,0	322,6
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	845,5	3 144,0	2 130,2	1 414,8	6 749,5	3 409,7	-	49 374,7
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	382,6	- 410,1	- 662,1	- 497,2	-2 058,0	- 567,0	- 873,8	-21 903,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen²	-3 203,5	169,1	372,2	- 254,1	1 213,4	- 133,0	- 928,8	1 446,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	122,1	-	-	-	866,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	-214,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	442,2	697,6	0,0	- 15,1	340,4	31,5	74 292,8	88 120,0
32	Vorschüsse	1 954,2	389,9	0,0	40,5	-	74,9	78 176,7	92 776,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 122,2	43,5	0,0	319,8	487,2	272,5	- 849,5	15 757,4
34	Saldo (31-32+33)	1 610,2	351,2	0,0 5	264,2	827,6	229,1	-4733,4	11 101,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 92,0	110,2	-289,9	-365,0	- 17,0	- 470,9	-6 536,0	-8 703,7

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	- 129,9	-	364,8	25,8	407,0	114,0	3547,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	663
56	Zusammen	-	- 129,9	-	364,8	25,8	407,0	114,0	4210,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 92,0	- 19,7	- 289,9	- 0,2	8,8	- 63,9	-6 422,0	-4493,6
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	-	-	1473
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	487,2	34,8	- 849,5	2212,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

 $^{^2\,}Haushalts technische \,Verrechnungen, \,Brutto-/Nettostellungen, \,Abwicklung \,der \,Vorjahre, \,R\"{u}cklagenbewegung, \,Nettokreditaufnahme / \,\,Nettokredittilgung.$

³ Ohne August-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

⁵ SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 15,3 Mio. €, b 6 061,3 Mio. €, c 7 030,6 Mio. €, d 250,0 Mio. €; e Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt - 114,4 Mio. €

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr					Erwerbslosen-	Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,3	3,9	9,1	1,8	1,0	1,1	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^{\}rm 4}$ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
			\	/eränderung in % p	o.a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,7	1,4	1,6	1,9	-0,1

 $^{^{1}\,}Ohne\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,9	8,4	129,6	130,1	42,5	36,9	5,6	5,6

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr		Unternehmens-	Arbeitnehmer-	Lohn	quote	Bruttolöhne und -	Reallöhne
	Volkseinkommen	und Vermögens- einkommen	entgelte (Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	gehälter (je Arbeitnehmer)	(je Arbeitnehmer)³
	Ve	eränderung in % p.a	а.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,2	1,6	66,5	68,0	1,1	-0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $^{^{\}rm 2}$ Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,3	- 5,4	0,3
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,2	- 3,5	- 0,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	- 0,9	0,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	- 3,2	- 1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	- 3,0	- 0,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	4,7	6,4	5,7	6,0	- 2,3	- 9,0	- 2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,4	0,1
Zypern	_	-	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	0,3	0,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	- 0,9	- 3,0	0,1
Malta	_	-	6,2	6,4	1,3	3,7	3,2	3,6	1,6	- 0,9	0,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,1	- 3,5	- 0,4
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	- 4,0	- 0,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,0	- 3,7	- 0,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	6,4	- 2,6	0,7
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,3	4,3	5,9	6,8	3,5	- 3,4	0,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	3,7	2,8	4,9	4,2	0,9	- 4,7	0,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,8	- 4,0	- 0,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,0	- 1,6	- 0,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	- 1,1	- 3,3	0,3
Estland	_	-	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	- 3,6	- 10,3	- 0,8
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 13,1	- 3,2
Litauen	_	-	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,0	- 11,0	- 4,7
Polen	-	-	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	4,8	- 1,4	0,8
Rumänien	-	-	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,1	- 4,0	0,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,6	- 0,2	- 4,0	0,8
Tschechien	-	-	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	3,2	- 2,7	0,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,5	- 6,3	- 0,3
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	- 3,8	0,1
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	- 4,0	- 0,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	- 0,7	- 5,3	0,1
USA	4,1	1,9	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,1	- 2,9	0,9

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2008. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderung	en in %			
	1997	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,5	1,4	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,7
Belgien	1,5	2,7	2,5	2,3	1,8	4,5	0,3	1,2
Griechenland	5,4	2,9	3,5	3,3	3,0	4,2	1,8	2,3
Spanien	1,9	3,5	3,4	3,6	2,8	4,1	- 0,1	1,4
Frankreich	1,3	1,8	1,9	1,9	1,6	3,2	0,2	0,9
Irland	1,3	5,3	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,3	0,4
Italien	1,9	2,6	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8
Zypern	3,3	4,9	2,0	2,2	2,2	4,4	1,1	2,0
Luxemburg	1,4	3,8	3,8	3,0	2,7	4,1	- 0,6	2,0
Malta	3,9	3,0	2,5	2,6	0,7	4,7	1,0	1,8
Niederlande	1,9	2,3	1,5	1,7	1,6	2,2	1,4	0,9
Österreich	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,1
Portugal	1,9	2,8	2,1	3,0	2,4	2,7	-0,3	1,7
Slowakei	6,0	12,2	2,8	4,3	1,9	3,9	2,0	2,4
Slowenien	8,3	8,9	2,5	2,5	3,8	5,5	0,7	2,0
Finnland	1,2	2,9	0,8	1,3	1,6	3,9	1,3	1,1
Euroraum	1,7	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,4	1,2
Bulgarien	_	10,3	6,0	7,4	7,6	12,0	3,9	3,6
Dänemark	2,0	2,7	1,7	1,9	1,7	3,6	0,9	1,4
Estland	9,3	3,9	4,1	4,4	6,7	10,6	0,6	0,5
Lettland	8,1	2,6	6,9	6,6	10,1	15,3	4,6	-0,7
Litauen	10,3	1,1	2,7	3,8	5,8	11,1	3,6	-0,4
Polen	15,0	10,1	2,2	1,3	2,6	4,2	2,6	1,9
Rumänien	154,8	45,7	9,1	6,6	4,9	7,9	5,8	3,5
Schweden	1,8	1,3	0,8	1,5	1,7	3,3	1,6	0,7
Tschechien	8,0	3,9	1,6	2,1	3,0	6,3	1,1	1,6
Ungarn	18,5	10,0	3,5	4,0	7,9	6,0	4,4	4,1
Vereinigtes Königreich	1,8	0,8	2,1	2,3	2,3	3,6	1,0	1,3
EU	1,7	1,9	2,2	2,2	2,4	3,7	0,9	1,3
Japan	-	-	-	-	0,0	1,4	- 1,0	- 0,5
USA	-	-	-	-	2,8	3,8	- 0,7	0,3

Quellen:

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Für die Jahre 1997 bis 2006: Eurostat Data Explorer.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					In % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,3	8,6	10,4
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,0	8,5	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,1	9,7
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	17,3	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,6	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,3	13,3	16,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	8,8	9,4
Zypern	_	-	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,8	4,7	6,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,2	4,9	5,9	7.0
Malta	_	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,6
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,8	3,9	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	9,1	9,8
Slowakei	-	-	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	12,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,4	6,6	7,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,9	9,3
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,9	11,5
Bulgarien	_	_	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	5,6	7,3	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,3	5,2	6,6
Estland	_	_	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,5	11,3	14,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	7,5	15,7	16,0
Litauen	_	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,8	15,9
Polen	_	_	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,1	9,9	12,1
Rumänien	_	-	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	5,8	8,0	7,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	8,4	10,4
Tschechien	_	-	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,1	7,4
Ungarn	-	-	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	9,5	11,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,6	8,2	9,4
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,9	6,4
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,8	8,9	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2009. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

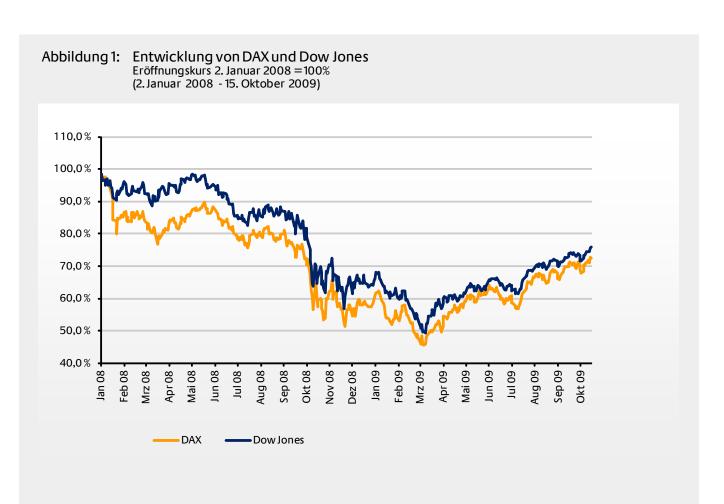
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Brutto	nlandspro	dukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung gege	enüber Vo	rjahr in %					nominalen ndprodukt	s
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten darunter	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

 $Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ Oktober \ 2009 \ in \ ver\"{o}ffentlichter \ Form.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.10.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008 2009
Dow Jones	10 063	8 776	14,66	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 939	2 451	19,89	1810	4339
Dax	5 831	4810	21,22	3 666	7 949
CAC 40	3 884	3 218	20,70	2 5 1 9	5 550
Nikkei	10 239	8 860	15,57	7 055	14 691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.10.2009	2008	US-Bond	2008/2009	2008 2009
USA	3,50	2,23	-	2,07	4,33
Deutschland	3,28	2,95	-0,22	2,91	4,68
Japan	1,32	1,18	-2,18	1,18	1,89
Vereinigtes Königreich	3,58	3,06	0,08	2,99	5,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.10.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008 2009
Dollar/Euro	1,49	1,39	6,80	1,25	1,60
Yen/Dollar	90,58	90,23	0,39	87,35	111,90
Yen/Euro	134,07	126,14	6,29	113,65	169,75
Pfund/Euro	0,91	0,95	-3,97	0,74	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise					Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Deutschland													
EU-KOM	2,5	1,3	-5,1	0,3	2,3	2,8	0,3	0,7	8,4	7,3	8,6	10,4	
OECD	2,6	1,0	-6,1	0,2	2,3	2,8	0,3	0,4	8,3	7,3	8,7	11,6	
IWF	2,5	1,2	-5,3	0,3	2,3	2,8	0,1	0,2	8,4	7,4	8,0	10,7	
USA													
EU-KOM	2,0	1,1	-2,9	0,9	2,8	3,8	-0,7	0,3	4,6	5,8	8,9	10,2	
OECD	2,0	1,1	-2,8	0,9	2,9	3,8	-0,6	1,0	4,6	5,8	9,3	10,1	
IWF	2,1	0,4	-2,7	1,5	2,9	3,8	-0,4	1,7	4,6	5,8	9,3	10,1	
Japan													
EU-KOM	2,4	-0,7	-5,3	0,1	0,0	1,4	-1,0	-0,5	3,9	3,9	5,8	6,3	
OECD	2,3	-0,7	-6,8	0,7	0,1	1,4	-1,4	-1,4	3,9	4,0	5,2	5,7	
IWF	2,3	-0,7	-5,4	1,7	0,0	1,4	-1,1	-0,8	3,8	4,0	5,4	6,1	
Frankreich													
EU-KOM	2,2	0,7	-2,1	-0,2	1,6	3,2	0,0	0,9	8,3	7,8	9,6	10,7	
OECD	2,3	0,3	-3,0	0,2	1,6	3,2	0,3	0,7	8,0	7,4	9,7	11,2	
IWF	2,3	0,3	-2,4	0,9	1,6	3,2	0,3	1,1	8,3	7,9	9,5	10,3	
Italien													
EU-KOM	1,6	-1,0	-5,0	0,1	2,0	3,5	0,9	1,8	6,1	6,8	8,8	9,4	
OECD	1,5	-1,0	-5,5	0,4	2,0	3,5	1,1	1,2	6,2	6,8	8,4	10,2	
IWF	1,6	-1,0	-5,1	0,2	2,0	3,5	0,7	0,9	6,1	6,8	9,1	10,5	
Vereingtes Königreich													
EU-KOM	3,0	0,7	-4,3	0,1	2,3	3,6	1,9	1,3	5,3	5,6	8,2	9,4	
OECD	3,0	0,7	-4,3	0,0	2,3	3,6	1,9	1,2	5,4	5,7	8,2	9,7	
IWF	2,6	0,7	-4,4	0,9	2,3	3,6	1,9	1,5	5,4	5,5	7,6	9,3	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	2,5	0,4	-2,6	0,7	2,1	2,4	0,1	1,0	6,0	6,1	8,6	9,8	
IWF	2,5	0,4	-2,5	2,1	2,1	2,4	0,1	1,3	6,0	6,2	8,3	8,6	
Euroraum													
EU-KOM	2,7	0,8	-4,0	-0,1	2,1	3,3	0,4	1,2	7,5	7,5	9,9	11,5	
OECD	2,6	0,5	-4,8	0,0	2,1	3,3	0,5	0,7	7,4	7,5	10,0	12,0	
IWF	2,7	0,7	-4,2	0,3	2,1	3,3	0,3	0,8	7,5	7,6	9,9	11,7	
EZB	-	0,6	-4,1	-0,7	-	3,3	0,4	1,2	-	-	-	-	
EU-27													
EU-KOM	2,9	0,9	-4,0	-0,1	2,4	3,7	0,9	1,3	7,1	7,0	9,4	10,9	
IWF	3,1	1,0	-4,2	0,5	2,4	3,7	0,9	1,1	-	-	_	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

fett: EU-Interimsprognose, Sept. 2009, nur für BIP u. Preise in 2009 zu ausgewählten Mitgliedsstaaten sowie EU-27 u. Euroraum.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Juni\,2009.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2009 (nur BIP u. Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

Stand: Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,2	-3,5	-0,2	1,8	4,5	0,3	1,2	7,5	7,0	8,5	10,3
OECD	2,6	1,0	-4,1	-0,5	1,8	4,5	0,3	0,7	7,5	7,0	8,3	10,6
IWF	2,6	1,0	-3,2	0,0	1,8	4,5	0,2	1,0	7,5	7,0	8,7	9,9
Finnland												
EU-KOM	4,2	0,9	-4,7	0,2	1,6	3,9	1,3	1,1	6,9	6,4	8,9	9,3
OECD	4,1	0,7	-4,7	0,8	1,6	3,9	1,6	1,0	6,9	6,4	8,7	10,8
IWF	4,2	1,0	-6,4	0,9	1,6	3,9	1,0	1,1	6,8	6,4	8,7	9,8
Griechenland												
EU-KOM	4,0	2,9	-0,9	0,1	3,0	4,2	1,8	2,3	8,3	7,7	9,1	9,7
OECD	4,0	2,9	-1,3	0,3	3,0	4,2	1,3	1,7	8,3	7,7	9,5	10,3
IWF	4,0	2,9	-0,8	-0,1	3,0	4,2	1,1	1,7	8,3	7,6	9,5	10,5
Irland												
EU-KOM	6,0	-2,3	-9,0	-2,6	2,9	3,1	-1,3	0,4	4,6	6,3	13,3	16,0
OECD	6,0	-2,3	-9,8	-1,5	2,9	3,1	-1,3	-1,5	4,6	6,0	12,2	14,8
IWF	6,0	-3,0	-7,5	-2,5	2,9	3,1	-1,6	-0,3	4,5	6,1	12,0	15,5
Luxemburg												
EU-KOM	5,2	-0,9	-3,0	0,1	2,7	4,1	-0,6	2,0	4,2	4,9	5,9	7,0
OECD	5,2	-0,9	-4,0	-0,4	2,7	4,1	-0,3	1,2	4,4	4,4	6,0	7,2
IWF	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,3	3,4	0,2	1,8	4,4	4,4	6,8	6,0
Malta												
EU-KOM	3,6	1,6	-0,9	0,2	0,7	4,7	1,0	1,8	6,4	5,9	7,1	7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,7	2,1	-2,1	0,5	0,7	4,7	2,1	1,9	6,4	5,8	7,3	7,6
Niederlande												
EU-KOM	3,5	2,1	-4,5	-0,4	1,6	2,2	1,1	0,9	3,2	2,8	3,9	6,2
OECD	3,5	2,1	-4,9	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,3	2,9	4,0	7,0
IWF	3,6	2,0	-4,2	0,7	1,6	2,2	0,9	1,0	3,2	2,8	3,8	6,6
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,8	-4,0	-0,1	2,2	3,2	0,5	1,1	4,4	3,8	6,0	7,1
OECD	3,0	1,7	-4,3	-0,1	2,2	3,2	0,6	0,8	5,1	4,9	6,1	7,9
IWF	3,5	2,0	-3,8	0,3	2,2	3,2	0,5	1,0	4,4	3,9	5,3	6,4
Portugal												
EU-KOM	1,9	0,0	-3,7	-0,8	2,4	2,7	-0,3	1,7	8,1	7,7	9,1	9,8
OECD	1,9	0,0	-4,5	-0,5	2,4	2,7	-0,2	1,0	8,0	7,6	9,6	11,2
IWF	1,9	0,0	-3,0	0,4	2,4	2,7	-0,6	1,0	8,0	7,6	9,5	11,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Slowakei												
EU-KOM	10,4	6,4	-2,6	0,7	1,9	3,9	2,0	2,4	11,1	9,5	12,0	12,1
OECD	10,4	6,4	-5,0	3,1	2,8	4,6	1,8	1,8	11,0	9,6	11,8	13,6
IWF	10,4	6,4	-4,7	3,7	2,7	4,6	1,5	2,3	11,0	9,6	10,8	10,3
Slowenien												
EU-KOM	6,8	3,5	-3,4	0,7	3,8	5,5	0,7	2,0	4,9	4,4	6,6	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,8	3,5	-4,7	0,6	3,6	5,7	0,5	1,5	4,9	4,4	6,2	6,1
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,2	-3,7	-1,0	2,8	4,1	0,0	1,4	8,3	11,3	17,3	20,5
OECD	3,7	1,2	-4,2	-0,9	2,8	4,1	-0,1	0,3	8,3	11,3	18,1	19,6
IWF	3,6	0,9	-3,8	-0,7	2,8	4,1	-0,3	0,9	8,3	11,3	18,2	20,2
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,7	0,3	0,7	2,2	4,4	1,1	2,0	4,0	3,8	4,7	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,6	-0,5	0,8	2,2	4,4	0,4	1,2	3,9	3,7	5,6	5,9

Quellen:

EU-KOM: Fruhjahrsprognose Mai 2009.

fett: EU-Interimsprognose, Sept. 2009 nur für BIP u. Preise in 2009 zu ausgewählten Mitgliedsstaaten sowie EU-27 u. Euroraum

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,0	-1,6	-0,1	7,6	12,0	3,9	3,6	6,9	5,6	7,3	7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,0	-6,5	-2,5	7,6	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	1,6	-1,1	-3,3	0,3	1,7	3,6	0,9	1,4	3,8	3,3	5,2	6,6
OECD	1,6	-1,1	-4,0	0,1	1,7	3,4	1,3	1,5	3,6	3,3	6,0	7,9
IWF	1,6	-1,2	-2,4	0,9	1,7	3,4	1,7	2,0	2,7	1,7	3,5	4,2
Estland												
EU-KOM	6,3	-3,6	-10,3	-0,8	6,7	10,6	0,6	0,5	4,7	5,5	11,3	14,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,2	-3,6	-14,0	-2,6	6,6	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	10,0	-4,6	-13,1	-3,2	10,1	15,3	4,6	-0,7	6,0	7,5	15,7	16,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,0	-4,6	-18,0	-4,0	10,1	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,0	-11,0	-4,7	5,8	11,1	3,6	-0,4	4,3	5,8	13,8	15,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,0	-18,5	-4,0	5,8	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	6,6	4,8	1,0	0,8	2,6	4,2	3,8	1,9	9,6	7,1	9,9	12,1
OECD	6,8	4,9	-0,4	0,6	2,5	4,2	3,5	1,8	9,6	7,1	9,0	11,6
IWF	6,8	4,9	1,0	2,2	2,5	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	7,1	-4,0	0,0	4,9	7,9	5,8	3,5	6,4	5,8	8,0	7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	7,1	-8,5	0,5	4,8	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	2,6	-0,2	-4,0	0,8	1,7	3,3	1,6	0,7	6,1	6,2	8,4	10,4
OECD	2,7	-0,4	-5,5	0,2	2,2	3,4	-0,4	0,9	6,1	6,2	8,7	11,4
IWF	2,6	-0,2	-4,8	1,2	1,7	3,3	2,2	2,4	6,1	6,2	8,5	8,2
Tschechien												
EU-KOM	6,0	3,2	-2,7	0,3	3,0	6,3	1,1	1,6	5,3	4,4	6,1	6,6
OECD	6,1	2,8	-4,2	1,4	3,0	6,3	1,6	0,3	5,3	4,4	6,9	9,2
IWF	6,1	2,7	-4,3	1,3	2,9	6,3	1,0	1,1	5,3	4,4	7,9	9,8

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Ungarn													
EU-KOM	1,1	0,5	-6,3	-0,3	7,9	6,0	4,4	4,1	7,4	7,8	9,5	11,2	
OECD	1,2	0,4	-6,1	-2,2	8,0	6,0	4,5	4,1	7,4	7,9	10,7	11,7	
IWF	1,2	0,6	-6,7	-0,9	7,9	6,1	4,5	4,1	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

 $fett: EU-Interims prognose, Sept.\,2009, nur f\"ur\,BIP\,u.\,Preise\ in\,2009\,zu\,ausgew\"{a}hlten\,Mitgliedsstaaten\,sowie\,EU-27\,u.\,Euroraum.$

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Deutschland													
EU-KOM	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9	65,1	65,9	73,4	78,7	7,6	6,6	3,6	3,4	
OECD	-0,2	-0,1	-3,7	-6,2	65,0	66,0	75,2	81,1	8,0	6,6	2,8	3,0	
IWF	-0,5	-0,1	-4,2	-4,6	63,4	67,1	78,7	84,5	7,5	6,4	2,9	3,6	
USA													
EU-KOM	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2	63,1	65,0	78,0	91,6	-5,2	-4,6	-3,5	-3,7	
OECD	-2,9	-5,9	-10,2	-11,2	62,9	71,1	87,4	97,5	-5,3	-4,7	-2,3	-2,4	
IWF	-2,8	-5,9	-12,5	-10,0	61,9	70,4	84,8	93,6	-5,2	-4,9	-2,6	-2,2	
Japan													
EU-KOM	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7	167,1	172,1	185,3	194,0	4,8	3,2	3,7	3,8	
OECD	-2,5	-2,7	-7,8	-8,7	167,1	172,1	189,6	199,8	4,9	3,2	1,4	1,9	
IWF	-2,5	-5,8	-10,5	-10,2	187,7	196,6	218,6	227,0	4,8	3,2	1,9	2,0	
Frankreich													
EU-KOM	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0	63,8	68,0	79,7	86,0	-2,8	-3,8	-4,3	-4,6	
OECD	-2,7	-3,4	-6,7	-7,9	63,8	68,1	78,4	86,1	-1,1	-1,9	-1,5	-1,5	
IWF	-2,7	-3,4	-7,0	-7,1	63,8	67,5	76,7	82,6	-1,0	-2,3	-1,2	-1,4	
Italien													
EU-KOM	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8	103,5	105,8	113,0	116,1	-1,8	-3,0	-2,6	-2,7	
OECD	-1,5	-2,7	-5,3	-5,8	103,5	105,8	114,2	118,6	-2,4	-3,4	-4,0	-4,0	
IWF	-1,5	-2,7	-5,6	-5,6	103,5	105,7	115,8	120,1	-2,4	-3,4	-2,5	-2,3	
Großbritannien													
EU-KOM	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8	44,2	52,0	68,4	81,7	-2,9	-1,5	-2,8	-2,8	
OECD	-2,7	-5,5	-12,8	-14,0	44,2	52,0	70,3	84,2	-2,9	-1,7	-2,6	-2,4	
IWF	-2,6	-5,1	-11,6	-13,2	44,1	52,0	68,7	81,7	-2,7	-1,7	-2,0	-1,9	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	1,6	0,1	-4,8	-5,9	64,2	68,4	77,7	82,0	1,0	0,5	-1,3	-1,4	
IWF	1,6	0,1	-4,9	-4,1	64,2	62,7	78,2	79,3	1,0	0,5	-2,6	-1,8	
Euroraum													
EU-KOM	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5	66,0	69,3	77,7	83,8	0,2	-0,8	-1,4	-1,5	
OECD	-0,7	-1,9	-5,6	-7,0	66,4	69,9	79,2	86,0	0,5	-0,4	-1,1	-1,0	
IWF	-0,6	-1,8	-6,2	-6,6	65,7	69,2	80,0	86,3	0,3	-0,7	-0,7	-0,3	
EU-27													
EU-KOM	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3	58,7	61,5	72,6	79,4	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6	
IWF	-0,9	-2,3	-6,9	-7,5	-	_	-	_	-0,5	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009

Stand: Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)		
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1	84,0	89,6	95,7	100,9	2,4	-1,7	-2,0	-2,2
OECD	-0,3	-1,2	-4,6	-6,1	84,0	89,8	96,7	102,9	1,7	-2,6	-0,2	-0,4
IWF	-0,3	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	1,7	-2,5	-1,0	-0,9
Finnland												
EU-KOM	5,2	4,2	-0,8	-2,9	35,1	33,4	39,7	45,7	4,0	2,2	1,4	1,0
OECD	5,2	4,1	-1,5	-2,8	35,1	33,4	40,7	45,0	3,6	1,7	0,4	0,4
IWF	5,2	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	4,1	2,4	0,5	2,0
Griechenland												
EU-KOM	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7	94,8	97,6	103,4	108,0	-14,0	-12,7	-11,5	-11,9
OECD	-3,9	-5,0	-6,1	-6,7	94,8	97,6	103,4	108,3	-14,2	-14,4	-12,9	-13,4
IWF	-3,6	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-14,2	-14,4	-10,0	-9,0
Irland												
EU-KOM	0,2	-7,1	-12,0	-15,6	25,0	43,2	61,2	79,7	-5,4	-4,6	-1,8	-0,4
OECD	0,2	-7,1	-11,5	-13,6	24,9	43,2	60,0	75,9	-5,4	-4,5	-0,6	0,9
IWF	0,1	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-5,3	-5,2	-1,7	0,6
Luxemburg												
EU-KOM	3,6	2,6	-1,5	-2,8	6,9	14,7	16,0	16,4	9,8	6,4	6,1	5,6
OECD	3,6	2,6	-2,4	-4,9	6,9	14,7	16,3	23,0	9,8	5,5	2,8	4,1
IWF	3,2	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	9,8	9,1	7,6	7,0
Malta												
EU-KOM	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2	62,1	64,1	67,0	68,9	-6,1	-7,4	-7,6	-7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-7,0	-5,6	-6,1	-6,1
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,0	-3,4	-6,1	45,6	58,2	57,0	63,1	9,8	6,8	5,7	5,0
OECD	0,3	1,0	-4,4	-7,0	45,6	58,2	63,2	70,3	7,6	7,5	6,1	5,9
IWF	0,5	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	7,6	7,5	7,0	6,8
Österreich												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3	59,4	62,5	70,4	75,2	3,3	3,3	2,7	2,4
OECD	-0,7	-0,5	-4,3	-6,1	59,5	62,6	70,0	76,0	3,4	3,8	1,6	1,6
IWF	-0,7	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	3,1	3,5	2,1	2,0
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7	63,5	66,4	75,4	81,5	-9,7	-11,9	-9,8	-9,5
OECD	-2,7	-2,7	-6,5	-6,5	63,6	66,4	74,9	81,3	-9,4	-12,1	-9,5	-10,7
IWF	-2,6	-2,6	-6,9	-7,3	-	-	_	-	-9,4	-12,1	-9,9	-9,7

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Haushaltssaldo				Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Slowakei													
EU-KOM	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4	29,4	27,6	32,2	36,3	-5,1	-6,8	-7,5	-7,1	
OECD	-1,9	-2,2	-4,9	-6,3	29,4	27,6	32,2	38,5	-5,3	-6,5	-6,9	-6,2	
IWF	-1,9	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-5,3	-6,5	-8,0	-7,8	
Slowenien													
EU-KOM	0,5	-0,9	-5,5	-6,5	23,4	22,8	29,3	34,9	-4,0	-6,1	-4,6	-4,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,3	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-4,2	-5,5	-3,0	-4,7	
Spanien													
EU-KOM	2,2	-3,8	-8,6	-9,8	36,2	39,5	50,8	62,3	-10,1	-9,5	-6,9	-6,3	
OECD	2,2	-3,8	-9,1	-9,6	36,2	39,5	51,2	60,9	-10,0	-9,5	-6,1	-5,6	
IWF	2,2	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-10,0	-9,6	-6,0	-4,7	
Zypern													
EU-KOM	3,4	0,9	-1,9	-2,6	59,4	49,1	47,5	47,9	-11,7	-18,2	-13,9	-13,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,4	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-11,7	-18,3	-10,0	-9,8	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschaft Europa, Oktober

Stand: Oktober 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Bulgarien													
EU-KOM	0,1	1,5	-0,5	-0,3	18,2	14,1	16,0	17,3	-22,5	-24,8	-18,8	-17,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,5	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-25,2	-25,5	-11,4	-8,3	
Dänemark													
EU-KOM	4,5	3,6	-1,5	-3,9	26,8	33,3	32,5	33,7	0,7	2,0	0,4	-0,6	
OECD	4,5	3,4	-2,4	-4,1	26,8	33,3	39,7	44,5	0,7	2,0	1,5	2,5	
IWF	4,5	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	0,7	1,0	1,1	1,5	
Estland													
EU-KOM	2,7	-3,0	-3,0	-3,9	3,5	4,8	6,8	7,8	-18,3	-9,1	-1,1	-3,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,9	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-17,8	-9,3	1,9	2,0	
Lettland													
EU-KOM	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6	9,0	19,5	34,1	50,1	-22,5	-13,6	-1,5	-1,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	0,7	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-21,6	-12,6	4,5	6,4	
Litauen													
EU-KOM	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0	17,0	15,6	22,6	31,9	-15,1	-12,2	-1,9	0,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,0	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-14,6	-11,6	1,0	0,5	
Polen													
EU-KOM	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3	44,9	47,1	53,6	59,7	-5,1	-5,3	-4,7	-3,7	
OECD	-1,9	-3,9	-6,3	-7,6	44,8	47,1	53,1	59,8	-4,7	-5,5	-3,5	-3,3	
IWF	-2,0	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-4,7	-5,5	-2,2	-3,1	
Rumänien													
EU-KOM	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6	12,7	13,6	18,2	22,7	-13,5	-12,3	-7,4	-6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-3,1	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-13,5	-12,4	-5,5	-5,6	
Schweden													
EU-KOM	3,8	2,5	-2,6	-3,9	40,5	38,0	44,0	47,2	9,0	6,2	7,0	7,4	
OECD	3,8	2,5	-3,3	-4,5	40,5	38,0	43,6	47,7	8,6	8,3	7,4	7,5	
IWF	3,8	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	8,6	7,8	6,4	5,4	
Tschechien													
EU-KOM	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9	28,9	29,8	33,7	37,9	-1,5	-3,1	-3,2	-3,3	
OECD	-0,6	-1,4	-4,5	-4,9	28,8	29,9	31,5	34,2	-3,1	-3,0	-1,4	1,0	
IWF	-0,6	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-3,1	-3,1	-2,1	-2,2	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	
Ungarn													
EU-KOM	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9	65,8	73,0	80,8	82,3	-6,2	-8,4	-5,0	-4,8	
OECD	-4,9	-3,4	-4,2	-4,2	65,7	72,6	78,8	83,1	-6,4	-8,2	-4,0	-3,2	
IWF	-4,9	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-6,5	-8,4	-2,9	-3,3	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler Wirts chafts \ Ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts \ Ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts \ Ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts \ Ausblick \ Europa, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts \ Ausblick \ Ausblick \ Wirts \ Ausblick \ Wirts \ Ausblick \ Wirts \ Ausblick \ Wirts \ Wirts$

Stand: Oktober 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Oktober 2009

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X